

Nr. 4/2022

Oktober – Dezember 2022

CUBA LIBRE

ISSN 0178-2460

€ 3,50

Ein kubanischer Sommer

Kuba in den schwierigsten
Zeiten der letzten Jahre

Jorgitos Log
Kuba im Medienspiegel
Aus der FG

Kuba-Krise vor 60 Jahren –
Die Welt am Rand des Dritten Weltkriegs

„Der Guerillero ist ein Sozialreformer“
Vor 55 Jahren wurde Che ermordet

„Entsprechend unserer eigenen Realität“
Eurozentrismus führt zu Fehleinschätzungen

editorial



Die Liste schlechter Nachrichten ist lang und wird nicht kürzer: Neben dem Wirtschaftskrieg der USA gegen Kuba, den Auswirkungen von Corona und den Auswirkungen der Sanktionen des Westens im Zuge des Krieges in der Ukraine nun auch noch ein Brand im größten Treibstofflager des Landes in der Hafenstadt Matanzas. Kuba könnte mit Fug und Recht sagen: Das Schicksal ist ein mieser Verräter. Tut Kuba natürlich nicht, denn das sozialistische Kuba entwickelt seine Aktivitäten aufgrund einer wissenschaftlichen Weltanschauung, analysiert nüchtern und umfassend die Situation und versucht weiter, mit seiner über sechzigjährigen Kampferfahrung, den eigenen Entwicklungsweg auch in schweren Zeiten zu sichern. Wir mit unseren – verglichen mit dem globalen Süden – „Luxusproblemen“ in Europa bekommen gerade einen kleinen Vorgeschmack, wie Sanktionen auf uns zurückschlagen und unseren Alltag und unsere Gesellschaft verändern. Wir untersuchen gleich in zwei spannenden Artikeln (von Tobias Kriele und Andre Scheer), was der eurozentristische Blick für Folgen hat, wo seine historischen und aktuellen Wurzeln liegen – und wie man ihn vermeidet. Bestes Mittel ist, hier im eigenen Land für Veränderungen zu sorgen, das rückt auch so mache Perspektive wieder ins rechte (sprich linke) Lot. Nicht zu vergessen die große Bedeutung der Alphabetisierung, deren Gelingen Kuba schon ein Jahr nach der Revolution jeden Dezember mit dem Tag des Lehrers feiert und dem Welttag der Alphabetisierung der im September, der eigentlich in der BRD Ansporn sein sollte, die hohe Analphabetenrate in der Bundesrepublik zu bekämpfen.

Renate Fausten läßt uns am zur Zeit schwierigen kubanischen Alltag teilnehmen und Ulli Fausten schildert, was es für das kulturbegiertere Kuba heißt, wenn wieder Konzerte stattfinden. Peter Knappe versorgt uns mit den Daten zur aktuellen wirtschaftlichen Situation.

Und wo bleibt das Positive? Nun, diverse Aktivitäten der Kuba-Soli, über die wir berichten, wie etwa eine Kundgebung vor der Commerzbank in Berlin, eine kraftvolle Fiesta de la Solidaridad von Cuba Si der Linkspartei sowie eine rege Beteiligung am Methfesselfest und an der Casa Cuba auf dem UZ-Pressfest machen Mut. Den werden wir auch brauchen, wenn wir den anstehenden Aufgaben gerecht werden wollen.

Marion Leonhardt

impresum

Herausgeber: Vorstand der Freundchaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.,
Maybachstr. 159, 50670 Köln,

Tel.: 0221 / 2 40 51 20,

Fax: 0221 / 6 06 00 80

Mail: info@fgbrdkuba.de

Web: www.fgbrdkuba.de

Konto/Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft, Köln

IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00

BIC: BFSWDE33XXX

Konto: 123 69 00

BLZ: 370 205 00

Redaktion: R. Armbruster, T. Brenner,

R. Fausten, U. Fausten, P. Knappe,

M. Leonhardt, W. Mix

Mail: cuba-libre@fgbrdkuba.de

Bildredaktion: Tom Brenner

V.i.S.d.P.: Marion Leonhardt

Gestaltung/Satz:

CommPress Verlag GmbH, Tom Brenner

Titelbild:

Endryrs Correa Vaillant

Printed in the EU

Postvertrieb: CommPress Verlag GmbH,

Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr.

Jahresabo: Inland 12,50 €, Ausland 16,- €,

Einzelheft 3,50 € + Porto. Kündigung des

Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des

Bezugszeitraums.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte

und Fotos übernimmt die Redaktion

keine Verantwortung.

ISSN 0178-2460

Die Redaktion hat eine neue
E-Mail-Adresse:
cuba-libre@fgbrdkuba.de

kuba

- 4 Notizen eines kubanischen Sommers
- 9 Die Lösung der Probleme liegt in der Kreativität
- 11 Gegen Einmischung – für Solidarität!
- 13 Wer ist verantwortlich für den Anstieg der kubanischen Emigration?
- 14 Scheinriesen
- 17 Der Lehrer ist das Wichtigste für eine Revolution
- 18 Niemand wird zurückgelassen
- 19 „Der Guerillero ist ein Sozialreformer“
- 22 Erinnerung an Thomas Sankara
- 23 Kubas Großzügigkeit gegenüber Kalabrien
- 24 Am Abgrund – Die Kuba-Krise vor 60 Jahren
- 29 Jorgitos Log

kultur

- 31 Gerardo Alfonso lässt uns wieder durchatmen

solí

- 36 Soli-Aktionen gegen US-Subversion und Blockade
- 37 Sommer, Sonne, Solidarität
- 38 Internationales Recht durchsetzen!
- 39 Methfesselfest 2022
- 39 UZ-Pressesfest – Nicht ohne die „Casa Cuba“
- 40 Kuba kann Öko – Wie geht fairer Handel?
- 41 Mein Beitrag zu #CubaForLife
- 42 Schweizer Banken gegen Kuba
- 43 Wir treten in die Pedale – Gegen die US-Blockade gegen Kuba

proyecto tamara bunke

- 44 Zu Besuch im Centro Fidel Castro Ruz

lateinamerika

- 46 „Entsprechend unserer eigenen Realität“

vermishtes

- 48 Fragen an Dr. Herbst – Fallstricke der „Monetarisierung“

50 kuba im medienspiegel

service

- 2 Impressum
- 34 Regionalgruppen, Ansprechpartner/innen
- 35 Lieferbare Materialien



Notizen eines kubanischen Sommers

Kuba in den schwierigsten Zeiten der letzten Jahre

Von Renate Fausten



Menschen in der Gemeinde Minas de Matahambre in Pinar del Rio berichten Miguel Díaz-Canel von der harten Arbeit, die sie geleistet haben, und von der Arbeit, die sie noch vor sich haben.

Foto: Estudios Revolución

Eines muss gleich zu Anfang gesagt werden: Kuba erlebt gerade die schwierigsten Zeiten der letzten Jahre. Die Probleme, die andere Länder durch die globale Krise, den Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel und Treibstoff haben, muss man sich im Fall der Insel um ein Vielfaches multipliziert denken.

So haben nur die über 130 neuen Sanktionsmaßnahmen des Präsidenten Trump dem Land zusätzliche Schäden von über fünf Milliarden Dollar verursacht. Allein dessen letzter Schachzug – den er quasi in den letzten Minuten seiner Amtszeit machte und mit dem er Kuba auf die Liste der Staaten gesetzt hat, die den Terrorismus unterstützen – verursacht dem Land

riesige Probleme mit großen Auswirkungen auf seine Wirtschaft und seine Finanzen, weil Kuba dadurch fast komplett vom internationalen Zahlungsverkehr abgeschnitten wurde. Jedes Unternehmen, jede Bank, jeder Investor hat Angst, mit einem Staat Geschäfte zu machen, den die USA auf diese Weise gebrandmarkt haben, auch wenn jedem klar ist, dass dies ein rein willkürlicher Akt war. Alle Manöver, die notwendig sind, jede Transaktion zu verschleiern, machen die Produkte teurer und teurer. Kuba muss für alles, was es importiert, 20 Prozent mehr als jedes andere Land bezahlen.

Devisen bzw. deren Knappheit sind das große Problem, das fast

alle anderen mit sich bringt. Deswegen war auch die angekündigte Schaffung eines neuen Devisenmarktes mit einem „wirtschaftlich begründeten Wechselkurs, auf dem alle Währungen einschließlich des Dollars, gehandelt werden“, die am meisten diskutierte von allen vorgesehenen Maßnahmen. Als dann am 3. August in der Sendung Mesa Redonda bekanntgegeben wurde, dass ab dem folgenden Tag der Staat Fremdwährungen zu einem Wechselkurs von 120 Pesos für einen Dollar (mit entsprechenden Kursen für Währungen wie Euro, mexikanischer Peso etc.) kaufen werde, war die Überraschung groß, aber die Gefühle in der Bevölkerung waren durchaus gemischt. Man ahnt wohl das damit verbundene Risiko. Aber Fakt ist, dass der Staat jetzt in Konkurrenz zu dem illegalen Markt gegangen ist, der die ganze Zeit immer größere Blüten trieb. Der Kubaner oder Ausländer mit Dollar oder Euro in der Hand wollte sein Geld in der Regel nicht zu einem Kurs 24 Pesos für einen Euro umtauschen, sondern hat lieber mit einem von den Händlern, die sich an jeder Ecke anboten, sein Geschäft gemacht und dafür 100, 110 oder was auch immer der illegale Tageskurs gerade war, eingehemst. (Ich hatte ja bereits mal erwähnt, dass als wir 1000 Euro bei einer Banco de Comercio umtauschen wollten, man da hektisch alles an Scheinen zusammensuchte und uns sagte, das sei man nicht gewohnt, die Leute tauschten, wenn überhaupt, nur kleine Beträge um.) All diese Devisen gingen also bisher am Staat vorbei. Jetzt möchte man erst einmal so viel Fremdwährung wie möglich einsammeln, daher der höhere Kurs. Wenn man das gleiche Geld auf legalem Wege bekom-

men kann, werden die Leute in der Regel nicht die Spekulanten aufsuchen. Es ist nicht dasselbe, sich in die Sicherheit einer Bank zu begeben, wo alles transparent ist, oder ein Geschäft mit unbekannt Personen in einem unbekannt Haus zu tätigen. Natürlich wird es immer Leute geben, die trotzdem den illegalen Händler aufsuchen, aber der geht jetzt auch ein großes Risiko ein. Er begeht eine Straftat, und es wurde bereits gesagt, dass dem jetzt ein Ende gesetzt werden soll. Es war zwar schon immer illegal, aber die Verfolgung dieses Treibens war äußerst lasch. Wahrscheinlich fühlte sich der Staat selbst nicht wohl dabei, den Leuten für einen Euro nur 24 Peso zu geben. Für den Touristen außerhalb der all-inclusive Anlagen war dieser Zustand wohl auch sehr verwirrend. Sobald jetzt also der potenzielle Kunde am Flughafen ankommt, ist da jetzt sofort die Cadeca, die Wechselstube, wo er sein Geld umtauschen kann. Und es muss jetzt auch mit Nachdruck durchgesetzt werden, dass die Währung, die in Kuba gilt, der kubanische Peso ist und sonst nichts. Es darf so z. B. keine Taxifahrer mehr geben, die sich weigern, kubanische Pesos anzunehmen. All das muss jetzt der Vergangenheit angehören. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben, dass der Staat die Kontrolle übernehmen kann. Er verfügt über ein ausgedehntes Bankennetz, einschließlich der Möglichkeit elektronischer Überweisungen. Die Leute können jetzt ganz bequem über Transfermovil von zuhause aus 100 Dollar tauschen und dafür 12.000 CUP bekommen.

Für die Menschen, die sich keine Deviseneinnahmen verschaffen können, liegen die Vorteile dieser Maßnahmen allerdings in weiter Ferne. Sie werden sie erst bemerken, wenn sie ihnen durch eine allgemeine Verbesserung der Wirtschaft, einen Rückgang der Preise

und ein stabileres Angebot an Waren und Dienstleistungen zugutekommen.

Alles steht und fällt damit, ob es gelingt, an mehr Devisen zu kommen. Die finanziellen Zuwendungen, die sog. remesas, die Angehörige aus dem Ausland ihrer Familie in Kuba zukommen lassen und die einmal drei Milliarden US-Dollar pro Jahr eingebracht haben, sind durch die Schließung von Western Union und anderen Anbietern immer weniger geworden. Überall auf der Welt können diejenigen, die in andere Länder ausgewandert sind, ihre Familien in der Heimat unterstützen. Aber auch dies wird Kuba verwehrt. Der mexikanische Präsident Manuel López Obrador wies darauf hin, dass laut Daten der Bank von Mexiko sein Land im Jahr 2021 insgesamt 51.585 Millionen Dollar von Mexikanern erhalten habe, die in den USA arbeiten. Dies helfe dabei, die Krise zu überwinden, weil diese Überweisungen die Haupteinkommensquelle des Landes darstellen würden. Nun arbeiten naturgemäß nicht so viele Kubaner in den USA wie Mexikaner, aber auch deren Geldtransfers würden der Wirtschaft Kubas einen positiven Schub versetzen. Deshalb setzte sich der mexikanische Präsident vehement dafür ein, dass auch kubanische Migranten, genau wie alle anderen auf der Welt, die Möglichkeit haben müssten, ihren Familien in Kuba problemlos Geld zukommen zu lassen. Im Rahmen des von der UNO proklamierten Internationalen Tages der Familienüberweisungen am 16. Juni hat die Internationale Organisation für Migrationen der UNO die Anstrengungen jener anerkannt, die ihre Familien im Herkunftsland unterstützen, ihnen so eine bessere Lebensqualität ermöglichen, was sie zu wichtigen Akteuren für die Entwicklung ihrer Gemeinden und das Wachstum ihrer Länder werden lässt. Auch in Ländern wie El Salvador, Honduras und Jamaika beispielsweise ma-

chen diese Überweisungen 20 Prozent des BIP aus. Aber dass die Gemeinden Kubas sich entwickeln und seine Wirtschaft wächst, das ist im Plan der USA nicht vorgesehen – im Gegenteil.

Ein Lichtblick ist Mexiko, das jetzt 200 Fachärzte aus Kuba angefordert hat, damit sie in Gebieten des Landes arbeiten, die nicht attraktiv sind und daher insbesondere von Fachärzten gemieden werden. Es gab zwar heftigen Protest der mexikanischen Ärztekammer, aber Präsident López Obrador hat die Argumente auf seiner Seite. Wenn kein mexikanischer Arzt dorthin möchte, müsse man eben eine andere Möglichkeit finden, die Bevölkerung dort medizinisch zu versorgen, meinte er, und kündigte an, weitere kubanische Ärzte in anderen Gemeinden einsetzen zu wollen. Auch in Honduras mit der neuen Präsidentin Xiomara Castro werden ab September wieder einige kubanische Ärzte arbeiten.

Touristen sieht man zwar wieder, aber immer noch nicht genug, auch wenn ich heute nach langer, langer Zeit wieder eine Gruppe deutscher Touristen in Begleitung eines kubanischen Reiseführers über den Markt 19 y A in Vedado habe laufen sehen. Vielleicht kommen ja in der kälteren Jahreszeit größere Massen. Aber auch wenn es jetzt möglich ist, mit der MIR Kreditkarte überall an den Kassenautomaten Geld zu ziehen, wird sich die Zahl der russischen Touristen, die vor COVID den größten Anteil stellten, wohl in Grenzen halten. Durch die Sanktionen der Europäer sind keine Direktflüge von Russland nach Kuba mehr möglich. Jeder Flug auf die Insel muss über Istanbul gehen, was ihn für die meisten wohl unerschwinglich macht. Ob aber die unsichere Lage die übrigen nicht sanktionierten Europäer mit ihren Devisen zu uns bringt und wir die avisierten 2,5 Millionen Besucher erreichen werden, steht noch in den Sternen.



Beim Wiederaufbau nach dem Sturm spricht man lieber ...
Foto: Jaliosky Ajete Rabeiro

Um an weitere Devisen zu kommen, sollen jetzt Joint Ventures zwischen staatlichen und privaten Unternehmen erlaubt werden. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Unternehmensformen gab es ja schon länger und hat sich in einigen Gemeinden bereits positiv ausgewirkt. Aber es ist trotzdem neu, dass sie jetzt auf Engste zusammengehen und sich nicht mehr als Gegner ansehen.

Auch die angekündigten Konsignationsverkäufe (eine Art Verkauf auf Kommission, die Red.) durch in- und ausländische Lieferanten sowie die Vergabe einer Lizenz an die kubanische Post für grenzüberschreitenden elektronischen Handel dienen diesem Zweck.

Außerdem hat Kuba zu erkennen gegeben, dass es am Kapital aus der Exilgemeinde interessiert ist.

Es ist einiges in Bewegung und manches mag den Vertretern der reinen Lehre auch nicht gefallen. Aber die müssen sich auch nicht durch den kubanischen Alltagskampf kämpfen.

Wie der Ökonom Ramón Labañino in der Sendung „Cuadrando la

Caja sagte: „Ich habe eine besorgniserregende Zahl gehört. Dieses Jahr haben wir ein Haushaltsdefizit von 76.000 Millionen Pesos (CUP).“

Das das Land noch so funktioniert, wie es das tut, grenzt an ein Wunder. Wir haben zwar COVID unter Kontrolle, wir können endlich wieder ohne Maske atmen, aber ansonsten ist alles so schwierig, wie in den letzten acht Jahren nicht, in denen wir hier leben. Es gab dieses Jahr keine Sonderzuteilung zum 26. Juli, und die Kroketten und Hähnchen kamen auch nicht wie geplant. Hay que improvisar: Man muss improvisieren, sagten mir die Leute, als sie am 26. Juli sahen, dass im Laden keine Ware geliefert wurde und sie sich wieder auf den Heimweg machten. Ein paar Unermüdete standen immer noch im Schatten unter einem Baum und wollten die Hoffnung nicht aufgeben, aber es sah nicht gut aus. Wobei ich immer wieder bewundernswert finde, wie gelassen, die meisten damit umgehen. Ich betone hier, die meisten, weil es natürlich

schon gelegentlich zu Ausbrüchen kommt und auch die Volksvertreter wüst beschimpft werden. Aber auch sie versuchen beruhigend auf die Menschen einzuwirken, erklären, lassen sich nicht provozieren. Trotz allem aber, und das kann gar nicht oft genug betont werden, ist die Lieferung der Grundnahrungsmittel auf Libreta nie ausgeblieben. Es gibt immer Reis, Bohnen, Zucker, Kaffee, Öl, in bestimmten Abständen Spülmittel, Seife, Zahnpasta, (auch wenn es im Augenblick Probleme mit dem Salz zu geben scheint) und die täglichen Brötchen. In konterrevolutionären Websites wurde kolportiert, dass es nur noch drei statt der bisherigen fünf Eier pro Person pro Monat gebe. Früher gab es mal zehn. Aber siehe da, es gab dann sechs in diesem Monat. Damit lässt sich nun nicht im Luxus leben, so viel steht fest. Aber allein das zu garantieren, verlangt von dem Land ungeheure Anstrengungen. Das, was man sonst noch braucht, muss man sich meist mit Schlange stehen erarbeiten. Eine der meist gestellten Fragen, die man überall hören kann, wenn man durch die Straßen geht, ist: Qué sacaron? Soll sinngemäß heißen: Was ist heute geliefert worden? Und je nachdem wie die Antwort lautet, sind die Schlangen dann größer oder kleiner. Für Leute mit MLC-Karte sind die Schlangen zwar kleiner, aber auch dort sind die Regale oft leer und auch dort ist die Freude groß, wenn man etwas findet, was man braucht. Es gibt eben kaum Devisen.

Die Versorgung mit Medikamenten ist zwar ein weiteres Problem, weil es sporadisch zu Engpässen kommt. Trotzdem werden die Basisarzneimittel in der Regel irgendwann geliefert und dann bekommt man die ausgefallene Dosis zusätzlich. Damit ist man erst einmal versorgt. Hier gibt es nämlich eine Karte, auf der die Medikamente vermerkt sind, die jemand

regelmäßig braucht und auf die er Anrecht hat: Herz, Bluthochdruck, Diabetes etc. Dabei muss man sich klar machen, wie viel Geld der Staat allein für die Versorgung der Patienten mit Insulin ausgeben muss. Da muss – anders als bei Tabletten gegen Cholesterin – die Versorgung kontinuierlich gewährleistet sein, sonst sind die Auswirkungen katastrophal. Wenn es ganz schlimm kommt, besorgt man sich das Medikament zu überhöhtem Preis auf dem Schwarzmarkt, von Reisenden, die es etwa aus Mexiko eingeführt haben, wo man alle rezeptpflichtigen Medikamente ohne Probleme günstig erwerben kann. Oder man kennt jemanden, der noch ein Schmerzmittel übrig hat, denn Schmerzmittel zu bekommen, war eine Zeit lang praktisch unmöglich.

Wie von vielen erhofft, haben sich Vorfälle, wie die vom Juli letzten Jahres nicht wiederholt. Wie es scheint, war die Konterrevolution in Deutschland und die weltweit und besonders die von den USA aus digital Agierenden aktiver als die in Kuba, denn hier hat sich an diesem Tag nichts bewegt.

Dabei ist die Lage nichts anders als vor einem Jahr. Jeden Abend kommt in den Nachrichten, wie viele Kilowattstunden heute zu Spitzenzeiten fehlen. Die Stromabschaltungen in den Provinzen sind teilweise wirklich dramatisch und erinnern an die Sonderperiode. Langsam weiß jeder, wie jedes einzelne Kraftwerk funktioniert, welche Röhren heute wo undicht waren, wie aufopfernd die Arbeit in Heizkesseln ist und wann welcher Block von welchem Kraftwerk wieder ans Netz geht. Wahrscheinlich erstickt allein schon die tägliche Berichterstattung über die wirklich unter schwersten Bedingungen arbeitenden Menschen bei der Wiederherstellung des Kraftwerksbetriebs, den Frust vieler Betroffener. Havanna selbst hat bis jetzt, was die Stromversor-



.... über Baseball als über die Widrigkeiten des Lebens

Foto: Boris Luis Cabrera/Cubadebate

gung betrifft, Glück gehabt. Allerdings wurde gerade beschlossen, dass allen Bezirken alternierend alle drei Tage von 10 bis 14 Uhr der Strom gesperrt wird. Ich weiß nicht, ob aus Solidarität oder ob man dadurch wirklich das Los der anderen erleichtern kann.

Was sich aber gegenüber dem Sommer letzten Jahres geändert hat, ist das Sommerprogramm. Die Strände sind voll. Die Leute haben Spaß und man bemüht sich auch um deren leibliches Wohl. Zu Anfang gab es ein sehr gutes Angebot zu moderaten Preisen, aber an manchen Stellen scheint auch dort wieder der Mangel durchzubrechen. Für die Kinder gibt es Programm und auch dort wird immer Essen und Trinken für Eltern und Nachwuchs angeboten. Campismo Nacional, Camping in kleinen Häusern mit Freizeitprogramm und Restauration zu moderaten Preisen ist eine schöne Abwechslung für Familien, Kulturveranstaltungen in großem Stil. Nach zwei öden Covid-bedingten Sommerjahren ist all das ein Segen.

Problematisch scheint zurzeit die Entwicklung von Dengue. Nun ist Dengue im Sommer nichts Ungewöhnliches. Aber in den Jahren zuvor wurde immer, als die Lage sich zuspitzte, fumigiert. Ich erinnere mich an Zeiten, an denen

dienstags einer zuhause bleiben musste, damit die Leute mit ihren Gerätschaften reinkamen. Das kann in diesem Jahr nicht geleistet werden, es ist einfach kein Benzin dafür da. Im Höchstfall kann die Wohnung in der Leute an Dengue erkrankt sind, ausgeräuchert werden. Mehr ist nicht möglich. Man versucht mit Spots auf die Leute einzuwirken, kein Wasser irgendwo offen stehen zu lassen etc. Aber es regnet fast jeden Tag, das reicht den Moskitos *Aedes Aegyptis* wohl, um sich zu vermehren, denn es gibt deren überall genug. Glücklicherweise scheinen sie keine besonders gefährliche Variante der Krankheit zu verbreiten.

Auch der Transport ist weiter ein riesiges Problem. Die dankenswerterweise gelieferten Gelenkbusse aus Belgien, die große Mengen von Leuten befördern können, sind zumindest für den kubanischen Sommer eigentlich nicht einsetzbar. Sie haben wohl eine Klimaanlage für gemäßigten Breiten und deshalb kann man kein Fenster öffnen. Es wird von Leuten berichtet, die ohnmächtig wurden und Kollegen von uns lassen lieber diesen Bus vorbeifahren und warten noch länger an der Haltestelle, als sich der Tortur auszusetzen. Dabei ist, den Arbeitsplatz

zu erreichen, je nachdem wo man wohnt, eine strategische Meisterleistung. Ich habe mir von einer alleinerziehenden Mutter (der Vater des Kindes ist verstorben) erzählen lassen, wie sie täglich zur Arbeit gelangt.

„Von Montag bis Freitag geht um 5 Uhr der Wecker. Ich mache das Wasser im Boiler an, dusche kalt, mache alles fertig für das Pausenbrot und das Mittagessen für meinen 6-jährigen Sohn Emir. Die Flaschen mit Wasser und Saft nehme ich aus dem Tiefkühlfach und packe sie extra in Zeitungspapier, damit sie länger kühl bleiben.

Um 5.40 Uhr wecke ich den Jungen, und er bekommt ein Glas Milch ans Bett. Dann bringe ich ihn dazu, mit dem inzwischen warmen Wasser zu duschen. Die Schuluniform habe ich schon am Vortag gebügelt und der Rucksack ist auch für die Schule bereit. Er geht in eine Schule, die in der Nähe meines Arbeitsplatzes liegt.

Um 6.10 Uhr gehen wir zur Bushaltestelle, um zu sehen, ob wir einen Bus bekommen können. Um 7 Uhr ist noch nichts passiert. Auch kein solidarischer Fahrer ist vorbei gekommen, einer von denen, die einen ein Stück der Wegstrecke mitnehmen, ohne dafür etwas zu verlangen. Endlich, um 7.30 Uhr kommt der erste Bus. Wir können nicht einsteigen, er ist übervoll, wohl weil einer ausgefallen ist.

Wir versuchen, ein Taxi zu bekommen. Keine Chance, alle die vorbeikommen, sind schon besetzt. Dann um 8.30 Uhr kommt die Rettung – einer von diesen Omnibussen, die keinen festen Fahrplan haben. Wir steigen ein. Unterwegs hält er oft an, um neue Fahrgäste aufzunehmen oder welche aussteigen zu lassen. Als wir schließlich ankommen ist es 9.30 Uhr. Wir sind alle beide zu spät, aber wir sind angekommen.

Aber nicht alle Tage sind gleich. An anderen Tagen steigt man in den ersten Bus, der kommt, und

fährt damit einen Teil der Strecke, dann nimmt man noch einen und vielleicht noch einen dritten. An manchen Tagen gehen wir schon um 5.30 aus dem Haus. Dann müssen wir noch früher aufstehen und wir kommen oft zu spät.“

Während ich diese Zeilen schreibe, brennen immer noch Tanks eines großen Treibstofflagers in Matanzas, nachdem ein Blitz in einen dieser Tanks eingeschlagen hat, der so stark war, dass selbst die Sicherung mit Blitzableitern nichts nützte. Immer wieder kommt es zu Explosionen und schwarze Rauchschwaden ziehen über Havanna. Präsident Díaz-Canel hat befreundete Länder, die Erfahrung mit ähnlichen Katastrophen haben, um Hilfe gebeten. In der Nacht sind fünf Flugzeuge aus Mexiko und Venezuela mit Tonnen an chemischen Stoffen zum Ersticken der Flammen und mit Experten am Flughafen in Varadero gelandet. Selbst wenn die Flammen gelöscht werden können, haben wir Unmengen an Treibstoff verloren. Damit werden sich unsere Probleme bei der Stromversorgung weiter vergrößern. Hinzu kommt, dass die Beschaffung von Treibstoff für Kuba sowieso ein Problem ist, da viele Tanker die Insel aus Angst vor Sanktionen nicht anlaufen wollen, von der Finanzierung der jetzt notwendig gewordenen zusätzlichen Mengen an Diesel ganz zu schweigen. Nach der Explosion im Saratoga Hotel mit großen Zerstörungen und vielen Toten ist das die zweite Katastrophe binnen kurzer Zeit, die das Land bewältigen muss.

Die Konterrevolution in Miami jubelt und frohlockt bei jeder Katastrophe, die über uns hereinbricht und die wir wieder mit unseren wenigen Ressourcen bewältigen müssen. Einschränkungen, die sich für uns durch die Blockade und durch solche Katastrophen ergeben, sind für sie ein willkommen

er Anlass, um weiter sagen zu können, dass das kubanische Modell nichts taugt. „Die Blockade wird aufrechterhalten, weil Kuba ohne sie ein Modell der menschlichen Gesellschaft wäre, das für die Weltordnung zu subversiv ist,“ sagte Präsident Díaz-Canel am 26. Juli.

Dieses Modell aufrechtzuerhalten, ist ein schwieriges Unterfangen. Durch die Beispiele in dem ganzen Text wird deutlich, welche Gratwanderungen dabei unternommen werden müssen. Denn um die soziale Gleichheit zu erreichen, die die Essenz des Sozialismus ist, muss man mit Maßnahmen leben, die zunächst eben diese soziale Gleichheit gefährden. „Diese wachsende Ungleichheit ist nicht nur das größte sozioökonomische Problem des Landes, sondern auch eine politische und ideologische Herausforderung. Soziale Gleichheit ist für den kubanischen Sozialismus nicht nur ein Ziel, sondern ein notwendiger Ausgangspunkt für jede Entscheidung. Der einzige Ausweg ist mehr Sozialismus, die einzige Lösung für Kuba ist mehr Revolution. Wenn wir die Gleichheit als unvermeidliche Variable in diesem Bestreben betrachten, haben wir eine größere Chance auf Erfolg in diesem wichtigen Kampf gegen die Armut, der notwendigerweise auch ein Kampf gegen die Ungleichheit als einen Wert sein muss, der mit den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit und der Volkssouveränität unvereinbar ist, die die Geschichte unseres Landes bestimmt haben“, hat Michel Torres in einem Artikel geschrieben.

Damit Kuba diesen Kampf gewinnen kann, braucht es eure Solidarität. Die Welt muss wissen, was dieses Volk für seine Souveränität, für die Verwirklichung des Ideals einer gerechten Gesellschaft auf sich nimmt. Das zu vermitteln ist euer Teil dieses Kampfes.

Die Lösung der Probleme liegt in der Kreativität

Weiterhin Anzeichen für allmähliche Erholung der kubanischen Wirtschaft

Von Peter Knappe

Während der turnusgemäßen Tagung der Nationalversammlung der Volksmacht war – neben einer Vielzahl von weiteren Themen – die Lage und Entwicklung der kubanischen Wirtschaft Gegenstand der Erörterungen.

Alejandro Gil Fernández, stellvertretender Premierminister und Minister für Wirtschaft und Planung, berichtete den Abgeordneten.

Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Ende des Jahres 2021 wurde ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,3 Prozentpunkten verzeichnet. Das für das vergangene Jahr geplanten Wachstum von 2 Prozentpunkten wurde somit nicht erreicht, aber nach zwei Jahren des wirtschaftlichen Rückgangs begann ein Erholungsprozess.

Der Minister erinnerte daran, dass die Wirtschaft im Jahr 2017 um 1,8 Prozentpunkte und im Jahr 2018 um 2,2 Prozentpunkte gewachsen sei. Um die Ergebnisse von 2018 zu erreichen, muss ein Rückstand von mehr als 10 Prozent aufgeholt werden. Er wies darauf hin, dass die Entwicklung im Jahr 2021 allerdings ermutigend gewesen sei.

Im ersten Quartal dieses Jahres wurde – im Vergleichszeitraum zum Jahr 2021 – ein Wachstum von 10,9 Prozentpunkten erreicht, was ein weiteres Zeichen einer allmählichen Erholung darstellt, dies insbesondere vor dem Hintergrund der verschärften US-amerikanischen Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, der Corona-Pandemie, der Inflation und der internationalen Krise.

„Aufgrund dieser Fortschritte können wir jedoch bestätigen, dass die Voraussetzungen gegeben sind,



Neuanfang: Der Tabakanbau wurde durch den Wirbelsturm Ian besonders getroffen.
Foto: Rafael Fernández Rosell/Periódico Guerrillero

um das im Plan für dieses Jahr vorgesehene Ziel von etwa 4% zu erreichen“, so Gil Fernandez.

In den Bereichen Erziehung und Unterricht, dem Hotel- und Gaststättengewerbe, im Baugewerbe, im Bereich Verkehr und im Bereich Kommunikation wurden die besten Ergebnisse erzielt.

Die Exporte, bei denen es sich im Wesentlichen um Nickel, Zuckerrohr, allerdings weit unter der geplanten Produktion, Honig, Tabak, Rum, Biopharmaka und Telekommunikation handelt, betragen im ersten Halbjahr rund 1,3 Mrd. Dollar.

Im internationalen Tourismus, einem der Schlüsselsektoren für die Erholung der nationalen Wirtschaft, verzeichnete Kuba rund 690.000 Besucherinnen und Besucher. Der Minister betonte, dass an der geplanten Zahl von 2,5 Mio. Besuchern für das Jahr 2022 festgehalten werde, was ein sehr anspruchsvolles Ziel sei. Die kürzlich zwischen China und Kuba getroffene Vereinbarung, die Zahl chinesischer Touristen kurzfristig zu ver-

doppeln, wird hier einen Beitrag leisten.

Andererseits betonte er die Notwendigkeit, die Deviseneinnahmen zu erhöhen. Denn obwohl die derzeitigen Kurse höher sind als die, die 2021 erreicht wurden, sind sie immer noch unzureichend. Dies spiegelt sich unter anderem in den Engpässen im Versorgungsnetz des Einzelhandels und in der Finanzierung der Produktionsstruktur wider.

In einigen Bereichen wie Gemüse und Milch gibt es eine leichte Erholung. Allerdings noch nicht mit den Auswirkungen auf das Leben der kubanischen Bevölkerung, wie es zu wünschen wäre.

Offen wurde auch angesprochen, dass bei einigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen die Nachfrage nach wie vor höher ist als die Produktion – verbunden mit hohen Preisen, Spekulation und Wiederverkäufen.

Es besteht die Notwendigkeit, die Preise auf Provinzebene zu koordinieren und zu analysieren, aus welchen Gründen Produkte

bis zum Sechsfachen des eigentlichen Preises verkauft werden. Hier ist eine stärkere Kontrolle auf der Ebene der Provinzen unter Beteiligung der Bevölkerung erforderlich.

Trotz aller Probleme hat der Einzelhandel im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast 14 Prozentpunkte zugelegt, wobei knapp 76 Prozent in CUP (Peso Cubano – nationale Währung) und rund 24 Prozent in MLC (frei wechselbare Währungen) abgewickelt wurden.

Die Inflation ist, in der Gegenüberstellung zum gleichen Zeitraum im Jahr 2020, um 28,8 Prozentpunkte gestiegen. Der Minister führte aus, dass die bisherigen Maßnahmen nur eine begrenzte Reichweite hatten und wirksame Maßnahmen erforderlich seien.

Er stellte klar, dass die Preise für Strom, Gas, Wasser und die des staatlich subventionierten Warenkorbs an regulierten Grundnahrungsmitteln (Libretta) trotz des Preisanstiegs auf dem internationalen Markt beibehalten worden seien.

Da viele Waren, wie Nahrungsmittel, Ersatzteile und Treibstoffe, bei steigenden Weltmarktpreisen importiert werden, verharren die Lebenshaltungskosten und die Inflation in Kuba auf dem aktuellen hohen Niveau.

Staatliche Unterstützung (Sozialhilfe) haben mehr als 1,6 Millionen Kubanerinnen und Kuba-

ner erhalten. Zum Ziel dieser Unterstützung führte der Minister aus: „Wir wissen, dass diesen Menschen und Gemeinschaften Priorität eingeräumt werden muss, aber nicht mit dem Schwerpunkt auf Hilfe, sondern indem ihnen geholfen wird, sich aus eigener Kraft aus dieser vorübergehenden Situation der Gefährdung zu befreien.“

Die Durchschnittsrente ist von 1.607 Pesos auf 1.680 Pesos gestiegen, Der Minister räumte ein, dass dies immer noch unzureichend sei.

Schwierige Energiesituation

Die elektroenergetische Situation im Land ist sehr schwierig. Es kommt immer wieder zu Ausfällen durch fehlende Ersatzteile für die inzwischen veralteten thermoelektrischen Kraftwerke, deren Beschaffung durch die US-amerikanische Wirtschafts-, Handels-, und Finanzblockade weitgehend verhindert wird.

Diese Ausfälle, die von niemandem gewollt sind, führen zu regelmäßigen, aber in der Regel geplanten Stromabschaltungen. Als Folge wurde die Stromerzeugung durch Diesel erhöht, was nicht nur wesentlich kostenintensiver ist, sondern auch den allmählichen Aufschwung der wirtschaftlichen Entwicklung verlangsamt.

Die vermutlich durch einen Blitzschlag ausgelöste Explosion eines großen Treibstofflagers in Matanzas, in deren Folge das Feuer auf angrenzende Rohöltanks übergriff, verschärft diese angespannte Lage. Bei der Bekämpfung des Brandes wird Kuba von Seiten mehrerer befreundeter Länder unterstützt.

Während der Sitzung des Parlaments bat der kubanische Präsident Díaz-Canel, mit Blick auf die aktuelle, komplizierte und schwierige Lage, unzufriedene Bürgerinnen und Bürger nicht „(...) denjenigen in die Hände zu spielen, die uns blockieren und verhindern, dass wir die nötigen Mittel erwerben, um aus dieser Lage herauszukommen“.

Die Lösung der wirtschaftlichen Probleme liegt in der Kreativität der kubanischen Bevölkerung und in ihren eigenen Anstrengungen. Dies ist die Herausforderung, der sich Kuba zu stellen hat, um sein Sozialmodell zu erhalten.

Neue Wechselkurse

Anfang August hat Kuba neue Wechselkurse eingeführt. Die Maßnahme ermöglicht es kubanischen Bürgerinnen und Bürger und Besuchern, ausländische Währungen gegen einen attraktiven Wechselkurs gegen kubanische Pesos (CUP) zu tauschen. Danach wird beispielweise ein Euro jetzt zu einem Kurs von 122 CUP, der Schweizer Franken gegen 125 CUP, bei einer Gebühr von zwei Prozent, getauscht. Der Wechselkurs des US-Dollar wurde von 24 auf 120 zu eins erhöht, bei einer Gebühr von acht Prozent.

Der 2020 eingestellte Verkauf von Devisen an die kubanische Bevölkerung ist für einen späteren Zeitpunkt wieder vorgesehen.

Hinter dieser Maßnahme steht die Zuversicht auf höhere Deviseneinnahmen und sie ist eine klare Ansage gegen Betrüger und Spekulanten, die sich in der Vergangenheit nicht nur an ahnungslosen Touristinnen und Touristen bereichert haben.

Die lukrative Einnahmequelle des illegalen Straßenhandels dürfte nun versiegen, da ausländische Gäste und auch Kubanerinnen und Kubaner ihre Devisen lieber bei den Banken und staatliche Wechselstuben (CADECAS) eintauschen werden.



Selbständige in Kuba.
Foto: Granma

Gegen Einmischung – für Solidarität!

Kuba über die Aufgaben der UNO in Krisenzeiten

Von Brigitte Schiffler

Seit der Gründung der UNO im Jahre 1945 und der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember 1948 als gemeinsamer Standard für alle Völker, versuchen heute mittlerweile 193 Nationen, über Zusammenarbeit den Weltfrieden zu sichern. Dennoch braucht es wohl noch längere Zeit, bis sich ein gemeinsames Verständnis dieser Rechte und Freiheiten für die Wahrung von Menschenrechten entwickelt.

Zu Beginn der UNO gab es noch Kolonien. Die Versuche sogenannter Entwicklungsländer, Hungersnöte zu bekämpfen und die Kluft zwischen reichen und armen Ländern zu verringern, machte die UNO zum wichtigsten Akteur internationaler Entwicklungspolitik. In allen Konflikten – die erste Friedensmission galt dem Waffenstillstand zwischen den Palästinensern und Israel – zeigt sich die unterschiedliche Sichtweise des Verständnisses der Einhaltung von Menschenrechten. Ob Koreakrieg, Vietnamkrieg, Apartheid-Politik, Ost-West-Konflikt, atomare Bewaffnung, Golfkriege, Völkermord in Ruanda, Jugoslawienkrieg, Afghanistan, Syrien – dabei ging es oft auch immer um Versuche, den Kapitalismus zu überwinden und eine sozialistische Gesellschaft ohne Bevormundung der westlichen reichen Länder aufzubauen. In der Menschenrechtskommission der UNO spiegelte sich das als Kritik, Empörung und Blockade wider. 2006 wurde sie durch den Menschenrechtsrat abgelöst, mit 170 Stimmen, vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen.

Dagegen stimmten die Vereinigten Staaten von Amerika. Seit 2006 können in geheimer Abstimmung gewählte Mitglieder des Menschenrechtsrats auch ausge-

schlossen werden, wenn sie eklatant gegen Menschenrechte verstoßen. 2022 suspendierten 93 UN-Mitgliedsstaaten Russland wegen vorgeblicher Menschenrechtsverletzungen im Ukraine-Krieg, 24 Staaten stimmten dagegen, 58 enthielten sich.

Angesichts dieser Entwicklung, der wachsenden Kluft zwischen den wirtschaftlich entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern, der Globalisierung mit zwar neuen Chancen für die Entwicklung, aber auch mehr Ungleichheit, weit verbreiteter Armut, Arbeitslosigkeit, sozialer Desintegration und Umweltrisiken sowie den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie hat Kuba als Mitglied des Menschenrechtsrats im Juli 2022 eine „Resolution zu Menschenrechten und internationaler Solidarität“ vorgelegt. Sie wurde von Namibia, Paraguay und Venezuela unterstützt sowie von den zurzeit nicht im Menschenrechtsrat vertretenen Staaten Algerien, Belarus, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Ägypten, Nicaragua und Palästina. Die Resolution wurde mehrheitlich mit 31 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

In der „Granma“ (Zentralorgan der PCC) vom 8. Juli 2022 hieß es zu der Resolution Kubas: „Wir erkennen keinem Land das Recht zu, sich zum Polizisten oder Garanten der Religionsfreiheit in der Welt zu erklären, oder Zertifizierungen oder einseitige Listen zu erstellen, deren einziges Ergebnis darin besteht, der internationalen Zusammenarbeit Schaden zuzufügen und Desinformation zu fördern.“

Schon bei der Gründung der UNO setzte sich der Präsident der USA, Franklin D. Roosevelt, für eine Hegemonie der Großmächte

ein, sie sollten eine Rolle als Welt-polizisten spielen. Bei der Einrichtung des Menschenrechtsrates 2006 fragte der kubanische Botschafter daher zu Recht vor der Abstimmung, ob die USA auch für Menschenrechtsverletzung in Guantanamo, für den Folterskandal in Abu Ghuraib und für die geheimen CIA-Gefangenenlagern in Europa zur Rechenschaft gezogen würden. Die USA ließen sich erstmals unter Barack Obama in den Menschenrechtsrat wählen. 2018 erklärte US-Außenminister Mike Pompeo, die schlimmsten Menschenrechtsverletzter der Welt säßen als Mitgliedstaaten im Rat und man träte aus. Die USA kehrte erst 2021 nach der Wahl von Joe Biden in den Menschenrechtsrat zurück.

Im Januar 2021 setzte Donald Trump kurz vor Beendigung seines Amtes Kuba noch auf die Terror-Liste, was erhebliche Sanktionen für das Land weltweit bedeutet. Im Juni 2022 sorgte das Weiße Haus dafür, dass Kuba, Venezuela und Nicaragua vom in Los Angeles veranstalteten Gipfel der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ausgeschlossen wurden. Auf der in Mexiko stattgefundenen Gegenveranstaltung kritisierte der politische Gefangene der USA Mumia Abu-Jamal, dass in den Armenvierteln der USA Hunger, Armut und Obdachlosigkeit zum Alltag gehören und die USA das Land mit der weltweit größten Anzahl von Gefangenen sei.

Gegen alle diese Verletzungen von Menschenrechten wendet sich die Resolution auf der 50. Sitzung des Menschenrechtsrats. In ihr wird darauf aufmerksam gemacht, dass es um die Beseitigung von Entwicklungshindernissen geht und dass ein Fortschritt bei Menschenrechten nur durch internati-

onale Zusammenarbeit, Einigkeit, Solidarität und gemeinsames Handeln möglich ist.

Gefordert wird:

- Das System der Vereinten Nationen solle eine grundlegende Rolle bei der Koordinierung der weltweiten Maßnahmen zur Kontrolle und Eindämmung der Ausbreitung von Covid-19 spielen. Es solle bewährte Praktiken und Erfahrungen auf allen Ebenen der Bekämpfung des Virus und den Wiederaufbaumaßnahmen nach der Pandemie sam-

meln und verbreiten. Dabei solle die zentrale Rolle des Staates und internationale Solidaritätsaktionen gewürdigt werden.

- Maßnahmen zur Eindämmung und Überwindung der Pandemie und ihrer Folgen sollten menschenzentriert, geschlechtsspezifisch, unter uneingeschränkter Achtung der Menschenrechte, multidimensional, koordiniert, integrativ, innovativ, schnell und entschlossen erfolgen.

- Die internationale Solidarität solle sich nicht auf internationale

Unterstützung und Zusammenarbeit, Hilfe, Wohltätigkeit oder humanitäre Hilfe beschränken – sie sei ein umfassenderes Konzept der gleichberechtigten Partnerschaften und nachhaltiger Entwicklung und müsse die strukturellen Ursachen von Armut, Ungleichheit und anderen globalen Herausforderungen angehen.

- Die globalen Herausforderungen müssten mit Solidarität und im Einklang mit den Prinzipien der Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit angegangen werden. Diejenigen, die am wenigsten profitierten, verdienten die Hilfe derjenigen, die am meisten profitierten.

- Die Vereinten Nationen sollten sich dafür einsetzen, dass die heutigen Generationen sich ihrer Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen bewusst seien. Eine bessere Welt sei möglich – künftige Generationen sollten eine für ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen geeignete Umwelt genießen können.

- Die für die öffentliche Entwicklungshilfe bereit gestellten Mittel müssten über die zugesagten 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts der Industrieländer hinaus erhöht werden. Neue und zusätzliche Mittel der Finanzierung von Entwicklungsprogrammen seien notwendig.

Fazit: Die von den Staaten in der Agenda 2030 eingegangenen Verpflichtungen sollen auf der Grundlage eines Geistes der globalen Solidarität, insbesondere mit den Ärmsten und Schwächsten, neu belebt werden.

Anzeige

Dein Abo für den heißen Herbst! **DEN HERRSCHENDEN EINHEIZEN!**

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt
5.000 Abos für die Presse!

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 16. SEPTEMBER 2022, NR. 216 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTG

Milde für Neonazis
Kritik und seltsame Enthüllungen: In
russischer Öffentlichkeit wach-
sende Unterstützung

Monarchie vor Menschen
Britannien: Nach Tod der Queen soll
Gewerkschaften alle Streiks a
Mitglieder nicht konsultiert

Jetzt bestellen!
jungewelt.de/abo oder
030 / 536355-80

Wer ist verantwortlich für den Anstieg der kubanischen Emigration?

Von José Manzaneda, Koordinator von cubainformación.tv

Die wirtschaftlichen Engpässe, unter denen die kubanische Bevölkerung leidet, sind ein direktes Produkt der erbarmungslosen Anwendung von dutzenden von Sanktionen aus Washington inmitten der Pandemie. Zur Verschleierung finanzieren die USA ein ganzes Netz von digitalen „anti-castristischen“ Medien. In diesen lesen wir, dass diese Engpässe auf der „schlechten Regierungspolitik“ von Havanna beruhen und auf dem „Scheitern des Sozialismus“.

Diese These, immer wieder von der internationalen Presse wiederholt, wird auch auf das Thema Migration angewandt. Die Alarmüberschriften lauten: „Kuba erlebt die größte Krise der Auswanderung seiner Geschichte“, oder: „Kuba erlebt einen neuen massiven stillschweigenden Exodus“. Die Medien schlüsseln uns den Anstieg der Emigration genau auf. Aber was sagen sie uns über die Gründe? Erklären sie die Mechanismen des ökonomischen Krieges der USA, der neben der Pandemie Mangelversorgung, Warteschlangen und Stromunterbrechungen verursacht hat? Was berichten sie uns über die Nichteinhaltung des bilateralen Abkommens seitens des Weißen Hauses, das die Erteilung von mindestens 20.000 Visa jährlich vorsieht? Was über die Schließung des Konsulats in Havanna während der letzten fünf Jahre? Lesen wir etwas von der einwanderungsmäßigen Bevorzugung, die die kubanische Bevölkerung in den USA im Verhältnis zu anderen migrantischen Gemeinschaften durch das Ley de Ajuste Cubano genießt? Nichts sagen sie uns zu alledem, oder sie versichern uns, das sei die „Rhetorik“ der kubanischen Regierung.

Für die spanische Tageszeitung ABC sind die Gründe für die Emi-



Kein Grund, Kuba den Rücken zu kehren: Kubanische Universitäten garantieren eine qualifizierte Ausbildung
Foto: Hugo García / Juventud Rebelde

gration der „Terror, die Repression und die Verletzungen der Menschenrechte durch die Diktatur“. Und wie erklärt man uns, warum die USA keine Visa gewährt? Dies sei die „Antwort auf die Schallattacken – so lesen wir –, die mehr als 20 nordamerikanische Diplomaten erlitten haben“. Ganz so, als wäre dies ein Kommuniqué des Staatsministeriums der Regierung von Donald Trump! ABC unterstützt damit nicht nur diesen schändlichen und unglaublichen Schund ohne Beweise für diese „Schallattacken“, sie lügen außerdem: „die Abkommen über die Einwanderung sind weiterhin in Kraft und werden in Ländern wie Guyana angewandt“, so sagen sie uns. Na klar, die Abkommen sind weiter in Kraft, aber sie werden nicht erfüllt: Von den mindestens 20.000 Visa jährlich haben die USA nicht mal ein Fünftel erfüllt.

Auf der anderen Seite versichert die Tageszeitung „El Mundo“, dass diejenigen, die emigrieren „ihr Le-

ben riskieren, um vor der Diktatur von Díaz-Canel zu flüchten“. Sie „flüchten“, versteht sich, weil man sie nicht das Land verlassen lässt. Das ist völlig falsch, wie die Tatsache beweist, dass Tausende Migranten die Insel per Flugzeug verlassen, auf völlig legale Art und Weise, in Richtung Zentralamerika, um von dort aus über Land in die USA zu gelangen. Aber „El Mundo“ selbst bestätigt dieses im gleichen Text genauso wie das Gegenteil. Deshalb beschuldigt sie die kubanische Regierung, die Auswanderung als Auslassventil zu benutzen, um eine „soziale Explosion“ zu vermeiden. Was ist nun? Fliehen sie oder nicht? Oder ist es so, dass die Regierung ihnen die „Flucht“ erleichtert?

Diese Tageszeitung schreibt allerdings eine ganz andere Version über die Emigration aus Haiti zum Beispiel. Dieses Land ist – so sagen sie uns – „Opfer eines großen Scheiterns der internationalen Gemeinschaft. Kein Wort über

das dort vorherrschende neoliberale Modell, das Fehlen jeglicher grundlegender Dienste oder die Repression, ganz zu schweigen von unverhüllten Lügen. Eine Gruppe von Migranten aus Haiti, ganz elend von den Wellen, landete in Kuba, wurde dort aufgenommen und Tage später wieder zurückgeschickt, in Anwendung der üblichen Regeln. Aber „El Mundo“ erfindet, dass diese Personen es „vorzogen, nach Haiti zurückzukehren“, „trotz der Angebote der castristischen Autoritäten, zu bleiben“. Lüge über Lüge.

Die Emigration entwickelt sich seitens des Anticastroismus zu einer weiteren Waffe der Aggression gegen Kuba. Als Joe Biden im Mai ankündigte, dass das Konsulat in Havanna wieder geöffnet werden soll, beschuldigten sie ihn, dem „kubanischen Regime“ ein „Geschenk“

zu machen, für das er auf diese Weise „im Gegenzug nichts“ erreichen würde, dass er sich „einer Erpressung beuge“, dass er ihnen „Konzessionen“ gewähre bis hin, dass Havanna „die Ausreise von Bürgern als Auslassventil nutze angesichts der kleinsten Anzeichen von ‚Rebellion‘. Schlussfolgerung: Von den Villen in Miami aus üben sie Druck aus, damit Biden weiterhin die legale und sichere Emigration aus Kuba verhindert, damit sich, zusammen mit den Maßnahmen des ökonomischen Erstickens, eines Tages die Welle des Drucks explosionsartig entlädt.

In diesem Theater der politisierten Emigration dürfen die Berühmtheiten nicht fehlen, wie der Schauspieler William Levy, der in einer Fernseh-Show die erfundene Geschichte erzählte, „wie man mit dem Leben spielt, um aus

Kuba zu entkommen“, denn „das Schlimmste ist es, wenn sie dir die Freiheit nehmen“.

Die Maschinerie der Propaganda wird weiterhin versuchen, die öffentliche Meinung zu täuschen. Aber die Realität ist: Die Sanktionen und der Wirtschaftskrieg schaffen es, das Lebensniveau der kubanischen Bevölkerung herabzudrücken. Diese kann nicht auf sichere Art das Land verlassen, weil die USA keine Visa erteilen. Aber wenn die Migranten es schaffen, illegal in die USA einzureisen, können sie mit rechtlichen und wirtschaftlichen Privilegien rechnen. Wer ist es also, der für den Anstieg der Zahlen bei der kubanischen Emigration verantwortlich ist? Und wer fördert die illegale Auswanderung?

Übersetzung:

Angelika Becker/Tobias Kriele

Scheinriesen

Von Tobias Kriele

Schon mal von der Mercator-Projektion gehört? Damit wird die Darstellungsform der Weltkarte bezeichnet, die wir heute als normal erachten. Dabei wird die kugelförmige Welt auf einen gedachten Zylinder projiziert und das Ergebnis als flache Landkarte abgerollt. Im Jahr 1569, in dem der Belgier Gerhard Mercator diese Darstellungsform zum ersten Mal wählte, stellte sie einen ungeheuren Fortschritt dar. Sie hat allerdings einen verfälschenden Effekt: Länder in der Nähe des Äquators wirken auf ihr viel kleiner, als sie in Wirklichkeit sind, während die äquatorfernen Gebiete als Scheinriesen auftauchen. Kurzum: Auf den gängigen Landkarten erscheinen zum Beispiel die Länder Europas in unwirklicher Ausdehnung, beispielsweise im Vergleich zu den mittelamerikanischen Staaten.

Dadurch wurde die Mercator-Karte zum Symbol der europäischen Brille, durch welche die eigenen Angelegenheiten ungleich viel größer und wichtiger scheinen als die des Globalen Südens.

Denn trotz aller Einbußen im Lebensstandard gibt es für den durchschnittlichen Europäer im Kontrast zu den Ländern des Südens einige Selbstverständlichkeiten: Die Erfahrung eines Lebens inmitten der gesellschaftlichen Produktion von Reichtum, ein Gefühl der Sicherheit und die (vermeintliche) Selbstverständlichkeit eines stabilen sozialen Gefüges gehören dazu. Dadurch tut sich der Europäer schwer, von der eigenen Lebenswelt abweichende Realitäten zu begreifen. Den meisten ist es fast unmöglich, die allgegenwärtige Bedrohung der eigenen Existenz nachzuvollziehen,

welche in den Ländern des Globalen Südens für die Masse der Personen eine Grunderfahrung darstellt. Und zwar nicht erst seit gestern, sondern, was den amerikanischen Doppelkontinent angeht, seit einem halben Jahrtausend. Die einigermaßen aufgeklärte europäische Perspektive vermag vielleicht noch das Leid erfassen, welches 500 Jahre Kolonialismus über die dem Kolonialjoch unterworfenen Weltgegenden gebracht haben; dass sie andererseits selbst aus dieser Herrschaftsgeschichte entstanden ist, fällt ihr dagegen ungleich schwerer zu verinnerlichen. Eurozentrismus führt eben auch zu einer schweren Behinderung der Auffassungsgabe.

Das europäische Selbstverständnis definiert sich über das, was die Länder des Südens seiner Meinung nach (noch) nicht haben: Ein Le-



Uns aus eigener Kraft zu emanzipieren, das ist Revolution.

Foto: privat

ben nach Regeln, Wissenschaft und Technik, Arbeitsteilung, Effizienz, kurzum: Zivilisation. Da die „unterentwickelten“ Länder Erfahrungen, die in ihrer Reinform von den Europäern für sich in Anspruch genommen werden, wie „Demokratie“, „Rechtsstaatlichkeit“, „Zivilgesellschaft“ und „Aushandlungsprozessen“, noch nicht selbst haben machen können, sind sie – so der skeptische europäische Blick – auch kaum in der Lage, ihre eigenen Entwicklungsstand einzuschätzen. Zur Bewertung der „Entwicklungsfortschritte“ der ehemaligen Kolonien sind nach dieser Logik in erster Linie Europäer in der Lage. Merke: Eurozentrismus macht die Betroffenen anfällig für Einfältigkeit.

Diese spezielle europäische Perspektive richtet sich auch auf die Kubanische Revolution. Natürlich existieren dabei unterschiedliche Grundhaltungen. Es gibt sicherlich eine „pro-atlantische“ Vor-

stellung, wonach die gegen den von der natürlichen Führungsmacht USA eingesetzten Fulgencio Batista durchgeführte Revolution an sich abzulehnen ist. Tatsächlich handelt es sich bei dieser plumpen Ablehnung der Revolution aber um eine absolute Außenseiterposition. Diese Position, wonach die Kubanische Revolution von Anfang an „falsch“ war, existiert heute nur noch in Miami und seinen Filialen. Sie ist nur insofern von Belang, als dass sich alle anderen Haltungen gegenüber der Kubanischen Revolution von ihr abgrenzen und für sich eine „moderate“ Kritik in Anspruch nehmen.

Insbesondere unter Europäern überwiegt eine Haltung, welche der Revolution in ihren unkonventionellen Anfängen Sympathien entgegenbringt, ihr dann aber attestiert, zu einem bestimmten Zeitpunkt „umgekippt“ zu sein. Dieser Moment der Abweichung vom rech-

ten Weg wird dabei unterschiedlich datiert: Mit den verhängten Todesurteilen gegen die Mörder der Batista-Diktatur direkt nach der Revolution, mit der außenpolitischen Orientierung auf die Sowjetunion, mit der Orientierung auf wirtschaftliche Großprojekte, mit der Einführung privatwirtschaftlicher Elemente und so weiter. Entscheidend ist aber nicht das jeweilige Datum, sondern die Auffassung, wonach die eigentlich gut gemeinte Sache der Revolution an einer Ecke falsch abgebogen ist und nun einer Kurskorrektur bedarf. Kurskorrekturen tun sicherlich not; die kubanische Staatspolitik der letzten Jahre besteht im Wesentlichen aus der Behebung von Fehlern und der Anpassung von nicht mehr zeitgemäßen Strategien.

Wenn sich aber ausgerechnet die Europäer in der Position sehen, Kuba Ratschläge geben zu können, dann stellen sie sich in Gegensatz

zu einem der Grundprinzipien der kubanischen Revolution. Wie das gemeint ist? Eine Kubanerin sagte einmal zu mir: „Die guten Sachen, die mittelmäßigen Sachen und die schlechten Sachen machen wir alle selbst. Für das Recht, Fehler machen zu können, haben wir die Revolution gemacht.“ Der typische europäische Blick auf Kuba stellt (gewollt oder ungewollt) genau dieses Recht in Frage. Das gilt auch für selbst erklärte kubasolidarische Positionen, welche an die sozialistische Insel jene Kriterien und Kategorien anlegen, mit denen Europäerinnen und Europäer versuchen, ihre eigene politische Realität zu erfassen. Nun sind diese Kategorien in der Regel in dem Maße abstrakt, wie die fortschrittlichen Kräfte in Europa davon entfernt sind, reale gesellschaftliche Machtverhältnisse ins Wanken zu bringen. Leider sind die europäischen linken Parteien und Bewegungen es nun einmal derzeit bei sich zu Hause eher gewohnt, gesellschaftliche Veränderungen zu kommentieren, als sie auszulösen. Folglich werden politische Positionen in Ermangelung eines vorhandenen Praxis-Prüfsteins tendenziell nach ihrem verbalen Eindruck bewertet und weniger nach ihrem möglichen Beitrag, die Welt zu ändern.

Die empfundene Machtlosigkeit, mit der man den eigenen Verhältnissen ausgeliefert ist, hat viele europäische Linke dazu bewogen, ihre Hoffnungen auf die Länder des Südens zu richten und sich auf Solidaritätskampagnen mit den dortigen Aufbauprozessen zu konzentrieren. Insbesondere seit den 1990er Jahren steht das sozialistische Kuba im Fokus von Solidaritätsarbeit in Europa. Das ist natürlich gut so und hatte zwischenzeitlich eine enorme symbolische Bedeutung für die Insel, die sich in einer Sonderperiode befand. Zugleich handelte es sich halt um eine typisch europäische Ausdrucksform der Solidarität, in der der Wunsch, die schmerzhaft

erlebten eigenen Niederlagen hinter sich zu lassen, auf Kuba projiziert wurde. Dabei zeigt sich, wie schwer es ist, anderen gegenüber solidarisch zu sein, wenn man seine eigenen Kämpfe nicht erfolgreich zu bestreiten vermag.

Natürlich ist Kuba weder willens noch in der Lage, die speziellen Bedürfnisse der europäischen Linken abzudecken. Und es gibt so viele Erwartungen:

Kuba soll seinen unter Che Guevara begonnenen Weg, Bewusstsein und Überzeugung vor finanzielle Anreize zu stellen, fortsetzen;

Der Sozialismus soll nicht dieselben Fehler begehen, die bei uns gemacht wurden und wahlweise härter oder einfühlsamer auf diejenigen reagieren, die sich von ihm abwenden.

Die Revolution hat an der reinen Lehre festzuhalten und lieber in Schönheit zu sterben, als sich mit dem kapitalistischen Weltmarkt an einen Tisch zu setzen;

Die kubanische Regierung soll endlich einsehen, dass nur marktwirtschaftliche Elemente und vor allem ausländische Investitionen die Produktivkräfte zu „entfesseln“ vermögen;

Kuba soll Werbung für den Sozialismus machen (wobei uns unter den potentiellen Sozialismus-„Kunden“, seien wir doch ehrlich, Europäer vorschweben).

Kuba soll uns mitreißen, uns Hoffnung geben, zu Tränen rühren, uns für unsere Solidarität danken, uns emotional aufrichten.

Kurzum: Kuba soll so bleiben, wie es ist, und zugleich unseren Erwartungen entsprechen.

Man sieht schon, diese Haltung gegenüber Kuba kommt mit einem ganzen Rucksack an Erwartungen daher. Was aber, wenn der Weg des

revolutionären Kuba von diesen Reißbrett-Erwartungen abweicht? Was, wenn die klassischen Ziele wie Unabhängigkeit, Souveränität und Wohlstand stärker als die Fixpunkte der kubanischen Befreiungsbewegung hervor- und dafür die europakompatiblen romantischen Anknüpfungspunkte der Revolution zurücktreten? Dann muss man sich möglicherweise Sorgen machen. Gibt es ein Gegenmittel? Sicherlich. Besteht dies darin, von den Kubanerinnen und Kubanern Orientierungen für unsere Solidaritätsarbeit zu erwarten? Sicherlich nicht.

Die europäische Solidarität mit Kuba kann sich dann von eurozentristischen Vorstellungen lösen, wenn sie sich von den Verzerrungen befreit, kraft derer die europäischen Probleme und Fragestellungen größer erscheinen als jene der Länder des Südens. Die Solidarität mit Kuba muss immer etwas mit dem tatkräftigen Unterfangen zu tun haben, die Verhältnisse in der eigenen Lebenswelt grundsätzlich zu verändern. Die Maßnahmen der Kubanischen Revolution kann letzten Endes nur kritisch nachvollziehen, wer selbst in einer feindseligen Umwelt um jeden Quadratzentimeter an Gegenmacht kämpft. Tut man das nicht, und das dürfte auf fast alle von uns zutreffen, sollte man sich der Verzerrtheit der eigenen Bewertung bewusst sein. Zum Ziel kommen kann man dann trotzdem – eben wie beim Beispiel der Mercator-Landkarte.



Gegen das Unmögliche kämpfen und gewinnen
Foto: privat

Der Lehrer ist das Wichtigste für eine Revolution

Erinnerung an die Erfolge der Alphabetisierung auf Kuba

Von Marion Leonhardt

Gleich zwei Feiertage in der zweiten Jahreshälfte ermuntern dazu, sich mit dem Thema Alphabetisierung zu befassen:

Der Weltalphabetisierungstag (engl. World Literacy Day, auch Weltbildungstag) wird am 8. September begangen. Der Tag soll jährlich an die Problematik des Analphabetismus erinnern.

In Kuba wird zusätzlich am 22. Dezember der „Tag des Lehrers“ gefeiert, um an die rund 270.000 freiwilligen Helfer der Alphabetisierungskampagne zu erinnern. Dies waren freiwillige (ausgebildete) Pädagogen, auch eine größere Anzahl bereits im Ruhestand befindlicher, die noch einmal reaktiviert wurden sowie Brigaden aus Kindern und Jugendlichen, die gut 37 Prozent der gesamten Helfer ausmachten. Die große Beteiligung so junger Menschen an einem derart ehrgeizigen und kühnen Projekt war etwas Spektakuläres, ja Sensationelles. Ebenso bemerkenswert war die Konzeption: Tagsüber unterstützten die Helfer die Bauernfamilien, bei denen sie lebten, abends wurde beim Schein der Laternen gelehrt und gelernt. Die Laterne wurde so zum Symbol einer Kampagne, die auch in anderer Beziehung Licht ins Dunkel brachte. Durch das Projekt konnte sich Kuba als erstes Land Lateinamerikas und der Karibik vom Analphabetismus befreien. Am 22. Dezember 1961, dem Tag, an dem Kuba sich nach nur einem Jahr frei vom Analphabetismus erklären konnte, betonte Fidel in seiner Rede auf der Plaza de la Revolución die historische Dimension: „Es gibt keinen feierlicheren und ergreifenderen Moment, keinen Moment größeren Jubels, keine Minute legitimen Stolzes und Ruhmes als die-

sen, in dem viereinhalb Jahrhunderte der Ignoranz niedergerissen wurden.“

Fidel hat in seiner Rede im Lehrerbildungszentrum Sierra Maestra in Minas del Frío, am 17. Juni 1962 die besondere Rolle der Lehrer gewürdigt: „Was ist das Wichtigste für eine Revolution, die beabsichtigt, das Leben eines Landes radikal zu verändern und eine neue Gesellschaft aufzubauen? Der Lehrer, Genossinnen und Genossen, der Lehrer ist das Wichtigste in einer Revolution“.

Wie recht Fidel damit hatte, zeigte nicht zuletzt der erbitterte Kampf der Gegner der Revolution gegen die Alphabetisierung, die auch nicht davor zurückschreckten, deren Helfer zu ermorden. Miguel Mejides legt davon ein eindringliches literarisches Zeugnis ab in „Narben in der Erinnerung. Erzählungen über vier Jahrzehnte Terrorismus gegen Kuba.“ Als intellektuelle Stimme Kubas malt er keine Schreckensbilder, sondern gibt den Opfern der konterrevolutionären Gewalt ein Gesicht.

Die Erfolge der Alphabetisierung in Kuba sind aber nicht nur historisch. Solidarisch und im besten Sinne internationalistisch verallgemeinerte Kuba seine positiven Erfahrung und mit der Methode „Yo, si puedo“ (Ja, ich kann das) unterstützt es seitdem viele Länder bei der Alphabetisierung. Das Programm besteht aus 65 Video-Unterrichtseinheiten, einer einfachen Fibel und dem Handbuch für den Alphabetisierungshelfer. Seit 2003 ist es in 30 Ländern weltweit zum Einsatz gekommen und hat über zehn Millionen Menschen das Lesen und Schreiben beigebracht.

Die UNESCO hat, zusammen mit anderen internationalen Or-

ganisationen, den selbstlosen Einsatz Kubas mittels der Anwendung und Wirksamkeit des Alphabetisierungsprogramms „Yo, si puedo“ mehrfach anerkannt und dem Land im Jahr 2002 und 2003 zwei Ehrenausszeichnungen des Preises „König Sejong“ verliehen sowie im Jahr 2006 an das IPLAC (Pädagogisches Institut für Lateinamerika und die Karibik).

Der UNESCO King Sejong Literacy Prize (UNESCO-König-Sejong-Alphabetisierungspreis) ist einer der beiden internationalen Preise für Alphabetisierungsprojekte, die die UNESCO jährlich verleiht. Der Preis, mit dem Regierungen, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) für ihre Verdienste in Sachen Alphabetisierung ausgezeichnet werden können, ist mit einer Summe von 20.000 US-Dollar dotiert und wird jeweils mit einer Silbermedaille und einem Zertifikat überreicht.

Mit knapp 13 Prozent des BIP investiert der kubanische Staat laut Angaben der Weltbank so viel in Bildung wie kein anderes Land weltweit.

Wie ist die Situation im reichen Industriestaat Deutschland?

Laut dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) können 6,2 Millionen Menschen oder 12,1 Prozent der Bevölkerung nicht oder nur unzureichend lesen und schreiben und mehr als 60 Prozent aller Betroffenen besitzen keinen oder einen niedrigen Schulabschluss. Der Soziologe Werner Seppmann stellte schon vor Jahren in seinen Buch „Dialektik der Entzivilisierung“ fest, dass in der BRD 25 Prozent eines Schuljahrgangs diese als funktionale Analphabeten verlasen.

Niemand wird zurückgelassen

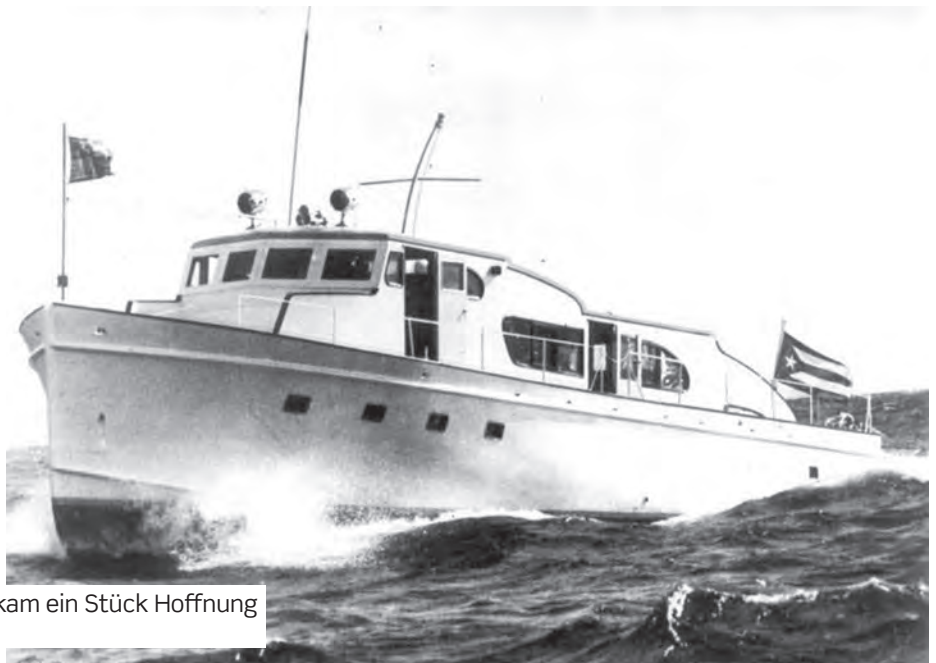
Von Wolfgang Mix

Als am 25. November 1956 die Yacht „Granma“ von Tuxpan in Mexiko aufbrach, um mit 82 Kämpfern an Bord gegen den kubanischen Diktator Batista den bewaffneten Kampf zu eröffnen, brach eine neue Etappe der Revolution an. Ihr Führer, der junge Rechtsanwalt Fidel Castro, erklärte seinen Mitstreitern vor der Abfahrt: „Von einer Reise wie dieser kehrt man nicht zurück, oder man kehrt zurück mit der enthaupteten Tyrannie zu seinen Füßen.“ Das waghalsige Unternehmen wäre im ersten Fall kaum mehr als eine Fußnote der Geschichte geblieben, und niemand konnte damals den weiteren Verlauf erahnen: Gleich nach der mühsamen Landung in Kuba wurde die Expedition angegriffen und zerstreut. Einige konnten fliehen und sich in ihre Heimatorte zurückziehen. Die meisten kamen ums Leben. Nur zwölf Teilnehmer, unter ihnen Fidel und Raúl Castro, Ernesto Guevara, Juan Almeida und Camilo Cienfuegos schafften es in die Berge der Sierra Maestra und begannen mit Unterstützung der Bauern und des städtischen Untergrundes ihren Guerillakrieg. In nur drei Jahren wurde die Diktatur hinweggefegt und Kuba wurde zum ersten Mal seit seiner formellen Unabhängigkeit zu einer Gesellschaft, in der die Menschen selbst über ihre Zukunft entscheiden können.

Die Überfahrt nach Kuba auf dem kleinen und altersschwachen Boot, das nur für 8 bis 10 Personen ausgelegt war, war eine siebentägigen Strapaze. Nicht alle der Männer fanden sitzend

Platz, so dass abwechselnd gesessen und gestanden wurde. Schlechtes Wetter setzte den Revolutionären nach kurzer Zeit zu. Ernesto Guevara schrieb in seinen Aufzeichnungen: „Auf dem Boot präsentierte sich eine grotesk-tragische Situation: Männer, deren Gesichter ihre Qual widerspiegeln, umklammerten ihre Leiber. Einige steckten mit dem Kopf in Eimern, andere lagen in verkrümmten Positionen am Boden, unbeweglich und mit von Erbrochenem verschmutzter Bekleidung. Abgesehen von zwei oder drei Seeleuten und von vier oder fünf Besatzungsmitgliedern, waren alle seekrank.“ Einsickerndes Wasser musste mit Eimern ausgeschöpft werden. Der Motor machte Probleme und ein beträchtlicher Teil der Ausrüstung wurde ins Meer geworfen, um ihn zu entlasten. Am Schluss waren kaum noch Verpflegung und Trinkwasser vorhanden. Es bestand die Gefahr, entdeckt zu werden. Wie man später herausfand, hatten die Dienste der Diktatur bereits Wind von der Aktion bekommen und Suchflugzeuge patrouillierten die Küste.

Am sechsten Tag kam es zu einem Zwischenfall, der eine symbolische Bedeutung erhielt. Roberto Roque war einmal mehr auf das Dach der Kabine geklettert, um Ausschau zu halten, als eine große Welle heftig gegen das Boot schlug. Er verlor den Halt und stürzte ins Meer. Bei hohem Seegang und trübem Wetter verlor man sofort die Sicht auf ihn. Lichter durften nicht eingeschaltet werden, denn man befand sich bereits in der Nähe von Land. Man kreiste im Meer und brüllte seinen Namen, doch die Suche blieb lange vergeblich. Roque selbst war ein erfahrener Seemann und bemüht, in dieser schwierigen Lage nicht in Panik zu verfallen. Vergeblich versuchte er, sich der schweren Stiefel zu entledigen. Es gab Momente, in denen er einen kurzen Blick auf die Yacht hatte oder die Stimmen seiner Genossen hören konnte. Nach einer halben Stunde sank an Bord die Hoffnung, ihn noch zu finden. Doch Fidel bestand darauf, weiter zu suchen: „Wir müssen ihn finden!“ Dann sah Roque das Boot in seiner Nähe und mobilisierte die



Mit jedem Mann der Granma kam ein Stück Hoffnung
Foto: Granma-Archiv

letzten Kräfte, sich ihm schwimmend zu nähern. Sein Rufen wurde gehört und er konnte geborgen werden. Die ganze Aktion hatte fast eine Stunde gedauert und man hatte wertvolle Zeit verloren. Doch dieser Erfolg beflügelte die Stimmung an Bord. Sollte es Zweifel über den Charakter der Expedition gegeben haben, so wurde allen Teilnehmern vor Augen geführt, dass sie als Menschen es waren, die den Vorrang hatten vor allen anderen Erwägungen.

Dieser Grundsatz zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der kubanischen Revo-

lution. Gegenwärtig hört man aus Kuba immer wieder den Satz, dass niemand zurückgelassen wird. Dies angesichts einer schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage und einer sich verstärkenden sozialen Ungleichheit in Bezug auf Zugang zu Dingen des täglichen Bedarfs, zu Devisen und damit auch zu Konsumgütern. Ein opulenter Lebensstil, welcher den tatsächlichen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Unterentwicklung nicht gerecht wird, sickert als Leitbild über digitale Medien und subversive Stimmungsmache ein und schürt Unzufrie-

denheit. Das sozialistische Prinzip der gleichen Zuteilung für alle gerät in dieser Situation unter Druck. Doch das Problem wird gesehen und man arbeitet dem entgegen, indem besonderes Augenmerk auf die Lage benachteiligter Sektoren der Gesellschaft gelegt wird. Gelingt es der neuen Generation in den Funktionen der Gesellschaft, die Menschen auf der Grundlage eines sozialistischen Gemeinsinnes erneut zu mobilisieren und zu motivieren, wird sie sich der revolutionären Generation und deren Entbehrungen und Opfern würdig erweisen.

„Der Guerillero ist ein Sozialreformer“

Vor 55 Jahren wurde Ernesto „Che“ Guevara in Bolivien ermordet

Von Wolfgang Mix

Mit diesem Satz beantwortete Guevara die Frage nach dem Grund des bewaffneten revolutionären Kampfes, den er und seine Kameraden 1959 in Kuba nach drei Jahren siegreich beendeten. „Er greift zu den Waffen, um des Volkes gewaltsamen Protest gegen seine Unterdrücker zum Ausdruck zu bringen; er kämpft, um das soziale Gefüge umzustürzen, das alle seine unbewaffneten Brüder in der Schmach und im Elend hält. (...) Der Guerillero ist in höchstem Sinne des Wortes der Freiheitskämpfer, der Auserwählte des Volkes, dessen kämpfende Avantgarde im Kampf für die Befreiung. (...) Die Guerilla-Armee setzt sich aus allen Einwohnern einer Region oder eines Landes zusammen. Das ist das Wesen ihrer Kraft und ihres früheren oder späteren Triumphes über jede Macht, die sie zu unterdrücken sucht; mit anderen Worten: Die Grundlage und das Substrat der Guerilla-Bewegung bildet das Volk“.

Die aus dem Erfolg der kubanischen Revolution hergeleitete Fo-

kus-Theorie* ließ ihn nicht mehr los, auch als er nach etlichen Jahren der Regierungsverantwortung in Kuba 1965 mit einer Gruppe kubanischer Kämpfer vergeblich versuchte, dem Befreiungskampf im Kongo eine Wende zu geben. Doch die Bedingungen waren nicht derart, dass daraus eine breite Volksbewegung entstehen konnte. Dieses Scheitern ließ ihn zwei Jahre später in Bolivien einen neuen Versuch unternehmen. Am 8. Oktober 1967 wurde seine Guerillatruppe nach entbehrungsreichen Monaten von der bolivianischen Armee eingekreist und er geriet verwundet in Gefangenschaft. Gegen Mittag des folgenden Tages wurde er von Mario Terán auf Befehl der Regierung und ihrer US-amerikanischen Unterstützer erschossen.

Ihn auf das berühmte Foto von Alberto Korda, auf das Bild des „Guerillero Heroico“ festzulegen, greift jedoch viel zu kurz. Beständig war er dabei, seinen Horizont zu erweitern. „Für ihn gab es keinen Tag der Ruhe. Wenn wir

zu den Fenstern seiner Büros hinaufsahen, sahen wir die Lampen bis tief in die Nacht brennen. Er studierte und arbeitete. Sein Drang, sich umfassendes menschliches Wissen anzueignen, war unstillbar“, sagte Fidel Castro über ihn. So kann es nicht überraschen, dass der Arzt Guevara nach dem Sieg der Revolution kurzerhand das Amt des Wirtschaftsministers übernahm. Er stellte die „klassischen“ kapitalistischen Wirtschaftskategorien wie das Wertgesetz, Geld, Kredit und Profit sowie materielle Entlohnung als Triebfedern wirtschaftlicher Entwicklung in Frage, auch wenn ihm klar war, dass sie nicht von heute auf morgen sofort zu beseitigen und zu ersetzen waren. Doch ihre kritiklose Beibehaltung versperre den Weg in eine sozialistische Zukunft und reproduziere alte Denkmuster. Der befreite, der „neue Mensch“ ist sein Leitbild, der die Arbeit nicht als Bürde, als notwendiges Übel auf sich nimmt, sondern sich der Notwendigkeit für Veränderungen zu-



Che Guevara, 5. März 1962
Foto: Alberto Korda

gunsten aller voll bewusst ist und bereit ist, „jeglichen Vorteil als einzelner für das Allgemeinwohl zu opfern“. Guevara wusste, dass dies ein überaus mühsamer Weg war, doch stets ging er mit seinem persönlichen Beispiel voran.

Kuba verfügte noch nicht über ausreichende Mittel, um die Bedürfnisse eines jeden voll befriedigen zu können. Doch grundlegende Voraussetzungen für ein Leben in Würde, an denen es der arbeitenden Bevölkerung vor der Revolution gemangelt hatte, standen und stehen bis heute für alle kostenlos – oder zu geringen, für alle bezahlbaren Gebühren – zur Verfügung: Gesundheitsversorgung, Bildung und Weiterbildung, Kultur, Wohnraum und eine Grundversorgung mit Nahrungsmitteln. Dies kann bereits gesehen werden als die Vorwegnahme der kommunistischen Zukunftsvision „Jedem nach sei-

nen Bedürfnissen“, wenn auch erst in einem begrenzten Umfang. Überfluß und Luxusgüter kann das arme Land nicht bereitstellen. Guevara: „Darum wird das materielle Interesse den Aufbau des Sozialismus notwendig noch eine Zeitlang begleiten. Aber gerade deshalb ist es auch Sache der wegbereitenden Partei, die entgegengesetzte Haltung zu propagieren: Das moralische Interesse, den moralischen Impuls, die Haltung von Menschen, die kämpfen und sich opfern und dafür nichts anderes erhoffen als die Anerkennung ihrer Genossen, nichts anderes erwarten als die Bestätigung (...) Der materielle Anreiz bezeichnet ein Überbleibsel der Vergangenheit. Mit ihm müssen wir zwar rechnen, aber wir müssen seine Übermacht im Bewusstsein des Volkes dementsprechend brechen, wie

die sozialistische Entwicklung fortschreitet. Der moralische Antrieb wird immer ausgeprägter, der materielle Anreiz muss dagegen ebenso entschieden ausgeschaltet werden. Er wird in der neuen Gesellschaft keinen Platz haben; er wird auf dem Weg dahin aufgegeben werden (...) und durch den moralischen Anreiz, durch Pflichtgefühl und ein neues revolutionäres Bewusstsein ersetzt werden.“

Notwendigkeit des Internationalismus

Ein weiteres zentrales Element seines Denkens war der Internationalismus – aus der Einsicht heraus, dass die unterdrückten Völker umso mehr auf den Erfolg ihres Kampfes gegen den Imperialismus rechnen können, je stärker sie zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen. Die barbarische Aggression der USA gegen Vietnam, die in ihrem Ausmaß al-

les bis heute Nachfolgende in den Schatten stellt, sowie der zähe und zielstrebige Abwehrkampf des vietnamesischen Volkes waren das Lehrbeispiel jener Jahre: „Hier in Kuba besteht unsere Aufgabe darin, dieses praktizierte Beispiel auszuwerten, es dem Volk als gerechte Sache nahezubringen, als integralen Bestandteil der großen Bruderschaft der geplagten Völker dieser Erde. (...) Viele Völker Amerikas sind reif für die Revolution, nicht nur die, die ihren Befreiungskampf bereits begonnen haben. (...) Sie wissen, dass der nordamerikanische Imperialismus in ganz Amerika intervenieren wird. Sie wissen aber auch, dass der Kampf für ihn umso schwerer sein wird, je mehr Fronten gleichzeitig aufbrechen. Heute handelt es sich ja nicht mehr um einzelne Länder, wie auch Kuba in diesem Teil der Welt kein selbständiges Land, sondern Teil einer ganzen Nation und außerdem Symbol für ganz Amerika ist. Solchermaßen beginnt jedes Volk, das den Kampf aufnimmt, das Grab des Imperialismus zu schaufeln.“

Für ihn war klar, dass die Feindschaft der USA gegen Kuba darauf orientiert ist, „...all das, was diese Regierung geleistet hat, sämtliche sozialen Errungenschaften und alle Mitglieder dieser Regierung zu vernichten. Wir wissen das alle genau, und darum ist es ein Kampf auf Leben und Tod. Auch das Volk von Vietnam weiß das. Es gibt nur Sieg oder den Untergang, durch den die unterdrückten Völker dem Imperialismus wieder auf Jahre ausgeliefert wären.“

Anlässlich des Todes von Guevara sagte Fidel Castro: „Der Künstler, und vor allem der in der so gefährlichen Kunst des Volkskampfes, mag sterben. Es stirbt aber nicht die Kunst, der er sein Leben und seine Intelligenz gewidmet hat, mit ihm. (...) Bemerkenswert ist alleine die Tatsache, dass er nicht schon früher, bei einer der unzähligen Gelegenheiten,

bei denen er sein Leben aufs Spiel gesetzt hat, in einem Gefecht gefallen ist. Und häufig war es notwendig einzugreifen, um zu verhindern, dass er in einer Aktion von untergeordneter Bedeutung sein Leben verlor. (...) Wir wissen nicht, ob er mit übertriebener Kühnheit gehandelt hat. Aber seine Achillesferse als Guerillero waren seine übermäßige Kampfbereitschaft und die völlige Missachtung jeder Gefahr. Darin mit ihm übereinzustimmen, fällt uns schwer. Denn wir glauben, dass sein Leben, seine Erfahrung, sein Ansehen und alles, was er bedeutete, von uns unvergleichlich viel besser eingeschätzt werden konnte als von ihm. Sein Verhalten mag tief durch den Gedanken beeinflusst gewesen sein, dass die Menschen in der Geschichte nur einen relativen Wert besitzen, dass die Sache nicht verloren geht, wenn die Menschen fallen, und dass der unaufhaltsame Verlauf der Geschichte sich nicht umkehrt, wenn

die Anführer sterben. Und das ist wahr, das kann man nicht bezweifeln. In dem Gedanken drücken sich sein Glauben an den Menschen, sein Glauben an die Ideen, sein Glauben an das Beispiel aus. Trotzdem hätten wir uns alle von ganzem Herzen gewünscht, ihn als Vollender zu sehen, als Sieger von Siegen, die unter seiner Führung errungen worden wären, weil Menschen mit seiner Erfahrung, von seiner Größe, mit seinen wirklich einzigartigen Fähigkeiten so selten sind. Wir sind völlig davon überzeugt, dass sein Beispiel als Ansporn dienen wird, dass in den Völkern Männer aufstehen werden, die ihm gleichen.“

Mit nur 39 Jahren wurde Guevara von seinen Feinden aus dem Leben gerissen – ein schwerer Verlust für Kuba, die weltweite revolutionäre Bewegung und die Weiterentwicklung der marxistischen Lehre. Einen Gerichtsprozess, der weltweit große Aufmerksamkeit gefunden und die bru-

tale Ungerechtigkeit in der Welt zum Thema gemacht hätte, verweigerten ihm seine Mörder. Er war noch längst nicht auf dem Höhepunkt seines Denkens angelangt und hätte noch sehr viel mehr geben können. Doch vor allem sein Ansatz, eingefahrene Wirtschafts-“Rationalität“ zu überwinden und stattdessen den bewußt handelnden Menschen als den entscheidenden Akteur zu sehen, ist für jede zukünftige sozialistische Entwicklung eine wichtige Erkenntnis. Dass Kuba nach seinem Tod jetzt schon 55 Jahre allen Widrigkeiten trotzt, gibt ihm rückblickend recht.

* Von einem Fokus aus, dem Kern einer Gruppe entschlossener Revolutionäre, sollte die Revolution in die ländliche Bevölkerung hineingetragen werden. Der Wille und die Entschlossenheit des Revolutionärs wird über das Vorhandensein objektiver Voraussetzungen für eine Revolution gestellt. (die Red.)

Anzeige



Christiane Barckhausen Was bleibt

Was bleibt in der momentanen dunkelgrauen Zeit: Die Erinnerung an Menschen, die gegen Unterdrückung und Ausbeutung kämpften – mit der Waffe, mit Worten, mit Liebe.

In 12 bewegenden Erzählungen erinnert Christiane Barckhausen an Begegnungen mit Menschen dieser Zeit – in **Berlin, Mexiko, Madrid, Kuba, Chile, El Salvador, Nikaragua**.

In ihnen steckt die Glut, die wieder zu entfachen ist.

Tb. 11cmx18cm, 149 S. | 12,- €
ISBN 978-3-95514-049-6

www.gutes-lesen.de

„Überzeugung, menschliches Mitgefühl, ein fordernder Charakter - das ist Che“

Zur Erinnerung an Thomas Sankara

Von Wolfgang Mix

Mit den obigen Worten skizzierte Thomas Sankara, der damalige Präsident von Burkina Faso (Westafrika), die Persönlichkeit Che Guevaras an dessen 20. Todestag am 8. Oktober 1987. Eine Woche später wurde Sankara zusammen mit zwölf engen Mitarbeitern in eine Falle gelockt und erschossen. Die Mörder kamen aus den eigenen Reihen. Nach einem sechs Monate dauernden Gerichtsverfahren ging am 6. April dieses Jahres ein Prozess zu Ende, in dem nach Jahrzehnten offiziell die Schuldigen festgestellt und Urteile gesprochen wurden. Sein ehemaliger Vertrauter Blaise Compaoré, mit dem er 1983 die Macht in einem unblutigen Putsch ergriffen hatte und der Sankara nach seiner Ermordung als Präsident nachfolgte, wurde als Hauptschuldiger in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt. Er lebt, nachdem er 2014 durch Massenproteste gestürzt wurde, in der Elfenbeinküste im Exil, nahm die dortige Staatsbürgerschaft an und wird seine Strafe wohl kaum antreten müssen.

Sankara, der nach einer militärischen Karriere mit nur 33 Jahren an die Macht kam, war ein volkstümlicher, von Kuba inspirierter Revolutionär, der selbst ein anspruchsloses und spartanisches Leben führte. „Wir sehen einen Revolutionär als jemand an, der bescheiden und gleichzeitig in höchstem Maße motiviert ist, die Aufgaben zu erfüllen, die ihm an-

vertraut werden. Er führt sie aus ohne Großtuererei und ohne irgendeine Belohnung zu erwarten.“ Er selbst besaß nicht viel mehr als einige Gitarren, wobei er neben seinen politischen Auftritten auch manchmal öffentlich spielte und sang, sowie ein Fahrrad und ei-



Thomas Sankara
Foto: Larrybzh / CC BY-SA 4.0

nen alten Kühlschrank. Die Regierungsmitglieder mussten ihre Luxuswagen abgeben. Diese wurden verkauft und durch Kleinwagen ersetzt. Er führte eine Bodenreform durch, legte ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm auf und ging entschieden gegen Korruption vor. 1984 erfolgte die Umbenennung seines Landes, das seit kolonialer Zeit Obervolta hieß, in Burkina Faso (Land der Aufrechten). In vielen Dörfern

wurden Baumschulen eingerichtet und in den nur vier Jahren seiner Regierung über 10 Millionen Bäume gepflanzt gegen die Wüstenausbreitung. Impfkampagnen und Alphabetisierungsprogramme fanden statt und rastlos forderte er die Menschen auf, für ihre Rechte einzutreten. Der demokratische und volksbezogene Charakter der Revolution ging nach seiner Aussage hervor aus „der vollen Teilnahme der voltaischen Massen an der Revolution und ihrer ständigen Mobilisierung um demokratische und revolutionäre Zielvorstellungen, welche in konkreter Form ihre eigenen Interessen zum Ausdruck bringen im Gegensatz zu denen der herrschenden, mit dem Imperialismus verbündeten Klassen.“

Besondere Bedeutung hatte für ihn die Gleichstellung der Frau. „Eine neue Mentalität zu formen auf Seiten der voltaischen Frauen, welche sie in die Lage versetzt, Verantwortung zu übernehmen für das Schicksal des Landes, ist ein vorrangiges Ziel der Revolution. Gleichzeitig ist es notwendig, die Haltungen der Männer gegenüber Frauen zu verändern.“ Er sah die Frauen durch Jahrhunderte alte Traditionen auf die Funktion von „Lasttieren“ herabgewürdigt. „Eine wirkliche Emanzipation der Frauen bedeutet, ihnen Verantwortung zu geben und sie einzubeziehen in produktive Aktivität und in die verschiedenen Kämpfe, die

das Volk auszutragen hat. Wirkliche Emanzipation ist eine, welche den Männern Respekt und Anerkennung abnötigt. Emanzipation, wie auch die Freiheit, ist etwas, das nicht gewährt wird, sondern erobert werden muss. Es ist die Sache der Frauen selbst, ihre Forderungen zu stellen und sich für ihre Umsetzung zu mobilisieren.“ Die Beschneidung von Frauen und Zwangsehen wurden verboten, die Polygamie geächtet und Verhütung zugänglich gemacht. Während seiner Regierungszeit war Burkina Faso das afrikanische Land mit dem höchsten Anteil von Parlamentarierinnen.

Schon vor seiner Übernahme der Präsidentschaft traf er auf einer Konferenz der nicht paktgebundenen Staaten in Indien mit Fidel Castro zusammen. „In diesem ersten Gespräch erkannte ich Fidels große humanistischen Gefühle, seine scharfe Auffassungsgabe und dass er die Bedeutung unseres Kampfes und die Probleme unseres Landes verstand.“ Es war der Beginn einer engen Freundschaft

und intensiver Zusammenarbeit. Kaum an der Macht, initiierte Sankara die Gründung von Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) nach kubanischem Vorbild. Über die Beziehung zu Kuba sagte er nach vier Jahren: „Eine Anzahl von Programmen wirtschaftlicher Kooperation wurden begonnen, wie etwa beim Anbau von Zuckerrohr, worin Kuba spezialisiert ist, und in der Herstellung von Keramik. Zusätzlich haben kubanische Fachleute Studien erstellt für die Herstellung von Eisenbahnschwellen und die Vorproduktion von Bauelementen im Wohnungsbau. Das gilt auch für den sozialen Sektor, bei Gesundheit und Bildung. Viele Kubaner unterstützen uns hier bei der Ausbildung technischer Kader. Und wir haben viele Studierende in Kuba.“ Er unterstrich die große Bedeutung dieser Kontakte: „Wir mögen es, unter Freunden zu sein; niemand will sich alleine fühlen. Die Gewissheit, dass wir auf Kuba zählen können, ist eine große Quelle der Stärke für uns.“

Seine zupackende und integrale Art brachte ihm natürlich auch viele Feinde ein – im Inneren wie auch im Ausland. Er wusste um die Gefahr. Doch das schreckte ihn nicht: „Wenn sie Sankara töten, werden morgen 20 neue Sankaras da sein.“ Auch wenn seine Mörder jetzt verurteilt wurden, bleiben noch viele Fragen offen – wie die nach einer möglichen Beteiligung des imperialistischen Auslands an seinem Tod. Sein Leichnam wurde verscharrt und seine Reformen fast völlig rückgängig gemacht. Burkina Faso fiel wieder zurück in eine neokoloniale Abhängigkeit.

Irgendwer hat Parallelen gezogen und ihn den „Che Afrikas“ genannt. Was ihn mit Guevara verbindet, ist auch ein früher Tod, durch den sie der Nachwelt als junge Revolutionäre und Vorbilder in Erinnerung blieben. Thomas Sankaras Popularität und die Rückbesinnung auf seine Politik nehmen derzeit gerade unter jungen Afrikanern wieder in starkem Maße zu.

Kubas Großzügigkeit gegenüber Kalabrien

Von Franco Zunino, Regionalkoordinator Ligurien der Freundschaftsgesellschaft Italien-Kuba

Indem es großzügig auf die Bitte des Präsidenten der Region Kalabrien um Hilfe im medizinischen Bereich reagierte, hat sich Kuba einmal mehr als hilfsbereites Land erwiesen. Dies bekräftigte der Präsident der Region, Roberto Occhuto, mit folgenden Worten: „Heute schließen wir endlich dieses Abkommen ab und schreiben damit eine schöne Seite der Zusammenarbeit zwischen der kubanischen Regierung und meiner Region. Kuba und Kalabrien sind zwei widerstandsfähige Länder und es ist schön, dass sie sich gegenseitig helfen. Es ist schön, dass ein Land wie Kuba seinen Beitrag zu einer Re-

gion leistet, die immer mit großer Dankbarkeit und Anerkennung für das, was Sie für die Bürger Kalabriens tun, auf Ihr Land blicken wird“, sagte er bei einem offiziellen Akt in Rom, am Sitz der Botschaft der Republik Kuba in Italien, in Begleitung der Botschafterin Mirta Granda.

Das Abkommen sieht die Ankunft von 497 kubanischen Ärzten vor, wobei zunächst 137 Fachärzte über einen Zeitraum von zwei Jahren entsandt werden sollen. Dieser Zeitraum kann nach Bedarf verlängert werden.

Die kubanischen Ärzte hatten bereits während der Covid 19-Pan-

demie in zwei italienischen Regionen wichtige Hilfe geleistet. Ihre Professionalität und Menschlichkeit wurde von den italienischen Bürgern des Piemont und der Lombardei sehr geschätzt. Ihr Beitrag wird sicherlich auch in Kalabrien sehr wichtig sein, in einer der italienischen Regionen, die sich aufgrund des Mangels an medizinischem Personal in den öffentlichen Einrichtungen in ernstesten Schwierigkeiten befindet, auch aufgrund der fatalen Entscheidungen zur Privatisierung im Gesundheitswesen, die in den letzten Jahren in ganz Italien vorangetrieben wurden.

Am Abgrund

Vor 60 Jahren drohte der Kalte Krieg zu eskalieren. Die Kuba-Krise brachte die Welt an den Rand eines mit Atomwaffen geführten Dritten Weltkriegs.

Von Volker Hermsdorf



Ein Aufklärungsfugzeug der US-Navy überfliegt einen sowjetischen Frachter auf dem Weg nach Kuba.
Foto: US Navy

Im Oktober 1962 stand die Welt am Rande eines Atomkriegs. Genau 17 Jahre, nachdem die USA mit den Bombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki als einziges Land der Welt Nuklearwaffen eingesetzt hatten, stationierten sie im April 1962 Atomraketen in der Türkei, die auf das Gebiet der Sowjetunion gerichtet waren. Im Gegenzug begann die UdSSR im Juli, Trägerraketen per Schiff nach Kuba zu transportieren. Von der nur 150 Kilometer von der Küste Floridas entfernten Insel hätten sowjetische Atomraketen große Teile der USA in wenigen Minuten erreichen können. US-Präsident John F. Kennedy erklärte in einer Fernsehansprache, dass Washington gegnerische Waffen direkt vor der eigenen Haustür nicht hinnehmen werde. Sollten die sowjetischen Schiffe nicht abdrehen, seien die US-Streitkräfte auf jeden

Gegenschlag vorbereitet. Bevor die Lage außer Kontrolle geriet, lenkten beide Seiten ein. Um eine Eskalation mit dem Risiko eines Atomkriegs zwischen den USA und der Sowjetunion zu vermeiden, einigten sich die Regierungschefs Nikita Chruschtschow und John F. Kennedy auf einen diplomatischen Kompromiss. Moskau ordnete den Abzug der Raketen aus Kuba an. Washington stimmte zu, die US-amerikanischen Jupiter-Atomraketen in der Türkei abzubauen und verzichtete auf die bereits vorbereitete Invasion Kubas. Der von vielen befürchtete dritte Weltkrieg fiel aus. Die Welt konnte nach 13 Tagen wieder aufatmen.

Operation Mongoose

Die Entwicklungen, die zur akuten Krise führten, hatten mehr als ein Jahr zuvor begonnen. Nach der

missglückten Invasion durch CIA-Söldner im April 1961 in der Schweinebucht hatte Washington zunächst auf Sanktionen gesetzt, um die Revolutionsregierung in Kuba zu stürzen. Da die Wirtschaftsblockade infolge des kubanischen Ausbaus der Beziehungen zur Sowjetunion und den sozialistischen Ländern Osteuropas nicht die beabsichtigte Wirkung erzielte, bereiteten die USA eine Intervention mit eigenen Truppen vor. Das Drehbuch dafür war bereits seit November 1961 in einem Programm mit dem exotischen Namen „Operation Mongoose“ entworfen worden. Unter der Aufsicht des Justizministers und Präsidentenbruders Robert Kennedy wurde es zum größten Unternehmen, das US-Geheimdienste bis dahin durchgeführt hatten. Ende 1961 richteten mehr als 600 CIA-Agenten eine Kommandozentrale auf dem Campus der Universität von Miami ein, von wo aus Sabotage- und Terroreinsätze koordiniert und Pläne zur ökonomischen Destabilisierung der Insel umgesetzt wurden. Das letztendliche Ziel der „Operation Mongoose“ bestand darin, in Kuba ein Chaos aus Hunger, Not und Gewalt anzurichten, um einen anschließenden US-Militäreinsatz zu rechtfertigen. Sollte diese Situation nicht erreicht werden, empfahlen die Verantwortlichen, einen Kriegsgrund vorzutäuschen und die US-Truppen in Marsch zu setzen. Die Richtlinien für den Einmarsch mit Namen wie „ORTSAC“ (Castro in umgekehrter Richtung) wurden im Weißen Haus ständig aktualisiert. Präsident Kennedy wünschte, dass nach seinem Einsatzbefehl die Landung auf Kuba innerhalb von drei Tagen durchgeführt werden konnte. Nikita Chruschtschow hatte bereits während

der Kämpfe in der Schweinebucht erklärt, dass sein Land den Kubanern in einem derartigen Fall jede erforderliche Hilfe leisten werde, um eine Invasion zurückzuschlagen. Im Laufe des Jahres 1961 hatte der sowjetische Geheimdienst KGB dann zahlreiche Informationen über die konkrete Planung der USA erhalten, Kuba – diesmal mit ihrer Marine, der Luftwaffe und Bodentruppen – zu überfallen.

Im Mai 1962 wurde Chruschtschow bei einem Staatsbesuch in Bulgarien von der Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen des Typs „Jupiter“ in der Region Izmir (Türkei) unterrichtet. Die Raketen konnten mit nuklearen Sprengköpfen bestückt werden und hatten eine Reichweite von rund 2.400 Kilometern. Während die UdSSR das Gebiet der USA mit ihren Raketen nicht erreichen konnte, deckten die nunmehr in drei NATO-Staaten aufgestellten US-Mittelstreckenraketen einen großen Teil des sowjetischen Territoriums ab. Der Vorgang alarmierte den Ersten Sekretär der KPdSU, der erkannte, dass die USA keine Bedenken hatten, nukleare Waffen außerhalb des eigenen Territoriums bei Bündnispartnern in Stellung zu bringen. Noch im selben Monat stimmte der Verteidigungsrat der UdSSR dem Vorschlag zu, im Gegenzug zur US-Bedrohung und zum Schutz Kubas vor einer Invasion sowjetische Mittelstreckenraketen auf der Insel zu stationieren.

Moskau schickte den Oberbefehlshaber der Luftverteidigung und der Strategischen Raketen-truppen, Marschall Sergei Semjonowitsch Birjusow, sowie das ZK-Mitglied Scharaf Raschidowitsch Raschidow nach Havanna. Sie informierten den Oberkommandierenden Fidel Castro und dessen Bruder, Verteidigungsminister Raúl Castro, über die Invasionspläne der USA und schlugen zur Abschreckung die Stationierung ei-

ner kleinen Anzahl von Mittelstreckenraketen mit atomaren Sprengköpfen vor. Die Kubaner zögerten. Sie wollten keine Atomwaffen in ihrem Land. „Ich gestehe, dass ich mich nicht besonders wohl bei dem Gedanken fühlte, solche Waffen in Kuba zu haben“, vertraute Castro seinem Biografen Ignacio Ramonet an. Er schlug Moskau vor, statt dessen eine Erklärung abzugeben, dass die Invasion Kubas als Angriff auf die Sowjetunion mit entsprechenden militärischen Konsequenzen betrachtet würde. Die USA, so Castros Kalkül, würden es nicht wagen, der UdSSR den Krieg zu erklären und damit den Beginn des dritten Weltkrieges zu riskieren.

Chruschtschow entgegnete, dass es töricht sei zu erwarten, die zweite US-Invasion würde ebenso schlecht geplant werden wie die erste. „Warnend wies ich darauf hin, dass Castro im Falle einer weiteren Invasion gegen Kuba vernichtet werden würde, und sagte, wir seien die einzigen, die verhindern könnten, dass sich eine solche Katastrophe ereignet“, schrieb er in seinen Memoiren. Sollten die USA einen Blitzkrieg gegen Kuba führen, so die Überlegung des Generalsekretärs, würden sowjetische Truppen zu spät auf der Insel eintreffen, um den Kubanern beistehen zu können. Fidel Castro beriet sich zunächst nur mit Raúl und Che Guevara, denen Chruschtschows Argu-

mente einleuchteten.

Alle drei kamen schließlich zu dem Ergebnis, ihr Land im Ernstfall nur mit Hilfe der UdSSR und des sozialistischen Lagers gegen die Aggressionspläne der USA verteidigen zu können. Auch die Nationale Leitung der Revolution stimmte dem Vorschlag zu und gab grünes Licht für „Anadyr“, die größte Militäroperation der UdSSR im Kalten Krieg.

Sofort wurde mit dem Bau der Anlagen für Trägerraketen, Sprengköpfe und Flugzeuge begonnen. Auf Einladung des sowjetischen Verteidigungsministers Rodion Malinowski reiste Raúl Castro am 2. Juni 1962 zu zweiwöchigen Beratungen nach Moskau und unterzeichnete mehrere Beistandsverträge. Bis zum Herbst war jedoch noch keine einzige Mittelstreckenrakete in der Karibik angekommen. Während Fidel Castro den Plan zur Stationierung der Raketen auf Kuba am liebsten so-



gleich öffentlich machen wollte, war es Chruschtschows ausdrücklicher Wunsch, damit zu warten. Die USA, so ließ er ausrichten, sollten die Raketen auf Kuba möglichst erst entdecken, wenn sie einsatzbereit seien. Dann wolle er ihre Stationierung persönlich vor den Vereinten Nationen in New York begründen.

Militärs auf Eskalationskurs

Als ein U2-Spionageflugzeug der USA am 15. Oktober 1962 die Installationen auf der Insel entdeckte, Kennedy die US-Streitkräfte weltweit in Alarmbereitschaft versetzte und am 16. Oktober eine totale Seeblockade verhängte, stand die Welt am Rande eines Krieges. In Florida wartete eine 150.000 Mann starke US- Invasionsarmee auf ihren Einsatzbefehl. Eine vom US-Präsidenten berufene „Bera-

tungsgruppe“ mit der Bezeichnung „Executive Committee of the National Security Council“ (ExComm) diskutierte drei Alternativen: Luftangriffe mit anschließender Invasion, Verhängung einer Blockade oder diplomatische Schritte. Am 18. Oktober empfing der US-Präsident den sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko zu einem seit langem geplanten Besuch in Washington. Im Laufe der Unterhaltung betonte Gromyko, die von der UdSSR an Kuba gelieferten Waffen seien keineswegs offensiver, sondern lediglich defensiver Natur. Kennedy versicherte dem Gast, dass die USA keine Invasion Kubas beabsichtigten. Am folgenden Tag traf er die Oberkommandierenden der Streitkräfte, die ihm einen schweren Luftangriff auf Kuba vorschlugen. Kennedys Hinweise auf eventuelle Reaktio-

nen der UdSSR in Berlin und die Folgen eines möglichen Nuklearkrieges für die USA beeindruckten die Chefs der Streitkräfte nicht. Sie bestanden auf einer militärischen Lösung. Ihre starre Haltung führte dazu, dass der Präsident ein weiteres Treffen mit ihnen während der Krise als „überflüssig“ ablehnte.

Am 22. Oktober beschloss die ExComm-Gruppe die strenge Kontrolle aller Schiffe, um den Transport von Waffen nach Kuba zu verhindern. Präsident Kennedy ordnete gleichzeitig an, die Einsatzbereitschaft (defense readiness condition, DEFCON) der nuklearen Streitkräfte auf Stufe 3 von 5 anzuheben, um „die Entschlossenheit der USA“ zu signalisieren. In einer Fernsehansprache drohte er noch am selben Tag mit einem Atomkrieg, falls die Raketen nicht wieder abgezogen werden sollten. Während der konservative britische Premierminister Harold Macmillan und andere ausländische Politiker zur Behutsamkeit mahnten und darauf hinwiesen, dass eine Seeblockade völkerrechtlich als „kriegerischer Akt“ gelte, forderte der westdeutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer eine Bombardierung und Invasion Kubas. Der US-Präsident folgte den Argumenten der Besonnenen, vermied die Eskalation und verwendete anstelle des Begriffs „Blockade“ das Wort „Quarantäne“. Moskaus Botschafter Anatoli Dobrynin erhielt vorab den Text der Rede, in der Kennedy die Entscheidung ankündigte.

Trotz der Kontakte im Hintergrund donnerten seit dem 25. Oktober ununterbrochen US-Kampffjets über die Insel. Die Piloten simulierten Bombenangriffe auf die Raketenstellungen; sie näherten sich im Sturzflug, fingen ihre Maschinen in knapp 200 Meter Höhe ab und



800 Frauen der Women Strike for Peace demonstrieren am 23. Oktober 1962 in New York für eine friedliche Beilegung der Krise
Foto: gemeinfrei

steuerten imaginäre Ziele über den Baumkronen an. Man praktizierte den Psychokrieg. Fidel Castro behielt die Nerven, ließ jedoch Kampfalarm auslösen. 300.000 kubanische Soldaten und Milizionäre wurden an die Waffen gerufen. Beim Kommandeur der sowjetischen Truppen in Kuba, Issa Plijew, erzielten die Scheinangriffe der US-Bomber dagegen die beabsichtigte Wirkung. Er meldete nach Moskau, dass die Raketenbasen binnen 24 Stunden attackiert würden. Am 26. Oktober erklärte Chruschtschow sich gegenüber Kennedy bereit, die Raketen im Fall einer offiziellen Verzichtserklärung der USA auf eine Invasion Kubas abziehen. Einen Tag später sagte der KPdSU-Generalsekretär zu, die Anlagen in Kuba zu demontieren, wenn die USA die „Jupiter“ aus der Türkei abzögen.

Sozialismus gerettet

Als am Nachmittag desselben Tages beim Abschuss einer U2 über Kuba der US-Pilot des Spionageflugzeugs ums Leben kam, fürchteten die beiden Staatsmänner, dass eine weitere Eskalation zum Dritten Weltkrieg führen könne. Kennedy entschloss sich, Chruschtschows Bedingungen für den Raketenabzug anzunehmen. Nach dem Austausch mehrerer Depeschen vereinbarten die beiden Regierungschefs am 28. Oktober den Abbau der Raketenanlagen in Kuba. Im Gegenzug stimmten die USA zu, ihre Jupiter-Atomraketen aus der Türkei abziehen. Kennedy erklärte zudem verbindlich, dass die USA Kuba nicht militärisch angreifen würden. Chruschtschow verkaufte das als Erfolg, relativierte die ursprüngliche Euphorie später jedoch. „So hatten wir die Existenz eines sozialistischen Kubas zumindest für weitere zwei Jahre gesichert, auf jeden Fall, solange Kennedy im Weißen Haus saß. Und wir hatten Grund zu der Annahme, dass der Präsident für eine zwei-



Fidel Castro inspiziert eine Flugabwehreinheit
Foto: Archiv

te Amtszeit wiedergewählt wird“, schrieb er in seinen Memoiren.

Kennedy hatte die Präsidentschaftswahl 1960 mit einem Bekenntnis zu militärischer Stärke und dem Versprechen gewonnen, der angeblichen militärischen Übermacht der Sowjetunion etwas entgegenzusetzen. Obwohl in Wahrheit die USA einen Vorsprung hatten und über rund 17mal so viele Atomwaffen wie die UdSSR verfügten, verdoppelte Kennedy die Rüstungsausgaben, um die militärische Überlegenheit auf Jahre hinaus festzuschreiben. Chruschtschow musste den USA in dieser Situation Paroli bieten. Bei seinem ersten Gespräch mit dem US-Präsidenten im Juni 1961 in Wien soll der Kreml-Chef Kennedy rhetorisch gefragt haben, was wohl die USA davon hielten, wenn an ihrer Türschwelle sowjetische Raketen stationiert würden. Als das gut ein Jahr später tatsächlich erfolgte, fürchtete Kennedy – kurz vor den Zwischenwahlen, bei denen die Abgeordneten des Repräsentantenhauses und ein Drittel der US-Senatoren gewählt wurden – auch um die Glaubwürdigkeit der USA als entschlossene und durchsetzungsfähige

Großmacht. Doch entgegen aller Warnungen der Falken, dass eine diplomatische Lösung der Raketenkrise zum Machtverlust der Demokratischen Partei im Repräsentantenhaus führen würde, konnten die Demokraten bei den Wahlen am 6. November 1962 ihre absolute Mehrheit mit 260 Mandaten klar behaupten.

Vollendete Tatsachen

Die kubanische Regierung erfuhr von der Vereinbarung zwischen Kennedy und Chruschtschow erst am 28. Oktober aus den Nachrichten von Radio Moskau. Während sie vor der Stationierung in zahlreichen Gesprächen monatelang von der sowjetischen Führung gedrängt worden waren, den Raketen auf ihrem Territorium zuzustimmen, waren sie vor deren Abzug nicht einmal konsultiert worden, sondern wurden vor vollendeten Tatsachen gestellt. Fidel Castro befand sich in einer schwierigen Situation. Da er den USA – trotz der Zusage Kennedys – nicht traute und mit einer Fortsetzung terroristischer Aktionen rechnete, war er auf den Bündnispartner UdSSR weiter angewiesen. Ande-

rerseits wollte Castro die Verletzung der Unabhängigkeit und Souveränität seines Landes durch den Führer der Sowjetunion nicht hinnehmen. Er warf Chruschtschow vor, mit den USA hinter dem Rücken der Kubaner verhandelt zu haben. „Wir waren nicht gegen irgendeine Lösung, denn es war vorrangig, einen nuklearen Konflikt zu vermeiden. Aber Chruschtschow hätte den US-Amerikanern sagen müssen: ‚Man muss das auch mit den Kubanern besprechen.‘ Es mangelte ihm in diesem Augenblick an Besonnenheit und Standhaftigkeit, grundsätzlich hätten sie uns konsultieren müssen“, erklärte Castro. Wäre sein Land einbezogen worden, wäre das Abkommen zur Beilegung der Krise für Kuba vorteilhafter ausgefallen, argumentierte der Revolutionsführer. Aus Sicht der kubanischen Regierung hätten zur Vermeidung künftiger Aggressionen fünf Konfliktpunkte geklärt werden müssen. Unter anderem hätte über die Rückgabe des von US-Militärs besetzten Gebietes in der Bucht von Guantánamo, die Beendigung der Wirtschaftsblockade, die Aufgabe der US-Spionageflüge und die Einstellung der Finanzierung terroristischer Angriffe verhandelt werden müssen, heißt es in einem Fünf-Punkte-Papier Havannas.

Obwohl die Verhandlungen zwischen Chruschtschow und Kennedy geheim waren, hatte Castro Tage vor der Vereinbarung vage Hinweise erhalten, dass die Sowjetunion einen Abzug der Raketen vorschlagen könnte. Am 26. Oktober warnte er deshalb in einem Brief: Sollte es dazu kommen, „dass die Imperialisten Kuba mit dem Ziel überfallen, das Land zu besetzen, dann ist die Gefahr, die von dieser aggressiven Politik für die Menschheit ausgeht, so groß, dass die Sowjetunion niemals Umstände zulassen darf, unter denen die Vereinigten Staaten einen nuklearen Erstschlag gegen sie ausführen können“.

Chruschtschow war über den Brief offenbar verärgert. Am 30. Oktober setzte er in einem langen Schreiben an Castro ein Gerücht in die Welt, dass sich – trotz sofortiger Dementis – bis heute hält. „In ihrem Telegramm vom 27. Oktober schlugen Sie uns einen atomaren Erstschlag vor“, schrieb der Moskauer Regierungschef, das Datum wechselnd. „Sie wissen ja sicher, was das bedeuten würde. Es wäre kein einfacher Schlag, sondern der Beginn eines nuklearen Weltkrieges“. Castro antwortete: „Ich weiß nicht, welche Nachrichten Sie erhalten haben; ich selbst habe ihnen nur die Nachricht vom 26. Oktober geschickt. Darin habe ich Ihnen nicht vorgeschlagen, Genosse Chruschtschow, dass die Sowjetunion angreifen soll, denn das wäre inkorrekt, unmoralisch und niederträchtig von mir, sondern dass, wenn die Imperialisten Kuba angreifen und sich durch diese Tatsache – da Streitkräfte der UdSSR in Kuba dazu bestimmt sind, unsere Verteidigung im Fall eines Angriffs von außen zu unterstützen – in Aggressoren gegen Kuba und gegen die UdSSR verwandeln würden, ihnen mit einem Gegenschlag geantwortet werden müsse“. Obwohl Castro mehrfach darauf hinwies, niemals gefordert zu haben, „dass die UdSSR inmitten einer Krise angreifen solle“, hält sich die Behauptung, er habe Chruschtschow zum Atomkrieg gedrängt.

Souveränität missachtet

Die Regierung in Havanna sah in den Absprachen zur Lösung der Krise, die ohne ihre Beteiligung erfolgt waren, eine Missachtung der gegen Spanien und die USA erkämpften kubanischen Souveränität. „Unsere Beziehungen zur Sowjetunion verschlechterten sich. Das nahm über Jahre Einfluss auf unsere Zusammenarbeit“, erinnerte sich Fidel Castro im Gespräch mit Ramonet. Auch Chruschtschow fürchtete, dass die Kubaner das Vertrau-

en in Moskaus Bündnistreue verloren hatten. „Castro empfing nicht einmal mehr unseren Botschafter“, klagte er. Der Kreml-Chef schickte seinen mit Raúl Castro und Che Guevara gut bekannten Stellvertreter Anastas Mikojan als Unterhändler nach Havanna, um die Wogen zu glätten. Mikojan sprach dort erst einmal eine Einladung aus. Vom 27. April bis zum 3. Juni 1963 hielt Fidel Castro sich zu seinem – ungewöhnlich langen – ersten Staatsbesuch in Moskau auf. Während der Maiparade stand er neben Chruschtschow an der Kremllmauer, wurde mit dem Titel „Held der Sowjetunion“ und als erster Ausländer mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet. Der Kreml versicherte dem Revolutionsführer, dass die UdSSR Kuba auch nach dem Abzug der Raketen gegen jeden militärischen Angriff verteidigen würde.

US-Präsident John F. Kennedy erklärte – nach den für seine Partei erfolgreichen Zwischenwahlen – am 17. Dezember 1962 in einem Fernsehinterview, die Raketenkrise habe die Welt „an einen Wendepunkt“ gebracht. Sein damaliger Verteidigungsminister Robert McNamara zog aus den Erfahrungen der 13 Tage, an denen die Menschheit an der Schwelle zum Atomkrieg stand, den Schluss, dass nukleare Krisen im Vorfeld vermieden werden müssten, um die damit verbundenen Gefahren zu minimieren. Auch in der BRD, deren rechtskonservative Regierung die USA zu einer härteren Haltung gedrängt hatte, wurden nachdenkliche Stimmen lauter. So schrieb der Politologe und CDU-Mitbegründer Otto Heinrich von der Gablentz Ende November 1962 in einem Beitrag für die Wochenzeitung *Die Zeit*, er hoffe, dass „jetzt das große Gespräch zustande kommt, wo beide Parteien sehen, dass sie den anderen ohne Atomkrieg nicht wesentlich schwächen können“.

aus: junge Welt vom 14.10.2022

Kolumne

Jorgitos Log

Die Partei, die Kuba braucht

Von Jorge Enrique Jerez Belisario

Als ich vom Ergebnis der Volksabstimmung in Chile und die Ablehnung eines neuen Verfassungsentwurfes hörte, welcher die aus der Pinochet-Ära stammende Verfassung ersetzen sollte, musste ich an die Hunderte von Menschen denken, die von chilenischen Polizisten verstümmelt wurden, an die von Tränengas getriebenen Augen, an die Menschen, die sich den Wasserwerfern und anderen Geräten aus der Zeit der Diktatur nur mit ihren Körpern entgegenstellten. Sie zahlten den Preis für einen verfassungsgebenden Prozess, der auf der Straße, in den Streiks und in der direkten Konfrontation mit einem neoliberalen Modell, das nicht verschwinden will, gewonnen wurde.

Der Brexit, Trumps Einzug ins Weiße Haus und das Nein der Kolumbianer zum Friedensvertrag, das waren in den letzten Jahren Abstimmungsergebnisse, die nur wenige vorhergesagt hatten. Gemeinsam war ihnen ein hervorragendes Kommunikationsmanagement, die Segmentierung des Publikums und die Nutzung von Big Data, um herauszufinden, was die Menschen hören wollen, und es ihnen zu sagen, auch wenn es eine Lüge ist. Zu diesen Prozessen müssen wir die Abstimmung in Chile hinzudenken, aber nicht ohne einen genauen Blick auf das Geschehen zu werfen.

Die chilenischen Medienmonopole wären im Falle seiner Annahme die großen Verlierer des neuen Verfassungsentwurfes gewesen. Den Medien wurde eine Schreckenskampagne verordnet; sie zogen durch das Land und logen die Menschen an, weil sie wussten, dass die große Mehrheit den Entwurf nicht gelesen hatte; man sag-

te ihnen, dass sie ihre Häuser und ihre kümmerlichen Ersparnisse verlieren würden, und man schloss sogar den einzigen Sender, der eine abweichende Einschätzung vertrat.

Die großen Unternehmen finanzierten den Triumph der Barbarei, denn in der Kommunikationsbranche gibt derjenige den Ton an, der zahlt, und kein Medienunternehmen stellt sich gegen seine Werbekunden. Die Kampagne war eindeutig, und die Strategie bestand darin, die verfassungsgebende Versammlung zu verleumden und zu diskreditieren und anschließend die Diskussion über das Projekt auf Dinge wie die angebliche Abschaffung des Privateigentums und andere Manipulationen zu konzentrieren. Mit der Kampagne „¡Apruebo!“ ist es nicht gelungen, die wichtigsten und innovativsten Elemente der neuen Carta Magna an die Basis zu bringen.

Das ist nicht neu; es ist die sich aufbauende Wirkung eines Kultur- und Medienkriegs, der es geschafft hat, selbst die Linke und die Unterdrückten zu durchdringen. Er ist so tief in diese eingedrungen, dass er diejenigen, die sich einbilden, Millionäre zu sein, ohne einen Peso in der Tasche zu haben, davon überzeugt hat, wie Kapitalisten zu denken.

In der Theorie sind sich die Wissenschaftler einig, dass die Medien dem Publikum Werkzeuge und Schemata für die Konstruktion von Bedeutungen anbieten. Diese Erzählungen sind sogar in der Lage, aufkommende Widersprüche und Konflikte in sich zu integrieren. Die Übertragung von Ideologie funktioniert so, dass kulturell bereits vertraute Themen herausgearbeitet werden und so beim Pu-



Die Kubanische Revolution schreibt unglaubliche Geschichten. Jorge Enrique Jeréz Belisario kam 1993 mit einer schweren spastischen Lähmung auf die Welt. Er selbst sagt, dass es Jorgito el Camagüeyano nur deshalb heute noch gibt, weil er unter der schützenden Hand der Revolution aufwachsen konnte. So verwirklichte er seinen Lebenstraum und studierte Journalismus. Jorgito war einer der wichtigsten Aktivisten im Kampf für die Freilassung der „Cuban Five“. Besonders verbunden ist er Gerardo Hernández, dessen Rückkehr nach Kuba er im Dezember 2014 feiern durfte. Der Dokumentarfilm „Die Kraft der Schwachen“, der Jorgitos Leben erzählt, ist über die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba erhältlich.

Jorgito bloggt regelmäßig auf <http://jorgitoxcuba.net>.

Die CUBA LIBRE ehrt er mit einer regelmäßigen Kolumne, deren aktuelle Ausgabe wir im Folgenden abdrucken.

blikum Widerhall finden. Es wäre falsch zu sagen, dass die Medien die Gesellschaft widerspiegeln; der Journalist, die Medien und der Diskurs als Ganzes konstruieren die gesellschaftliche Realität. Genau das ist in Chile geschehen.

Das ist ein Beispiel dafür, was passiert, wenn die Medien nicht in den Händen der Mehrheit der Be-

völkerung sind und stattdessen die Interessen von Minderheiten-gruppen repräsentieren. Letztere stellen sie, auch durch offensichtliche Manipulation, als die Interessen aller dar. Kommunikation ist und bleibt klassenbasiert, und dies darf in einem Prozess der Umgestaltung des öffentlichen Mediensystems, wie ihn Kuba durchläuft, und unter Umständen, in denen Kommunikation zunehmend strategischen Charakters ist, nicht aus den Augen verloren werden. Der Wunsch, wie der Rest der Welt zu funktionieren, darf nicht dazu führen, dass wir Fehler wiederholen, die andere zuvor bereits gemacht haben.

Wir Kubaner sind tagtäglich Opfer dieses Krieges der vierten Generation, mit Lynchjustiz in den

Medien, Aufstachelung zur Gewalt, Halbwahrheiten und dreisten Lügen. Selbst von scheinbar „unpolitischen“ Positionen aus werden Wechselkurse durchgesetzt, die zeitlich und räumlich nahen Phänomenen wie „Dollar Today“ in Venezuela sehr ähnlich sind. Diese Dienstleister beginnen zunächst in der „Mitte“ und bewegen sich immer weiter nach rechts und legen auch verzerrte Matrizen von Ereignissen im reinsten Goebelschen Stil auf.

Schauen wir uns Kuba an, dann stellen wir fest, dass diejenigen, die bei dem bevorstehenden Referendum über das Familiengesetzbuch in Kuba für ein NEIN eintreten und mit falschen Argumenten behaupten, dass durch seine Neufassung z.B. die Rechte der Kin-

der eingeschränkt würden, obwohl das Gegenteil der Fall ist. Unter solchen Bedingungen dürfen wir nicht naiv sein, wir müssen gut kommunizieren und dabei keine Leerstellen in einem Prozess lassen, welcher die gesamte Gesellschaft erfasst. Der Kommunikationskrieg wird weitergehen, ebenso wie die Kampagnen gegen uns. Es liegt an uns, das Richtige zu tun und dafür zu sorgen, dass die chilenische Realität nicht auch zu unserer Realität wird.

Übersetzung: Tobias Kriele



Anzeige



**Wolfgang Gehrcke
Christiane Reymann (Hg)**

Ein willkommener Krieg?

**NATO, Russland
und die Ukraine**

Paperback | 231 Seiten | € 14,90
ISBN 978-3-89438-801-0

Mit einem Vorwort von Oskar Lafontaine, einem Interview mit Gabriele Krone-Schmalz sowie Beiträgen u. a. von Sevim Dağdelen, Daniela Dahn, Eugen Drewermann, Wolfgang Gehrcke & Christiane Reymann, Jörg Goldberg, Lühr Henken, Andrej Hunko, Jörg Kronauer, Norman Paech, Werner Rügemer, Gerd Schumann, Ekkehard Sieker und Lucas Zeise.



Glenn Jäger

Diego Maradona In den Farben des Südens

Paperback | 263 Seiten | € 16,90
ISBN 978-3-89438-763-1

Besungen und geschmäht, verehrt und verachtet: Viele feierten den Jahrhundertfußballer auch für sein Aufbegehren – nicht nur gegen die Herrschaften der FIFA. Andere sahen ihm seine Haltung nicht nach, sie hatten ihm, so er selbst, seine Herkunft »nie verziehen«.
»Ein hervorragend recherchiertes und facettenreiches Werk.«
(11 Freunde). Mit einem Gastbeitrag von André Scheer.

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

Gerardo Alfonso lässt uns wieder durchatmen

Endlich wieder Live-Konzerte

Von Ulli Fausten

Als zum Sommerbeginn die lang ersehnten Live-Konzerte auch wieder in geschlossenen Sälen zugelassen wurden, war Gerardo Alfonso einer der ersten Künstler, die ihr Gesicht zeigten.

Er hatte in ziemlich kurzem Abstand zwei Auftritte, den ersten in der „Casa de Las Americas“, bei dem wir leider nicht waren, weil wir zu spät davon erfuhren. Hier sind wir auf den Artikel Guille Vilars angewiesen, der anderntags im Kulturteil der *Granma* erschien. Würdiger Anlass für den Musik-Abend war das *Zweite Internationale Kolloquium für Afroamerikanische Studien*, das von der „Casa“ gesponsert wird. Wer mit Gerardos Werk ein wenig vertraut ist, weiß, welche Rolle diese Thematik (das Album „Raza“, die „Route der Sklaven“, um nur einiges Weniges zu nennen) darin spielt.

Guille Vilar bezieht sich auf mehrere Stücke Gerardos während besagten Konzerts in der „Casa“. Um die Top-Hits, die verlässlich entweder mitten im Auftritt oder (wahrscheinlicher) als kalkulierte Zugabe kommen, brauchen wir uns hier nicht weiter zu kümmern. Die kennt jeder, der diesen Singer/Songwriter kennt. Hellhörig wurde ich bei „Cuidado cuando corres“. Diesen Titel bringt er live nicht oft. Er geht, wie nicht wenige von Gerardo Alfonsos Liedern, auf ein persönliches Erlebnis zurück. Als er eines Tages – als Halbwüchsiger – noch den Bus erwischen musste, spät dran war und entsprechend Fersengeld gab, erhielt er von jemandem, der ihn kannte, einem Wohlmeinenden, diesen Rat: „Cuidado cuando corres!“ (Obacht, wenn du rennst!). Auf die Frage, weshalb er denn wohl aufpassen sollte,



Gerardo Alfonso in Berlin 2016
Foto: Cuba si

wenn er renne, erhielt er zur Antwort, dass er – als Schwarzer! – damit Argwohn erwecke. Wie einer, der sich von einem Tatort entferne, nachdem er jemanden beklaut oder verprügelt habe ...

Eine ernste Angelegenheit, „was aber nicht heißt, dass wir nicht alle in den fröhlichen Refrain einstimmten“, weiß der Autor des *Granma*-Beitrags zu berichten. Ich habe an anderer Stelle die

gleiche Erfahrung gemacht. Doch dass man imstande ist, sich über das Lied zu amüsieren, macht es ja nicht weniger bedenkenswert. Ein rassistischer Ausspruch, an dem man komische Seiten entdeckt, bleibt rassistisch. Über „Vorsicht, wenn du rennst“ zwanglos lachen kann eigentlich nur der Betroffene selbst. Wie aber sollen wir – die Besucher – uns dazu stellen? Womöglich ist unsere Unsicherheit

im Umgang mit dem Song ja intendiert, was schließlich auch völlig in Ordnung wäre.

Etwas anderes, bei dem ich Guille Vilar nur mit größtem Vorbehalt zu folgen bereit bin, ist sein Exkurs zur „Guayabera“. Er sieht an Gerardo „das Ergebnis einer kreativen Reife, (...) die für eine optimale Kommunikation mit dem Publikum unerlässlich ist“. Und jetzt kommt's: „Der erste Eindruck, den wir von dieser beruflichen Entwicklung des Musikers erhalten, ist vielleicht die ungewöhnliche Entscheidung, in einer Guayabera aufzutreten, einem eleganten kreolischen Kleidungsstück, dessen Verwendung in der Tat eine respektvolle Beschwörung der Werte der Nationalität impliziert.“

Grundgütiger! Wäre es nicht auch ein paar Nummern kleiner gegangen? Zugegeben: Man benutzt dieses Oberteil vorzugsweise bei weihevollen Handlungen. Wenn ich etwa dabei helfen soll, jemanden vor den Traualtar zu bringen (oder unter die Erde), bin ich recht froh, wenigstens eines meiner beiden Exemplare anziehbar vorzufinden. Es kann – und da liegt der Hase im Pfeffer – aber auch durchaus passieren, dass ich an einem stinknormalen Tag mit einer Guayabera unter die Leute gehe, weil es rein zufällig das einzige Hemd war, das mein Kleiderschrank noch hergab. Ich bin nicht besonders gut organisiert. Ist Gerardo Alfonso es?

Genug des Lästerns! Das Konzert hätten wir bestimmt gern miterlebt.

Das war uns wenige Wochen später vergönnt, als Gerardo – vor wesentlich mehr Publikum – im altherwürdigen Cine Charles Chaplin auftrat. Ich weiß gar nicht, ob der berühmte Charlie zu seinen Lebzeiten irgendwann einmal dort war. Seine Tochter Geraldine besitzt jedenfalls eine

Schwäche für dieses Kino und hat es schon mehrmals besucht. Dem Konzert im „Chaplin“ ging ein Dokumentarfilm über den Liedermacher voraus: „Sueño de Isla“ von Rolando Almirante. Er bietet unter anderem Ausschnitte von denkwürdigen Konzerten und dessen ganze Bandbreite buchstäblich zwischen dem sehr persönlichen Moment liegt, als Gerardo uns sein Elternhaus in San Miguel de Padrón zeigt, und jener Szene, als er auf dem Höhepunkt der 500-Jahr-Feier Havannas die Freitreppe des Capitols hinunter tanzend sein berühmtes „Sabanas Blancas“ singt, die Hymne über die kubanische Hauptstadt. Unter den mittlerweile sehr vielen Liedern, die Havanna gewidmet sind, kommt keines diesem gleich.

Gerardo gab jenes zweite Konzert gemeinsam mit seinen beiden Söhnen (eine Uraufführung), wobei mir die ersten musikalischen Gehversuche seines älteren Sohnes Tobias – mittlerweile 22 – der teils seinen Vater zu kopieren versuchte und teils einer Art Folk-Rock zuneigte – durchaus noch erinnerlich sind, während ich die Entwicklung seines Jüngeren, Diego, im Grunde überhaupt nicht mitbekommen habe. Ihn hatte ich nur als einen im Gedächtnis, der damals – als Junge – malte.

Er hat sich der klassischen akustischen Gitarre verschrieben, spielt Solo-Stücke, bei denen er exponiert ist wie Oma im Nachthemd auf dem Marktplatz. Will sagen, der geringste Fehler muss selbst einem Laien auffallen. Das erscheint mir insofern bemerkenswert, da ich noch gut weiß, dass wir nach einem Konzerts seines Vaters im „Abelardo Estorino“ (neben dem Kulturministerium) ins Gespräch mit dem seinerzeit 11- oder 12jährigen kamen. Irgendwie landeten wir beim Ritual des Fahnenhissens vor dem Un-

terricht durch die Schüler. Diego zählte auf, was alles dazugehört: Flagge entfalten (nur noch von der Schwierigkeit des Zusammenfaltens übertroffen), einhängen, hochziehen, und so weiter „und all das haargenau nach den Regeln, aber die hat nicht jeder, der die Aufgabe bekommt, vollständig drauf. Und ihr macht euch ja keine Vorstellung, wieviel Unfug jemand mit der Bandera anstellen kann, ohne es zu merken. Natürlich schimpfen dann die Lehrer. Also ehrlich: Lieber drück ich mich, wenn ich kann ...“

Dieses „lieber nicht auffallen“ steht dem, was er heute macht, ziemlich diametral gegenüber. Heute – mit inzwischen 17 – spielt er vor Hunderten von Leuten Mason Williams, wobei ich einen verrückten Moment lang das Gefühl hatte, dass er sich immer noch ein bisschen kleiner und schwächer machte, als er ohnehin ist. Inmitten des donnernden Beifalls. Aber das wird er wohl nicht mehr ganz los. Gerardo platzte schier vor Stolz.

Er hatte, bevor er an Diego übergab, sich in einer eher kurzen Sequenz von vielleicht sieben Stücken auf der Gitarre begleitet. Auffällig war, dass es beinahe ausnahmslos wenig bekannte Nummern waren – so, als wollte er selbst in den Hintergrund treten.

Zusammen mit Tobias (am Piano) spielte er dann noch ein paar seiner gängigeren Sachen. Er schaffte es, zum Ende zu kommen, ohne den Che-Song „Son los sueños todavía“ gebracht zu haben, was fast ein Sakrileg ist. Stattdessen war „Amigos“ die Schlussnummer, gefolgt von standing ovations. Diese waren gewiss ein Dank an die Familie Alfonso, aber ebenso sicher Ausdruck der Freude darüber, dass solche strahlenden Events wieder möglich sind. Bleibt zu hoffen, dass so bald keine neue Schranke runterkommt.

La Clave

Das Geheimnis der kubanischen Musik

AB 15. SEPTEMBER 2022 IM KINO

W-FILM DISTRIBUTION PRÄSENTIERT EINE LAUTRAZFILM PRODUKTION EIN FILM VON KURT HARTEL
 BUCH & REGIE KURT HARTEL SCHNITT MATTHIAS SPRINGER, MAX GARHAMMER KAMERA TOUSSAINT ALVAREZ TON MICHEL CABALLERO VERLEIHFÖRDERUNG DIE BEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG FÜR KULTUR UND MEDIEN

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien LAUTRAZfilm W-FILM www.wfilm.de

MIT DEN DANZOS ALAIN PÉREZ Y DOBUESTA, BANDANCHA Y YISSY GARCÍA, HABANA COMPÁS DANCE Y EDUARDO CORDOVA REYES, HABANA ENSEMBLE Y CÉSAR LÓPEZ PROYECTO "NIÑOS EN LA FRONTERA", GRUPO ECHUVINA, BOBBY CARACASSES, LA PAPINA DE GUJA, LOS CONQUITOS DE LA LISA, LOS GUARACHITOS DE REGLA, LOS PELLADITOS, RUMBA MORENA, SEPTIETO SON TROPICAL, BAILARINES DE ORICHAS DE MARINA

OFFICIAL SELECTION RED ROCK FILM FESTIVAL
 BRANCOVITZE INTERNATIONAL FILM FESTIVAL
 WINNER 2022
 OFFICIAL SELECTION GASPARRA INTL FILM FESTIVAL
 OFFICIAL SELECTION Austria International Film Festival
 OFFICIAL SELECTION GASPARRA INTL FILM FESTIVAL



Augsburg: Franz Egeter,
Berliner Allee 22 B, 86153 Augsburg
E-mail: augsburg@fgbrdkuba.de

Berlin: Jan Schulze-Husmann,
E-mail: berlin@fgbrdkuba.de
Homepage: www.fgbrdkuba-berlin.de

Bonn: Luiz Fernando Moser,
Lengsdorfer Straße 35, 53127 Bonn

regionalgruppen und lokale ansprechpartner/innen

E-mail: lfernandomoser@gmail.com
Homepage: www.fgbrdkuba.de/bonn

Bremen: Elka Pralle, Blücherstr. 3, 28203 Bremen
E-mail: Elka.Pralle@gmx.de

Duisburg/Mülheim/Oberhausen:
Richard Höhmann-Rölle und Silvia Rölle
E-mail: kuba@hoehmann-roelle.de

Düsseldorf: Jürgen Kelle,
Sistenichstraße 3, 40597 Düsseldorf
E-mail: duesseldorf@fgbrdkuba.de

Erfurt/Eisenach: Roland Wanitschka,
PF 1144, 99801 Eisenach
E-mail: roland.wanitschka@web.de

Essen: Carola Wollweber
E-mail: fg-essen@outlook.de

Frankfurt a.M.: Willi Gerhard,
Anne-Frank-Str. 3, 60433 Frankfurt
E-mail: frankfurt@fgbrdkuba.de
Homepage: www.fgbrdkuba.de/frankfurt

Freiburg: Carmen Giesin,
Weinbergstr. 6, 79111 Freiburg
E-mail: carmengiesin@gmx.de

Gelsenkirchen: Christa Grewe,
Festweg 12, 45886 Gelsenkirchen
E-mail: grewechr@aol.com

Gießen: Erika Beltz,
Diezstraße 7, 35390 Gießen
eumbeltz@aol.com

Göttingen: Gunnar Siebecke,
Harzstr. 13, 37081 Göttingen
E-mail: goettingen@fgbrdkuba.de

Homepage: www.fgbrdkuba.de/goettingen

Hamburg: Wolfgang Mix,
Holstenplatz 10, 22765 Hamburg
E-mail: hamburg@fgbrdkuba.de

Herford/Ostwestfalen: Peter Knappe
Stiftskamp 10, 32049 Herford
E-Mail: peter-knappe0726@riseup.net

Idar-Oberstein: Karin Gottlieb,
Frinkenstraße 9, 55743 Idar-Oberstein

Karlsruhe: Roland Armbruster,
Wilhelmstr. 85, 76137 Karlsruhe
E-mail: Roland.Armbruster@t-online.de

Koblenz: Robert Peiter,
Friedrichstr. 7, 56333 Winnigen

Köln: Dieter Hehr, Wichterichstr. 34, 50937 Köln,
E-Mail: dieter.hehr@koeln.de

Mainz: Tobias Kriele, Lauterenstr. 28, 55116 Mainz
E-mail: mainz@fgbrdkuba.de

Mannheim/Rhein-Neckar: Barbara Caroli-Buch,
Gneisenastr. 18, 68259 Mannheim
E-mail: barbara@muellerweb.de

München/Südbayern: Werner Ströhlein,
Knorrstraße 83 a, 80807 München
E-mail: stroehlein-sanchez@t-online.de

Nürnberg: Marianne Schweinesbein,
Sielstr. 6, 90429 Nürnberg
E-mail: schweinesbein@t-online.de

Regensburg: Bernhard Ostermeier,
Mariaorterstr. 9, 93161 Sinzing
E-mail: bernhard.ostermeier@web.de

Saarbrücken: Volker Jung,
Ottweiler Str. 4, 66113 Saarbrücken

Stuttgart: Reiner Hofmann,
Rohrdommelweg 6, 70378 Stuttgart
E-mail: Reiner_Hofmann@t-online.de
Homepage: www.fgbrdkuba.de/stuttgart

Tübingen: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.,
Regionalgruppe Tübingen, Postfach 02 63,
72103 Rottenburg am Neckar
E-mail: tuebingen@fgbrdkuba.de

Würzburg: Michael Meyer,
Rückertstr. 7, 97072 Würzburg
E-mail: cubasoli@onlinehome.de

Lieferbare Materialien

Gruppen der FG BRD - KUBA e.V.
erhalten 30 Prozent Rabatt,
15 Prozent auf Bücher und Zeitschriften

	Preis
Pins, Feuerzeuge, Schlüsselanhänger, Aufkleber	
Pin mit Che-Porträt, rot-schwarz, rund, 2 cm	2,00 €
Pin Kubaflagge, farbig, 1 x 2 cm	2,00 €
Freundschaftspin Flaggen BRD - Kuba, farbig, ca. 1 x 3 cm	2,50 €
Feuerzeug mit Che-Motiv, verschiedene Farben und Feuerzeug „Havanna“	1,50 €
Schlüsselband mit Karabinerhaken, rot mit Che-Aufdruck, ca. 90 x 2 cm	2,50 €
Schlüsselband mit Karabinerhaken weiß, Flaggenaufdruck BRD - Kuba farbig, ca. 90x2 cm	2,50 €
Aufkleber m. Che-Motiv, rund, rot-schwarz, 5 cm	0,60 €
Aufkleber Kubaflagge, 9 x 7 cm	1,00 €
Aufkleber „No Más Bloqueo“	0,20 €
Fahnen, Textilien	
Kubafahne, 90 x 150 cm, m. Ösen	10,00 €
Kubafahne m. Che-Motiv, 90x150 cm	10,00 €
Fahne M-26-07, 90 x 150 cm	17,00 €
Che-Baretts, schwarz/ olivgrün wendbar	12,00 €
Bücher	
Volker Hermsdorf: Fidel Castro (2018)	9,90 €
Volker Hermsdorf, Paula Klattenhoff u.a. (Hrsg.): Kuba im Wandel (2017)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Havanna. Kultur - Politik - Wirtschaft (2015)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Raul Castro – Ein Leben für die Revolution (2016)	16,00 €
Volker Hermsdorf: Kuba – Aufbruch oder Abbruch? (2016)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Die Kubanische Revolution – Basiswissen (2015)	9,90 €
Volker Hermsdorf, Hans Modrow: Amboss oder Hammer. Gespräche über Kuba (2015)	16,00 €
H.C. Morales: Ein Gespräch unter Freunden. 56 Fragen an Heinz Langer (2014)	7,00 €
H.W. Hammer / F. Schwitalla: Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker. 20 Jahre Netzwerk Cuba e.V. (2013)	12,00 €
Raúl Capote: Der andere Mann in Havanna (2019)	15,00 €
H. Langer: Mit Bedacht, aber ohne Pause. Zur Entwicklung in Kuba (2011)	10,00 €
H. Langer: Zärtlichkeit der Völker - die DDR und Kuba (2010)	9,50 €
André Scheer: Che Guevara, Basiswissen	9,90 €
E. Panitz: Comandante Che – Biographische Skizze (Neuaufgabe)	10,00 €

	Preis
R. + U. Fausten: Helden der freien Welt – Dissidenten in Kuba (2007)	5,00 €
E.F. Fürntratt-Kloep: Unsere Herren seid Ihr nicht! Das politische Vermächtnis des Fidel Castro	10,00 €
mediCuba-Schweiz: Schweizer Banken gegen Kuba – Chronik eines amtlich beglaubigten Skandals	10,00 €
Wolfgang Mix: Kubas Internationalismus, Angola 1975–1991	10,00 €
Paco Ignacio Taibo II: CHE – die Biographie des Ernesto Guervara	28,00 €
mediCuba-Suisse (Hrsg.): Kuba macht es vor; Solidarisch für das Recht auf Gesundheit weltweit	18,80 €
Jürgen Kupfer: Kubas Weg zur kostenlosen Bildung für alle (2018)	17,95 €
Das trikontinentale Solidaritätsplakat; reduzierte Restexemplare 70,- €, - statt 150,- €	70,00 €

CD / DVD	
CD „Música y Revolución“	5,00 €
DVD „Wo der Himmel aufgeht“, Dokumentarfilm Kuba/ BRD 2018, 45 Minuten, Deutsch/ Spanisch mit Untertiteln	12,00 €
DVD „Zucker und Salz“ – Rückblick vier kubanischer Freundinnen auf 50 Jahre Revolution (OmU)	10,00 €
DVD „Die Kraft der Schwachen“ – Leben und Entwicklung eines Behinderten auf Kuba (OmU) z. Zt. nicht lieferbar	10,00 €
DVD „Wege der Revolution – Fidel Castro“ (OmU)	7,00 €

Zeitschriften / Zeitungen	
Cuba Libre – Zeitschrift der FG BRD-Kuba e.V.	
Einzelpreis	3,50 €
Jahresabo (4 Ausgaben)	12,50 €
Bezug für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten Kostenlose Zusendung eines Probe-Exemplars	
Granma Internacional Zeitung für Kuba und Lateinamerika Erscheinungsweise monatlich – spanische oder englische Ausgabe – Jahresabo	45,00 €
Granma Internacional Zeitung für Kuba und Lateinamerika deutsche Ausgabe – monatlich – Jahresabo seit 1. 1. 2017 über Verlag 8. Mai	18,00 €

Verleih von Spielfilmen und politischen Filmen aus Kuba und Lateinamerika auf Anfrage

FG BRD-Kuba e.V.
Maybachstr. 159, 50670 Köln
Tel.: 0221 – 2 40 51 20 • Fax: 0221 – 6 06 00 80
info@fgbrdkuba.de
Alle Preise plus Porto und Verpackung
Vorauszahlung vorbehalten

Soli-Aktionen gegen US-Subversion und Blockade

Von Edgar Göll



Solidarität mit Kuba vor der kubanischen Botschaft in Berlin
Foto: privat

Am 11. Juli 2021 war es in mehreren Städten in Kuba zu Protesten gekommen, sie artikulierten den Unmut über die schwierige Versorgungslage inmitten der Corona-Pandemie. Die damaligen Proteste wurden allerdings von einigen Personen eskaliert und missbraucht, indem sie versuchten, einen Umsturz und „Regime Change“ in Kuba herbeiführen, wie ihn die USA seit 63 Jahren zum Ziel haben. Mehrere Protestler verübten gewalttätige Angriffe gegen Menschen, Krankenhäuser, Supermärkte und Polizeistationen. In Kuba war derartige Gewalt bislang völlig unüblich – anders als z. B. in den USA. Die US-Botschaft in Havanna förderte die Proteste und einige jener Randalierer werden in vielerlei Weise unterstützt, vor allem durch mediale Fokussierung.

Der kubanische Staat reagierte mit rechtsstaatlich durchgeführten, transparenten Strafverfahren wegen Aufwiegelung, Sabotage, Raub, Körperverletzung und Störung der öffentlichen Ordnung. Zudem arbeiten die staatlichen Stellen noch intensiver an der Lösung der Versorgungsprobleme. Dies jedoch ist äußerst schwierig, denn ein Großteil der ökonomischen Probleme sind neben der Pandemie durch die verschärfte US-Blockade und neue Sanktionen verursacht oder werden durch diese verstärkt. Also heizen die US-Hilfstruppen die negative Stimmung in Kuba an, bauschen die Proteste medial auf, und attackieren dann die Abwehrmaßnahmen gegen diese imperialistischen Subversionen.

Zum ersten Jahrestag in diesem Jahr 2022 wurde von rechten Exil-

kreisen zu erneuten Protesten aufgerufen, unter anderem in einigen Städten in Deutschland. Wie akut die Hetze und Bedrohungslage ist, beweist ein Artikel, den Philip Levine, Ex-Bürgermeister von Miami Beach im Miami Herald verbreitete: „Heute gibt es für die Biden-Administration nur noch einen einzigen sinnvollen politischen Standpunkt: Eine kapitalistische Invasion der kubanischen Insel zu starten. Es ist keine harte Gewalt erforderlich. Sie kann dies tun, indem sie unsere kapitalistische Marine einsetzt, wie Royal Caribbean, Carnival und Norwegian Cruise Line; unsere kapitalistische Armee, wie Hilton, Apple und Starbucks; und unsere kapitalistische Luftwaffe, einschließlich American Airlines, Delta und Jet Blue.“

Entgegen diesen Fakten von Aggression und Subversion wird von den nordatlantischen Eliten jedoch die Verteidigung des selbstgewählten Regierungssystems in Kuba zu einem Thema von Menschenrechtsverletzung umgedichtet! Die friedlichen Demonstrationen in Kuba sind demgegenüber in Wirklichkeit Demonstrationen gegen die völkerrechtswidrige, brutale und menschenverachtende Blockade und Subversionsaktivitäten der US-Regierung, ihrer Medien, Hilfsorganisationen und Geheimdienste gegen Kuba. Um unsere ungeteilte Solidarität mit dem sozialistischen Kuba zum Ausdruck zu bringen, demonstrierten in mehreren Städten in Deutschland die Kuba-Solidaritätsgruppen gegen die US-Subversion und die Blockade. In Berlin hatte sich eine kleine Gruppe von Contras gegenüber der Botschaft Kubas aufgestellt, schrien uns als Terroristen und Kuba als Diktatur an. Mit einer dreifachen Anzahl von Akti-

visten, darunter zahlreiche aufrechte KubanerInnen, standen wir mit Fahnen und Transparenten zum Schutz vor der Botschaft. Mit zahlreichen Statements verteidigten wir Kuba und wiesen darauf hin, dass die USA und ihre Contras mit ihrer Blockade- und Terrorpolitik die Menschenrechte von elf Mio. KubanerInnen verletzen!

Der kubanische Staatspräsident Díaz-Canel kommentierte zum Jahrestag am 11. Juli 2022 in humanistischer, emanzipatorischer und revolutionärer Weise: „Ich möchte daran erinnern, dass es wahr ist, dass es (am 11. Juli 2021) unangenehme Ereignisse gab, die wir in unserem Land nicht sehen wollen. Es gab Akte von Vandalismus, von denen einige bösartig und von enormer Vulgarität und Aggressivität waren.“ Er erinnerte aber auch daran, dass an diesem Tag „das Volk auf die Straße ging, um die Revolution zu verteidigen, die jungen Leute gingen auf die Straße, um die Revolution

zu verteidigen, und in weniger als 24 Stunden gab es keine Unruhen mehr. Der Vandalismus und die verabscheuungswürdigen Delikte gegen Einrichtungen und Menschen hatten ein Ende. Wenn es hier etwas zu feiern gibt, dann ist es der Sieg des kubanischen Volkes, der kubanischen Revolution, gegenüber den Versuchen derjenigen, die sie in einen sanften Putsch verwandeln wollten, der für die ‚Kuba-Variante‘ ein vandalistischer Putsch war. Wenn wir etwas feiern wollen, dann den Sieg des Volkes, der eine weitere Niederlage für den Imperialismus bedeutet.“

Gleichzeitig mit dieser erneuten Abwehr einer imperialistischen Attacke gehen die intensiven Bemühungen zur Verbesserung der Versorgungslage und der ökonomischen Entwicklung in Kuba weiter, und die Solidaritätsbewegung muss ihre Anstrengungen zum Schutz der kubanischen Revolution spürbarer und erfolgreicher gestalten.

Sommer, Sonne, Solidarität

Von Marion Leonhardt

Endlich! Nachdem die Coronapandemie auch die Aktivitäten der Kuba-Soli zwar nicht im Griff hatte, aber vielfach größere Veranstaltungen verhinderte, war sie nun wieder im alten Format in der Parkaue in Berlin da: Die Fiesta de Solidaridad von Cuba Si konnte am 23.07.22 als Open-air-Veranstaltung bei strahlendem Sonnenschein stattfinden. Der Zulauf war riesig, der große Platz die ganze Zeit mit vielen Kubafreunden aus Nah und Fern gefüllt. Auch der Stad der FG-Regionalgruppe Berlin war rege besucht: Viele Fragen zur aktuellen Situation in Kuba konnten beantwortet und Lese-

hunger gestillt werden – nicht nur mit den zum Verkauf stehenden Büchern, auch die Cuba Libre fand regen Absatz.

Mehrere Bands und Solokünstler luden zum Tanzen ein, brachten die Menge in Bewegung.

Highlight waren unbestritten die beiden kubanischen Gesprächsgäste:

Dr. Francisco Durán, der Chef-Epidemiologe Kubas, hat auch dort als „Dr. Nasobuco“ (Dr. Mund-Nasen-Schutz) eine gewisse Berühmtheit erlangt. Täglich informierte er im Fernsehen über das aktuelle Pandemiegeschehen und über die Maßnahmen der Regie-

rung bei der Pandemiebekämpfung. Uns berichtete er, wie Kuba durch die Pandemie gekommen ist und über die Forschungsergebnisse und die Entwicklung von Impfstoffen auch für Kinder.

Rigoberto Zayas, Leiter der Abteilung Europa des ICAP (Kubanisches Institut für Völkerfreundschaft) in Havanna, war der zweite kubanische Gesprächspartner. Er berichtete über die aktuelle Lage Kubas angesichts von Corona, verschärfter US-Wirtschafts-, Handels-, und Finanzblockade und der Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland auf Kuba.

Internationales Recht durchsetzen!

Von Marion Leonhardt

Der Wirtschaftskrieg der USA gegen Kuba treibt seit nunmehr 60 Jahren sein inhumanes Unwesen, und die „Freunde der USA“ unternehmen nichts dagegen, machen mit. Ein besonders perfider Baustein der US-Blockade gegen Kuba und ein wesentliches Hindernis für dessen wirtschaftliche Entwicklung ist die Behinderung von Finanztransfers nach und für Kuba. Die allermeisten Banken spielen dieses rechtswidrige Spiel des US-Imperiums mit und gehorchen den Drohungen und der blauen Macht der US-Behörden (Cuba Libre berichtete mehrfach). Und dies tun sie, obwohl die „Anti-Blocking-Resolution“ der EUs es unzersagt, diesen Zwangsmaßnahmen der USA Folge zu leisten! Denn auch die Aktualisierung der 1996 erlassenen EU-Verordnung 2271/96, das Blocking Statute von 2018 verbietet EU-Unternehmen im Wesentlichen die „direkte“ oder „indirekte“ (über Tochtergesellschaften oder zwischengeschaltete Personen) Einhaltung der im Anhang zu den US-Sanktionen aufgeführten Gesetze und erkennt auch keine Urteile von Gerichten an, die US-Sanktionen durchsetzen.

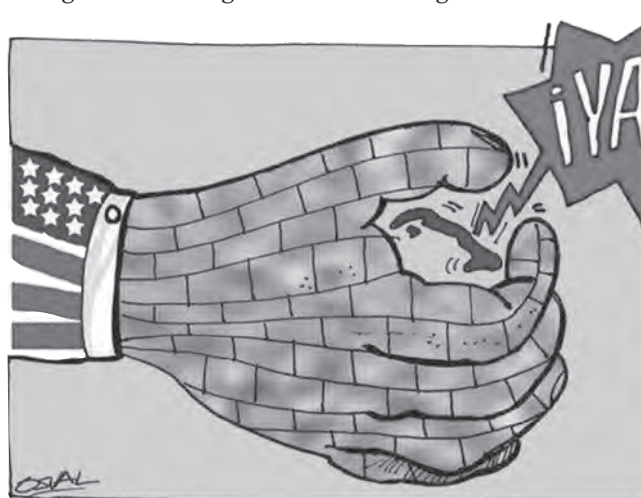
Doch diese Verordnung helfe in der Praxis wenig, denn in den internationalen Handelsbeziehungen gehe Macht vor Recht, so Mertschenk. US-Gesetze gelten zwar in der BRD nicht, aber sie wirkten. Es sei die Angst vor dem Zerstörungspotential der militärischen, industriellen, finanziellen, technologischen, medialen und geheimdienstlichen Supermacht USA, der sich die Bundesregierungen bedingungslos unterwerfen würden.

Um auf die Praxis der Banken und deren Rechtsverstöße aufmerksam zu machen, gab es am 30. Juli eine Kundgebung der Kuba-Soli in Berlin vor der Commerzbank in der Friedrichstraße. Es wurden Flugblätter verteilt, Gespräche mit Passanten geführt. Dazu gab es mehrere Redebeiträge.

Gerhard Mertschenk von der Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft erläuterte, dass EU- und bundesdeutsches Recht es in der EU ansässigen Personen und Un-

ternehmen verbietet, Anweisungen oder Forderungen von US-Stellen, die auf den illegalen Blockadegesetzen beruhen, nachzukommen.

Jeder Mitgliedsstaat der EU sei verpflichtet, für den Fall einer Zuwiderhandlung gegen Vorschriften der Verordnung Sanktionen festzulegen. Diese Sanktionen „müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein“. Die Rechtslage sei also eindeutig.



Und so zahlte 2015 die Commerzbank lieber 1,71 Milliarden Dollar Strafe an die USA wegen einer getätigten Finanzaktion für ein mit US-Sanktionen belegtes Land als gesetzeskonform die EU-Direktive zu befolgen. Bemerkenswert sei auch an dem Vorgang, dass die BRD zu dieser Zeit zu 17 Prozent Eigentümer der Commerzbank war und diesen Gesetzesverstoß billigend in Kauf nahm statt auf die Einhaltung der eigenen gesetzlichen Bestimmungen zu hinarbeiten zu wirken.

Dass es auch anders und rechtskonform geht, beweist ein Beispiel aus Österreich: Als die Bawag nach Übernahme durch einen US-Fonds die Konten und Depots von rund 200 kubanischen Kunden kündigte, bezeichnete die österreichische Regierung dies als ungesetzlich und leitete ein Verfahren gegen die Bawag ein. Daraufhin nahm die Bank ihre Entscheidung zurück.

Die EU-Verordnung lässt sich also durchaus durchsetzen, wenn der politische Wille dafür vorhanden ist. Dieser fehlt offensichtlich bei der Bundesregierung.

Die Kuba-Solidarität und viele weitere fordern, dass Recht und Gesetz auch beim Umgang mit völkerrechtswidrigen USA-Maßnahmen durchgesetzt werden.

Hinweis:

Es startet aktuell eine neue, innovative Aktion: sie trägt den Namen „1c4Cuba“ (also 1 Cent für Cuba). Sie wurde von Rock Around the Blockade (Großbritannien), Cuba Support Group Ireland und Cubanismo (Belgien) initiiert.

Weitere allgemeine Infos zu der Kampagne:
www.1c4cuba.eu
contact@1c4cuba.org

Methfesselfest 2022

Vom 10.–11. Juni fand das Hamburger Methfesselfest statt, erneut wegen Corona nur über zwei Tage. Es war ein voller Erfolg, mit deutlich mehr Beteiligung, größerem Engagement und mehr Energie als im letzten Jahr. Am Freitagabend gab es auf der Bühne einen mehr als einstündigen Kuba-Beitrag. Zu Beginn erhielt Ivet López Rodríguez von der Kubanischen Bot-

schaft in Berlin, die mit ihrer Familie zu Besuch da war, das Mikrophon. Sie gab eine Einschätzung der aktuellen Lage in Kuba. Danach sprachen Mitglieder der Hamburger Solidaritätsbewegung über die Auswirkungen der US-Blockadepolitik, die Bewältigung der Coronakrise, das neue Familiengesetz und die Freundschaft von Diego Maradona zu Kuba. Die Beiträge wurden

von etwa 50 bis 60 Besuchern mit Interesse verfolgt, von ihnen mit großem Beifall und von der Veranstaltergruppe mit Anerkennung bedacht. Am Sonntag gab es dann einen Infostand und Andrang am Dosenwurfstand, wo Spiele und Plüschtiere zu gewinnen waren. So kann es nächstes Jahr weitergehen, dann hoffentlich wieder im alten Format über drei Tage.

Nicht ohne die „Casa Cuba“

UZ-Pressesfest an neuem Ort, aber mit bewährter Solidarität

Von Manuela Tovar

Das UZ-Pressesfest fand in diesem Jahr, am 27. und 28. August, erstmals seit langem nicht mehr im Dortmunder Revierpark statt, sondern im Herzen Berlins. Kurzfristig hatte die DKP umplanen müssen, nachdem die Leitung des Parks im Stadtteil Wischlingen vom längst geschlossenen Vertrag zurückgetreten war. Mit dem Rosa-Luxemburg-Platz direkt am Karl-Liebknecht-Haus der Linkspartei fand man eine spannende Alternative.

Natürlich war das Fest deutlich kleiner als frühere Veranstaltungen, aber mit gut 10.000 Besucherinnen und Besuchern wurden die Erwartungen der DKP deutlich übertroffen. Und ebenso wie bei den Festivals vor der Corona-bedingten Zwangspause prägte erneut internationale Solidarität die Zelte, Stände und das Programm. Mit dabei natürlich wieder die „Casa Cuba“, in dem die Solidarität mit Kuba und den fortschrittlichen Bewegungen Lateinamerikas im Mittelpunkt stand.

So kamen zum Auftakt des zweiten Festival-Tages am Sonntagmorgen Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Kuba-Solidaritätsgruppen aus Deutschland und der



Solidarität mit Kuba in der Casa Cuba
Foto: Thomas Brenner

Schweiz zusammen, um über ihre Arbeit zu informieren. Viele von ihnen haben sich im Netzwerk Cuba zusammengeschlossen, um die verschiedenen Ansätze und Aktivitäten zu koordinieren, berichtete Petra Wegener von der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

Nick Amoozegar von der AG Cuba Sí der Partei Die Linke hob hervor, dass auch für seine Partei die Solidarität mit Kuba wichtig sei. Durch

ihre Präsenz in Parlamenten wie dem Bundestag gebe es dort eine mit Kuba freundschaftlich verbundene Stimme, die sonst fehlen würde.

Das Verhältnis zu Kuba sei von tiefer Freundschaft geprägt, betonte Luka von der SDAJ. Die Insel sei kein Dienstleister, der die Politisierung junger Menschen übernehmen könne, sei aber das lebendige Beispiel dafür, dass die „Zeit der Monster“ nicht ewig dauern wird. Um

dies erlebbar zu machen, organisiert der Jugendverband zusammen mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba regelmäßig das Projekt „Tamara Bunke“. In dessen Rahmen können junge Menschen mehrere Monate lang an der Polytechnischen Universität von Havanna speziell auf sie zugeschnittene Seminare besuchen und so Land und Leute persönlich kennenlernen. Ein anderer Aktivist informierte über die Kampagne „Ein Cent für Kuba“ (www.1c4cuba.eu). Diese richtet sich dagegen, dass sich europäische Banken und Finanzinstitute weigern, Geld nach Kuba zu überweisen. Teilweise werden sogar Transfers verweigert, wenn nur das Wort „Kuba“ im Betreff auftaucht. So könnten Mitglieder der Vereinigung Schweiz-Cuba (VSC) ihre Beiträge nicht an die Organisation überweisen, berichtete Samuel Wanitsch.

Ebenfalls um eine Blockade, nämlich die der USA und der EU gegen Venezuela, ging es unmittelbar im Anschluss an die Kuba-Runde bei einer Diskussion mit Carolus Wimmer, dem internationalen Sekretär der Kommunistischen Partei Venezuelas (PCV). Anschaulich schilderte er, wie die vom „Westen“ gegen sein Land verhängten Sanktionen, aber auch Fehlentscheidungen der venezolanischen Regierung, das Leben der Menschen erschweren. Seine eigene Rente betrage zum Beispiel nur 24 Dollar im Monat, Tendenz aufgrund der Inflation sinkend. Dagegen gebe es zunehmend Proteste, etwa von Lehrerinnen und Lehrern, die von ihren Gehältern nicht leben können. Er kritisierte, dass sich die Regierung von Präsident Nicolás Maduro dem Dialog mit den Protestierenden verweigere und stattdessen Polizei und

Armee gegen Demonstrationen in Stellung bringe.

Vor den letzten Präsidentschaftswahlen 2018 hatten PSUV und PCV ein Abkommen geschlossen, das unter anderem monatliche Diskussionsrunden zwischen den Partnern vorsah. Diese habe es nie gegeben, bemängelte Wimmer. Auf eine entsprechende Nachfrage in der anschließenden Debatte bekräftigte er jedoch, dass die PCV nicht den Sturz Maduros anstrebe. Dieser sei bis 2024 gewählt. Gegen die imperialistische Aggression aus den USA und der EU sei weiter Widerstand notwendig, daran halte auch die PCV fest. Von der Regierung in Caracas fordere man aber, nicht nur mit den Rechten und den USA zu verhandeln, sondern auch zum Gespräch mit linken Kritikern, Gewerkschaften und Parteien bereit zu sein.

Kuba kann Öko – Wie geht fairer Handel?

Von Jürgen Kelle

Gemeinsam mit „EcoMujer e.V. – Frauen und Umwelt“ organisierte die Regionalgruppe Düsseldorf der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba am 14. September im Rahmen der 38. Düsseldorfer „Eine Welt Tage“ eine Live-Veranstaltung mit Dr. Edgar Göll. Als langjähriger Aktiver in der Kuba-Solidarität und Fachmann im Bereich Nachhaltigkeit und Zukunftsplanung, konnte er in seinem Vortrag hervorragend die Aspekte der kubanischen Politik der nachhaltigen Entwicklung darstellen, zumal er im Frühjahr noch einen dreimonatigen DAAD-Aufenthalt in Kuba absolvierte und über aktuelle Informationen verfügt.

Als Einstieg diente die im internationalen Vergleich herausragende Stellung der kubanischen Ökonomie unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit. Auch die Dar-

stellung des durch die Klimaveränderungen notwendigen, langfristig geplanten Veränderungsprozesses in allen gesellschaftlichen Bereichen im Rahmen des Planes „Tarea Vida“ (Lebensaufgabe) mittelfristig bis 2030, langfristig bis 2050 und sehr langfristig bis 2100, war äußerst interessant und verdeutlichte die herausragenden Möglichkeiten, die ein sozialistisches Gesellschaftsmodell eröffnen kann.

Der zweite Bereich war dann dem Aufzeigen der verschiedenen Ebenen der wirtschaftlichen, finanziellen und auch politischen Blockade Kubas durch die USA mit seinen verschiedenen Facetten gewidmet. Hinzu kamen die Probleme durch die Covid-Pandemie, die den Zufluß von ausländischen Devisen extrem beeinträchtigte. Unter diesen Bedingungen dieses anhaltenden Wirtschaftskrieges ist

ein fairer Handel im Rahmen eines Warenaustauschs auf der Grundlage von US-Dollar nicht möglich, da die Sanktionen ganz einfach Handel auf US-Dollar-Basis torpedieren. Zumal die von der Trump-Regierung zusätzlich verstärkten Blockademaßnahmen durch die Biden-Administration weiter aufrecht erhalten werden. Aber Kuba ist aktiv dabei, durch verschiedene und unterschiedliche Handelsströme, die unabhängig vom US-Dollar sind, Export- und Import-Transaktionen durchzuführen.

Die anschließende Diskussion mit vielen interessanten Beiträgen und konkreten Fragen beendete der gelungene Veranstaltung in den Räumlichkeiten des Bürgerhauses Salzmannbau. Auch nach dem Ende der Veranstaltung wurde noch immer im Nebenraum weiter diskutiert.

Mein Beitrag zu #CubaForLife

Hilfe für das kubanische Gesundheitswesen

Von Dr. Klaus Piel

Im Laufe des Jahres 2020 haben die Bewegung der Solidarität mit Kuba und die Vereinigungen der im Ausland lebenden solidarischen Kubaner Millionen von Spritzen für die Impfkampagne gegen Covid 19 für die kubanische Bevölkerung beschafft. Auf diese Weise konnten nahezu alle Kubanerinnen und Kubaner vollständig mit einigen der von der kubanischen biopharmazeutischen Industrie hergestellten Impfstoffkandidaten versorgt werden. Auch andere Völker und Regierungen befreundeter Länder und Partnerländer konnten bei der Herstellung oder Versorgung mit kubanischen Impfstoffen unterstützt werden.

Infolge der durch Covid 19 auferlegten Beschränkungen und der anhaltenden Blockade der USA gegen Kuba, die sich in den letzten Jahren noch verschärft hat, befindet sich Kuba in einer sehr komplizierten Situation, die durch den Mangel an medizinischen Gütern im Gesundheitsbereich gekennzeichnet ist.

Diese Materialien sind unentbehrlich für die Aufrechterhaltung der grundlegenden, universellen und kostenlosen Gesundheitsdienste, die die Bevölkerung seit 1959 genießt und die durch die Entwicklung der Biotechnologie und die ständigen Bemühungen des wissenschaftlichen und medizinischen Personals verbessert wurden. Das ermöglichte die Impfung fast der gesamten Bevölkerung in Rekordzeit und die Herstellung eigener Impfstoffe

Aus diesem Grund haben sich das Kubanische Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) und das europäische Solidaritätsnetzwerk mediCuba-Europe (MCE) darauf geeinigt, eine Kampagne mit dem Titel „Mein Beitrag zu #CubaForLife“ zu starten, mit dem Ziel, die Herzen aller guter Menschen zu erreichen, die Freunde Kubas, solidarische Bürger und Organisationen in der ganzen Welt, damit sie ihre Stimme gegen die Blockade erheben und mit ihrer Solidarität dazu beitragen können, die derzeitige Situation des kubanischen Gesundheitssystems zu verbessern.

Die Kampagne begann am 22. Juli 2022 zu Ehren

des 26. Juli, dem Tag des Nationalen Rebellionstag und soll am 1. Januar 2023 enden, dem 64. Jahrestag des Triumphs der kubanischen Revolution.

Im September kamen drei 40-Fuß-High-Cube-Container in Havanna an und es der Verteilung bis Santiago de Cuba begonnen. Einen Teil hat das MINSAP in Matanzas erhalten, der Provinz, in der kürzlich Tote und Schwerverletzte nach dem Brand einiger Öltanks zu beklagen waren.

Ein weiterer Container wird erwartet – ein Kühlcontainer, der mit Medikamenten und medizinischen Artikeln gemäß der kubanischen Prioritätenliste gefüllt wurde. Der Inhalt des Containers hat einen Wert von über 150.000 Euro, eine Summe, die von der FG, der HCH, CubaSi und dem Netzwerk Kuba aufgebracht wurde. Wir alle sind sehr froh, einen kleinen Beitrag für Kuba in kritischen Zeiten geleistet zu haben und bedanken uns bei den zahlreichen Spendern. Auch die gute Zusammenarbeit verschiedener Kuba-Soligruppen in Deutschland war wieder hervorragend und macht Lust auf mehr.



Entladung der drei 40-Fuß-Container unter den Augen des kubanischen Zolls durch die Partnerorganisation Quisicuba in Havanna
Fotos: privat.

Schweizer Banken gegen Kuba

Von Tobias Kriele

Im Mai 2022 erschien eine von einem Schweizer Autorenkollektiv herausgegebene Broschüre unter dem Titel „Schweizer Banken gegen Cuba“. Der Titel ist dabei gut gewählt, denn es geht in ihr nicht nur um die extraterritoriale Anwendung der aus den USA verordneten Blockade gegen Kuba. Es wird auch nachgewiesen, dass Schweizer Banken aus einem Eigenantrieb gegen Kuba und speziell die Solidarität mit Kuba vorgehen.

Dabei nehmen sich die insgesamt sechs beteiligten Autoren insbesondere die Praxis der Schweizer Banken vor, Kleinstüberweisungen – insbesondere von Kuba-Solidaritätsorganisationen – von einem Schweizer Privatkonto auf ein anderes Bankkonto in der Schweiz aufzuspüren und zu unterbinden.

Bezüglich der US-Blockade wird betont, dass wiederholt festgestellt wurde, dass ihre extraterritoriale Anwendung (gemeint ist außerhalb der direkten Wirtschaftsbeziehungen der USA zu Kuba) internationalem Recht widerspricht. Eine Untersuchung der rechtlichen Lage in der Schweiz kommt zu dem Schluss, dass die Ablehnung von innerschweizerischem Zahlungsverkehr, bei dem das Wort „Cuba“ verwendet wird, nicht rechtmäßig ist. Abgesehen davon, dass die US-Sanktionen ausdrücklich Unterstützungsprojekte im Gesundheitsbereich ausklammern, wird dargelegt, dass das von den Banken gerne gewählte Argument eines angeblich existierenden „Rechtsrisikos“ nicht existiert. Dazu enthält die Broschüre interessante Gutachten.

Die Praxis der Schweizer Banken steht dem diametral entgegen. Nicht nur die Zürcher Kantonalbank tut sich bei der Unterbindung des Zahlungsverkehrs mit Kuba hervor, sondern auch die Clerc Bank, ihres Zeichens eigentlich

eine Genossenschaftsbank. Die Autoren der Broschüre sprechen hier von einem „vorausseilenden Kniefall“ der Banken gegenüber der US-Regierung. Die Schweizer Bankenaufsicht FINMA zeige sich hilflos und als „zahnlose Akteurin“, wird bilanziert.

Intensiv setzen sich die Autoren mit der Position der Schweizer Politik auseinander, die sich zusammenfassend vollumfänglich für nicht zuständig erklärt und sich im übrigen – ganz schweizerisch – aus der Sache heraushält. Auch die Presse wird kritisch hinterfragt. Aus deutscher Sicht überrascht hier die Zahl an Veröffentlichungen in bürgerlichen Medien wie etwa der „Neuen Züricher Zeitung“ zum Thema. Derlei ist in der Bundesrepublik zur Zeit undenkbar. Doch ebenso festzuhalten ist: In der Schweiz werden die Rechtsverstöße der Schweizer Banken zwar kritisiert, aber was jedoch die Feindseligkeiten gegenüber Kuba angeht, funktionieren auch in unserem Nachbarland die „ideologischen Abwehrreflexe“. Logisch also, dass sich die Schweizer Kuba-Solidaritätsbewegung, der die Autoren angehören, Gedanken über eine eigene Öffentlichkeitsarbeit gemacht hat. Denn: „Die Banken scheuen die Öffentlichkeit, wie der Teufel das Weihwasser“.

Der redaktionelle Teil der Broschüre schließt mit Handlungsoptionen für die geeigneten Leserinnen und Leser. Dazu gehört der Aufruf, sich über die Geschäftspraktiken der eigenen Hausbank zu erkundigen, aber auch die Bitte um Unterstützung für das kubanische Gesundheitssystem.

Den 25 Seiten Beiträge der Autoren folgt eine stattliche und hochinteressante Dokumentation der politischen und publizistischen Auseinandersetzung mit dem Blockade-Eifer der Schweizer Banken,

welche sowohl öffentlich als auch teil-öffentlich stattgefunden hat. Diese Dokumentation sollte für die deutsche Solidaritätsbewegung von großem Interesse sein, eröffnete sie doch einen Weg des Widerstands gegen die US-Blockade gegen Kuba, der sich nicht auf moralische Empörung reduziert, sondern die Argumentationen der Gegenseite analysiert und demaskiert. Der Ansatz, nicht die persönliche Erschütterung in den Mittelpunkt zu stellen, sondern die Widersprüche der „freien Markt- und Bankenwirtschaft“ herauszuarbeiten, ist vorbildlich. Denn das entscheidende Argument im Kampf gegen die Blockade wird hierzulande sein, dass sie die innereuropäischen Wirtschaftsbeziehungen unrechtmäßig einschränkt. Um dieses Argument herum können Bündnispartnerinnen und -partner in der notwendigen Breite gesammelt werden, um eine gesellschaftlich einflussreiche Position gegen die völkerrechtswidrige Wirtschafts-, Handels-, und Finanzblockade formieren zu können.



Die Broschüre „Schweizer Banken gegen Cuba“ ist unter national@cuba-si.ch bestellbar.

Wir treten in die Pedale

Fahrraddemo gegen die US-Blockade gegen Kuba

Von Jutta Kausch-Henken

Am 18. September 2022 rief die FBK zum zweiten Mal in Berlin zu einer Fahrraddemo gegen die US-Blockade, unter der Kuba seit bereits 61 Jahren leidet, auf. Vertreter von Cuba Sí und der Regionalgruppe Berlin der FG BRD-Kuba leisteten wie im Vorjahr Unterstützung bei der Vorbereitung. Die für November geplante, mittlerweile 30. Abstimmung in der UN-Vollversammlung für die Aufhebung der US-Blockade war Anlass für diese Demo.

Trotz Regen und Wind fanden sich 100 Radlerinnen und Radler an der kubanischen Botschaft ein. Nach einer Auftaktkundgebung, auf der unter anderem die kubanische Botschafterin Juana Martínez González die Anwesenden begrüßte und Nicolás Miquea mit einem Lied von Silvio Rodríguez und seinem eigenen so treffenden Song „El Imperio“ die Anwesenden begrüßte, ging es von Pankow durch die Innenstadt zum Pariser Platz vor die US-Botschaft. Auch hier fand eine Kundgebung statt, die von Pablo Miró musikalisch unterstützt wurde und mit einem eindrucksvollen Bild endete, indem die DemoteilnehmerInnen die Flaggen der Länder hochhielten, die 2021 für die Aufhebung der Blockade stimmten und diese lautstark einforderten.

Bereits 29 Mal forderte eine überwältigende Mehrheit der Länder die Beendigung der schändlichen, menschenverachtenden, völkerrechtswidrigen US-Blockade: 2021 waren es 184 Länder. Die USA und Israel stimmten wie immer dagegen, drei Länder enthielten sich (Ukraine, Kolumbien und Brasilien).

In jedem Jahr gelingt es den USA, das eine oder andere Land so unter Druck zu setzen, dass es sich nicht traut, dem selbsternannten Weltbestimmer zu trotzen. Dass es 2021



Protest vor der Commerzbank
Foto: privat

eben genau diese drei Länder waren, die sich enthielten, wundert nicht wirklich.

Viele der Länder, die die Blockade ablehnen und ihr Ende fordern, tragen aber dennoch in der Praxis brav die Sanktionen der USA mit. Ja, sie ignorieren sogar ihre eigenen Verordnungen und Gesetze aus Angst vor dem Zorn des „Big Brother“. Das macht einen demokratisch gesinnten Geist schon sprachlos. Obwohl bereits 1996 der damalige Rat der EG eine Verordnung (Nr. 2271/96) erließ (die in diesem Jahr von der EU bekräftigt wurde), die besagt, dass die extraterritoriale Durchsetzung des Helms-Burton-Gesetzes nicht anerkannt und als unvereinbar mit internationalem Recht angesehen wird und automatisch in allen EU-Ländern gilt, hat das bis heute kaum Auswirkungen auf die Politik. Unternehmen kuschen weiter, weil sie sonst um ihre US-Geschäfte fürchten müssen. Selbst die Commerzbank, an der zu 15 Prozent der Bund betei-

ligt ist, zahlte 2015 brav die von den USA auferlegten Strafen in Milliardenhöhe, die diese verhängt hatten, weil sich die Bank „erdreiste“, Geschäfte mit Kuba zu tätigen.

Einmal mehr zeigt sich, dass die USA nichts unversucht lassen, ihre Vormachtstellung in der Welt zu erhalten, koste es, was es wolle. Da stürzt man Länder ins Verderben, kennt keine Scham, erpresst, sanktioniert, provoziert und führt Krieg, bzw. lässt Krieg führen, wie nun in der Ukraine.

Und Kuba wehrt sich nach wie vor, trotz unbeirrter dem übermächtigen Gegner. Wir dürfen nicht nachlassen, diese kleine Insel zu unterstützen. Das ist nicht nur eine zwingende Notwendigkeit, damit Kuba seinen Weg weiterhin trotz aller Behinderungen selbstbestimmt weitergehen kann. Es ist auch eine Stärkung für die politische Arbeit im eigenen Land. Zeigt uns Kuba doch, dass es möglich und nötiger denn je ist, einen langen Atem zu haben und nicht aufzugeben!

Zu Besuch im Centro Fidel Castro Ruz

Von Gabriel



Centro Fidel Castro Ruz in Havanna
Fotos: Miguel Guzmán/Prensa Latina

Neulich hatten wir die Möglichkeit, mit unseren „profes“ das Centro Fidel Castro Ruz zu besuchen. Das Centro befindet sich in Havannas Stadtbezirk Plaza de la Revolución José Martí. Das Gebäude, das unter Denkmalschutz steht, wurde restauriert und am 25.11.2021, zum fünften Todestag von Fidel Castro, eröffnet. Es widmet sich dem Lebenswerk des Comandante en Jefe.

Um überhaupt einen Ort schaffen zu können, an dem das kulturelle und politische Erbe von Fidel Castro gewürdigt werden kann, musste im Jahr 2016 ein Gesetz verabschiedet werden, das ausnahmsweise die Schaffung einer Einrichtung mit seinen Namen gestattet. Fidel hatte vor seinem Tod veranlasst, dass keine Straßen, Plätze oder Monumente nach seinem Namen benannt werden sollen.

Der Besuch des Centro ist für alle nach vorheriger Reservierung kostenlos. Es soll in erster Linie als kulturelles Zentrum für junge Leute zugänglich sein, damit sie sich weiterbilden und sich den Ideen Fidels annähern können. Das Haupt-

gebäude umfasst neun Ausstellungsräume, in denen verschiedene Facetten des Denkens des Comandante en Jefe abgebildet werden.

Als erstes wurden wir in einen Raum geführt, in dem wir einige berühmte Reden Fidels zu sehen bekamen. Danach wurden uns auf einem Monitor Bilder von bekannten Persönlichkeiten gezeigt, die den Comandante persönlich getroffen haben. Darunter auch eines mit dem bekannten italienischen Journalisten Gianni Mina, der die Möglichkeit hatte, Fidel Castro mehrere Male zu interviewen.

Es folgte ein schön ausgestatteter Raum, in dem mehrere Skulpturen sowie Auszeichnungen, die Fidel im Laufe der Jahrzehnte aus mehreren Ländern erhalten hat, präsentiert werden. Besonders im Gedächtnis geblieben ist mir der Internationale Lenin-Friedenspreis der Sowjetunion.

Weiter ging es in einen Saal in dem die verschiedenen Lebensabschnitte des Comandante in Bildern und Texten dargestellt wird.

Zusätzlich konnte man in diesem Raum Kleidungsstücke von Fidel anschauen, zum Beispiel seine olivgrüne Uniform, die er abgesehen von einigen formellen Staatsbesuchen ständig getragen hat. Zudem gibt es in dieser Ausstellung eine große Bilderreihe von wichtigen politischen Ereignissen Kubas, wie die erste große Agrarreform 1959, die Schweinebuchtinvasion 1961 oder Fidels Rückzug von seinen Funktionen im Jahre 2006.

Im nächsten Raum waren auf einer großen digitalen Landkarte die internationalen Beziehungen und

Kooperationen von Kuba abgebildet, die in den letzten Jahrzehnten unter der Führung von Fidel aufgebaut

wurden und teilweise bis heute bestehen. Zum Beispiel wäre da die Alphabetisierungskampagne, die auch in Nicaragua, Venezuela und Bolivien und vielen anderen Ländern erfolgreich realisiert wurde oder die Aufnahme und medizinische Versorgung Tausender Kinder aus der damaligen Sowjetrepublik Ukraine nach der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986. Hier wurde mir deutlich, wieviel Fidel Castro die internationale Solidarität bedeutete.

In einer weiteren „Sala“ ist auf großen beschrifteten Tafeln der Verlauf der Kubanischen Revolution unter der Führung des Comandante abgebildet. Im Saal ist ein kleineres Modell des Schiffes Granma ausgestellt, mit dem Fidel und seine Gefährten von Mexiko nach Kuba übersetzten.

Die Situation vor und nach der Revolution, insbesondere in den Bereichen der Bildung und der Gesundheitsversorgung, bekamen wir in der nächsten Ausstellung zu Ge-



sicht. Diese Präsentationen wurden verknüpft mit der berühmten Verteidigungsrede „Die Geschichte wird mich freisprechen!“, die Fidel als Plädoyer vor Gericht anlässlich der Anklage wegen seiner Teilnahme an dem Angriff auf die Moncada-Kaserne hielt. Er bezog sich vor allem auf das schlechte Bildungs- und Gesundheitswesen des neokolonialen Kubas und somit die zentralen Motivationsgründe für die spätere Revolution darlegte, seine Ankläger zu Angeklagten machte.

Gegen Ende der Führung im Haus wurde, an mehreren Wänden gleichzeitig, ein Film mit Zeitgenossinnen und -genossen Fidels projiziert. Sie schilderten eindrucksvoll, wie die Begegnungen mit Fidel sie geprägt hat. Am Schluss des Films wurden noch Bilder des Trauerzugs bis zum Ort seines Begräbnisses gezeigt.

Nach dem Rundgang besuchten wir die Bibliothek des Centros, in der viele Bücher ausleihbar sind, die in irgendeiner Weise einen Bezug zu Fidel haben. Diese Bibliothek fungiert auch als Arbeitsort für die wissenschaftliche Recherche im Centro.

Am meisten beeindruckt hat mich, wie detailliert und informativ das Centro und die einzelnen Ausstellungen über den Comandante Fidel Castro waren. Man konnte dadurch viel mehr



über seine Biografie erfahren und sich dabei neues Wissen über ihn aneignen und Details erfahren, die man evtl. vorher von ihm noch nicht wusste. Durch den Besuch im Centro wurde mein Eindruck über Fidel verstärkt, dass er als charismatischer Politiker, Staatsoberhaupt und Lider de la Revolucion Cubana, Kuba sehr geprägt hat und er einen elementaren Anteil daran hatte, dass Kuba seinen eigenen souveränen Weg in Lateinamerika und weltweit gehen konnte. Der Rundgang durch das Centro bringt einem Fidel als Menschen näher und gerade für junge Menschen ist ein Besuch dieses Ortes sehr empfehlenswert, da es über sein politisches Denken informiert. Es sollte dies aber nicht als einzige Informationsquelle dienen. Wenn man sich mehr Wissen aneignen möchte, empfiehlt es sich daher, dafür selbst nochmal Literatur über Fidel Castro anzuschaffen oder z. B. Quellen zu suchen, wie seine offizielle Seite (www.fidelcastro.cu/de) die alle seine politischen Reden und Zitate zu verschiedenen

Themen in mehreren Sprachen enthält. Das Centro Fidel Castro Ruz soll eine Begegnungsstätte für Kubaner und Nicht-Kubaner sein, um den Comandante in Erinnerung zu behalten. Sein politisches Lebenswerk soll auch nach seinem Tod in Kuba bewahrt werden. Fidel Castro wird dem kubanischen Volk immer in Erinnerung bleiben. Wenn man mit Kubanern über den Comandante spricht, hört man von den meisten nur positive Äußerungen und viele werden dabei sogar emotional, weil sie Fidel als volksnahen und sympathischen Menschen und Politiker in Erinnerung haben. Für mich war der Besuch im Centro eine Bereicherung und eine Möglichkeit, mehr über Fidel und die Kubanische Revolution zu erfahren. Dabei konnte ich meinen Wissenstand erweitern. Beeindruckend fand ich, wie das Centro Fidel Castro Ruz konzipiert und wie die einzelnen Ausstellungen für jedermann sehr verständlich präsentiert werden. Deshalb kann ich mir auch vorstellen, das Centro ein zweites Mal zu besuchen.



„Entsprechend unserer eigenen Realität“

Eurozentrismus führt zu Fehleinschätzungen und Missverständnissen in Lateinamerika

Von Andre Scheer



Gustavo Petro: „Die Veränderungen, die Kolumbien braucht, liegen nicht in dem, was die Techniker oder die Regierung ausführen, sondern in den Millionen von Bürgern, die auf die Straße oder auf den öffentlichen Platz gehen, um gemeinsam das Land zu gestalten, das wir wollen.“
Foto: Prensa Presidencial

Es war eine Geste, die in Südamerika alle verstanden haben: Unmittelbar, nachdem er am 7. August in Bogotá den Eid abgelegt hatte, ließ Kolumbiens neuer Präsident Gustavo Petro als erste Amtshandlung das Schwert Bolívars auf die Bühne holen. Stunden zuvor hatte der scheidende Staatschef Iván Duque die Herausgabe der symbolträchtigen Waffe verweigert, mit der einst der als Befreier verehrte Simón Bolívar den Kampf um die Unabhängigkeit seiner Heimat von der spanischen Kolonialherrschaft angeführt hatte. Die örtliche Presse sprach von einem Skandal und einer letzten Provokation der alten Regierung. Als das Schwert schließlich von der Präsidentengarde auf die Bühne getragen wurde, jubelten die rund 100.000 Zuschauerinnen und Zuschauer den berühmten Slogan „¡Alerta, alerta! ¡Alerta, que camina la espada de Bolívar por América Latina! (Achtung, Achtung! Das Schwert

Bolívars zieht durch Lateinamerika!). Die versammelten Ehrengäste erhoben sich – bis auf einen: Spaniens König Felipe VI. blieb sitzen. Mindestens ein Faux-pas, wenn nicht eine Provokation.

In Deutschland und Europa werden solche Auseinandersetzung meist verwundert und verständnislos beobachtet. Die rechte spanische Tageszeitung „La Razón“ versuchte prompt, eine Ver-

bindung zwischen Kolumbiens neuem Präsidenten und der „Tyrannei“ in Venezuela herzustellen. Schließlich sei auch der „von Petro so sehr verehrte“ Hugo Chávez durch Wahlen an die Macht gekommen, um dann die Demokratie zu zerstören und im Amt zu sterben. Die konkurrierende „El País“ fand dagegen besonders bemerkenswert, dass Petro einer „neuen Linken“ angehöre, „die sich von Venezuela und Nicaragua absetzt“. Hauptsache, die Feindbilder können bedient werden...

Richtig an solchen Vergleichen ist nur, dass sich Chávez und sein Nachfolger Nicolás Maduro ebenso wie Gustavo Petro positiv auf Bolívar beziehen. Das gilt allerdings für so ziemlich alle führenden Politikerinnen und Politiker Südamerikas, denn die historische Persönlichkeit des in Caracas geborenen Freiheitskämpfers lässt viel Spielraum für Interpretationen. Bolívar diente schon als

Kronzeuge für reaktionäre Militärdiktaturen wie auch als Banner revolutionärer Bewegungen. Das überfordert manche in Europa. Nachdem Chávez ab 1999 die „Bolivarische Revolution“ in Venezuela initiiert hatte, traf dies vor allem auf konservative Politiker zu. Friedbert Pflüger, seinerzeit außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bekundete zum Beispiel 2004 auf einer Fachtagung der parteinahen Konrad-Adenauer-Stiftung, sein Wissen über Bolívar aus dem Roman „Der General in seinem Labyrinth“ von Gabriel García Márquez bezogen zu haben. Das reichte in seinen Augen jedoch vollkommen, um Chávez abzusprechen, Bolívar verstanden zu haben.

So etwas zeigt, wie ein europäisch geprägter (und getrübler) Blick auf Entwicklungen in Lateinamerika zu Fehleinschätzungen und Missverständnissen führen kann. Das bleibt nicht nur auf die Rechte beschränkt. Auch auf der Linken kam es immer wieder zu Versuchen, europäische Erfahrungen der lateinamerikanischen Realität überzustülpen. Bereits auf dem Kongress der Kommunistischen Internationale 1928 in Moskau beharrten führende Vertreter der Komintern wie Nikolai Bucharin darauf, dass man es in Mittel- und Südamerika mit „halbkolonialen“ Ländern zu tun habe. Deshalb stehe dort eine bürgerlich-demokratische Agrarrevolution auf der Tagesordnung, nicht aber eine sozialistische Umwälzung. Widerspruch kam unter anderem von José Carlos Mariátegui, der im gleichen Jahr die Sozialistische Partei Perus mitbegründete und sich gegen eine Analyse stellte, die zu kleinbürgerlich-nationalistischen Antworten führen

musste: „Wir wollen nicht, dass der Sozialismus in Amerika Kopie und Nachahmung ist. (...) Wir müssen entsprechend unserer eigenen Realität in unserer eigenen Sprache dem indo-amerikanischen Sozialismus Leben einhauchen.“

Dazu gehört auch, dass sich fortschrittliche Bewegungen in Peru, Kolumbien, Bolivien und anderswo nur schwer in das Korsett europäischer oder nordamerikanischer Politanalysen zwingen lassen. Verwundert stehen Besucherinnen und Besucher aus der „alten Welt“ manchmal in den Häusern ihrer Gastgeber vor einem Altar, in dem die Mutter Maria einträchtig neben Che Guevara, Bolívar und Chávez, Fidel Castro oder anderen steht. Die religiöse Verehrung von Revolutionären mag manchmal befremdlich erscheinen – doch vergessen wir nicht: Die kolumbianische ELN-Guerilla entstand in den 1960er Jahren unter dem Einfluss von Theologen, die nicht auf das Himmelreich warten wollten. Der bekannteste von ihnen, Camilo Torres Restrepo, kämpfte und starb selbst in ihren Reihen. Die Sandinistische Revolution 1979 in Nicaragua hatte ebenfalls Geistliche in ihren Reihen, allen voran den Priester und Dichter Ernesto Cardenal. Das 1985 geführte Interview des brasilianischen Befreiungstheologen Frei Betto mit Kubas Präsident Fidel Castro erreichte als Buch hohe Auflagen und auch heute noch lesenswert (Frei Betto: Nachtgespräche mit Fidel; nur noch antiquarisch erhältlich).

Gustavo Petro kämpfte in jungen Jahren selbst in der Guerilla, heute könnte man ihn mit europäischen Begriffen als Sozialdemokraten bezeichnen. Doch in einem Land, in dem jährlich hunderte Gewerkschafter, Feministinnen, Linke ermordet werden und progressive Kandidaten ermordet wurden, ist schon die Tatsache, einen Demokraten an der Staatsspitze stehen

zu haben, historisch zu nennen. Ein Menschenrechtsaktivist steht nun an der Spitze des Verteidigungsministeriums, eine Kommunistin ist Arbeitsministerin. Wohin diese Entwicklung führt, lässt sich heute noch nicht sagen, aber so weit ist Kolumbiens Linke noch nie gekommen.

Vergessen wir Kuba nicht. Wie konnte es dieser kleinen Insel vor der Haustür der mächtigsten imperialistischen Macht der Welt in den 1990er Jahren gelingen, ihre sozialistische Revolution zu verteidigen? Hatten nicht alle relevanten Analysten ihren Zusammenbruch in Stunden, Tagen oder Wochen erwartet? Noch 1994 hatte die „Bild“ getitelt: „Adiós Fidel, du hast noch hundert Tage!“

Über solche Analysen macht sich der kubanische Schriftsteller Leonardo Padura gerne lustig. 2009 kritisierte er in einem Interview mit dem „Tagesspiegel“ die europäischen Intellektuellen, weil diese in Kuba „immer ein Symbol“ sähen. „Und sie wollen, dass die kubanische Realität in ihre Vorurteile reinpasst. Es gibt die Rechten, die sagen: ‚Kuba ist die schlimmste Diktatur, die existiert.‘ Und die Linken: ‚Kuba ist das Paradies auf Erden.‘ Es ist weder das eine noch das andere.“ Er wolle den Rechten gerne



Der venezolanische Präsident Hugo Chávez war ein überzeugter Anhänger von José Martí Gedanken.

Foto: Ahmed Velázquez

zeigen, „dass man auf Kuba, auch wenn man arm ist, immer noch in Würde lebt. Jeder kann lesen und schreiben, auf Kuba gibt es Armut, aber kein Elend. Das unterscheidet uns von Mexiko, Kolumbien oder Bolivien.“

Fragen an Dr. Herbst

Fallstricke der „Monetarisierung“

Diesmal rutschte uns die Frage heraus, ohne dass uns schnell genug eine Leserinnenbriefschreiberin einfiel ... „WTF! Doc, wie kann es sein, dass jemand, der sich zur Kuba-Soli zählen lässt, auf seinem Blog Werbung für Webseiten der Kontras macht? Guckst Du Dir das mal an, Doc?“ Wir hörten (fernmündlich), dass der Doc sein Kaltgetränk zur Seite stellte und losklickte. „Der Hammer, ja. Aber so geht es Leuten, die schnell mal 'nen Cent mit Gedöns verdienen wollen.“ Was das damit zu tun habe? „Na, ich schreib's mal auf“, murmelte er.

Liebe Redaktion, dass einer, der auf dem UZ-Pressesfest im Sommer 2022 eine Veranstaltung mit dem Titel „Kubanische Ökonomie“ abhielt, auf seinem Blog Werbung für Kontra-Webseiten macht, irritiert auch mich.

Es war auf dem Blog „Cuba heute“ vom Master für Interdisziplinäre Lateinamerikastudien Marcel Kunzmann.[1] Es ist ein Blog-Eintrag über VPNs („Virtuelle Private Netzwerke“) und wofür man sie nutzen kann. Er richtet sich an deutsche Nutzer, die damit „auch in Kuba ZDF gucken können“. (Kurzes Gekicher) Löblich ist der Beitrag, weil auch grob skizziert wird, wieso man ein VPN braucht. Gegen Ende heißt es dann: „Während die meisten Websites und Social Media Portale [in Kuba] von Regierungsseite her keiner Einschränkung unterliegen (...) sind Nachrichtenportale der Dissidentenbewegung wie z. B. CiberCuba oder 14ymedio gesperrt. Auch diese lassen sich mit einem VPN lesen.“ (Okay) Das ist für deutsche Leser? Aber die können von hier ohne Probleme auf diese reaktionären Seiten gucken! Warum soll eine deutsche Nutzerin ein VPN einrichten, um in Kuba Webseiten der Kontras aufzurufen? Also eigentlich ist das für den Inhalt des Blogbeitrags ziemlich irrelevant. – Der einzige rational denkbare Grund, auf diese Seiten aufmerksam machen zu wollen, ist – Werbung.

Werbung für Kontra-Propaganda? Marcel Kunzmann ein Agent

der Konterrevolution? Möglich ist Vieles. Aber die Erklärung ist wohl einfacher und kommt ohne Agentenvermutung aus.

Mein Lieblingswerkzeug gegen Verschwörungsgeraune ist „Oc-cams Razor“^[2] (klar – als ausgebildeter Physiker). Vereinfacht: Von mehreren möglichen hinreichenden Erklärungen für ein und denselben Sachverhalt ist die einfachste Theorie allen anderen vorzuziehen (weil: sie ist in der Regel die richtige).

Ich tippe deswegen auf die „Monetarisierungsfalle“: „Schnell mal noch ein paar Cent im Netz abgreifen.“ Und vor der möchte ich die interessierte Leserschaft, die Kuba-Freunde, warnen. Auch wenn es schnell ein paar Cent oder gar Euro einbringen kann – ihr könnt euch genauso schnell den Ruf ruinieren. Und ist der Ruf erst ruiniert, ist es Nichts mehr mit Klickzahlen (und öffentlichen Auftritten, die zu Klickzahlen führen).

Die einfachste und daher auch wahrscheinlich richtige Theorie ist wohl: Die Werbung für die Kontras ist aufgrund von Dummheit und Schludrigkeit durchgerutscht. Wann immer ich mir in den letzten Jahren Kunzmanns Beiträge zur „Kubanischen Ökonomie“ durchgelesen habe, hatte ich das Gefühl, dass da jemand oberflächliches ökonomisches Halbwissen mit einer Chuzpe und gehöriger Selbstüberschätzung präsentiert, die von fehlendem Verständnis ablenken soll. Das mag daran liegen, dass ich

als Volkswirt sowohl die bürgerlichen Theorien als auch die Theorien Marxens zur Ökonomie erarbeitet habe, und ich, vermutlich überheblich, Dilettanten der Ökonomie einteile in „sich bemühende“ und „effekthaschende“. Dilettieren ist ja per se nichts Schlechtes. Ich selbst dilettiere auch hin und wieder in „Geschichte und Politik“, ohne Gesellenbrief. Selbstüberschätzung allerdings ist ein „slippery slope“. Auch für die Beschäftigung im und mit dem Internet.

Die einfachste Hypothese („Dummheit und Schludrigkeit“) findet Bestätigung am Ende des Blogbeitrags: „Dieser Artikel ist ein Gastbeitrag von Privacy Tutor, die sich der Vermittlung von Kenntnissen im Bereich Netzsicherheit und Datenschutz widmen.“ (Oje) Einen Klick weiter landet man dann bei „einem jungen Pärchen aus dem Schwarzwald“, das Werbung für drei VPN-Anbieter macht und bietet, die Provisionslinks zu klicken. (Yeah!) Stammt M. K. eigentlich aus dem Schwarzwald? War es ein „Freundschaftsdienst“? Für die Hypothese, die sich langsam zur Theorie entwickelt, ist das nicht weiter relevant. Interessant ist, dass dieser Beitrag wohl nicht von Marcel Kunzmann verfasst wurde, sondern anscheinend von dem besagten Pärchen. Die werden sich, so stelle ich mir das vor, gedacht haben, „die Adressaten sind Kuba-Interessierte, also bauen wir mal was zu Kuba ein“. Das ist so etwa das, was man auf diesen „Make Money Fast with Internet“-Seiten empfohlen bekommt und passt zu „Wenn Ihr diesen Link klickt, bekommen wir ein paar Cent Provision.“ Marcel hat zu verantworten, das ungeprüft und unredigiert in sein Blog übernommen zu haben. Aber – war das so, oder wusste er um die Kontra-Werbung? Darüber kann ich nur spekulieren.

Ein Blick auf LinkedIn ist da interessant. Marcel Kunzmann hat das Internet für sich entdeckt! (Ojeoje) Seit April 2022 ist er Leiter der „Lehrer News“-Redaktion, und will „Lehrkräften helfen, den digitalen Wandel zu bewältigen.“ ... eine Website der „ZDG gGmbH“. (Okay – diese Seite würde ich jetzt nicht für Lehrer empfehlen, aber was-weiß-ich-schon. Mag sein, die Lehrer fallen in ihrer digitalen Verzweiflung auch auf Clickbait rein.) Kunzmann feierte dort im August 2022: „Die neue Website wurde insbesondere mit Blick auf eine zeitgemäße Optimierung mobiler Endgeräte optimiert.“[3] (Ja, neee, ist klar!)

Wieso nur muss ich bei solchen Sprüchen, wie sie mir alle neuerfundenen „Ratgeberseiten“ um die Ohren hauen, immer an „Make Money Fast“ denken?

Drei Monate nach seinem Einstand bei diesem hochprofessionellen Webangebot, im Juli 2022, erschien die Werbung für die Kontras auf seinem Blog.

Unter dem persönlichen Eindruck, dass Kunzmann seine Arbeit als Internet-Evangelist mit ähnlichem Verve und ähnlichem Ver-

ständnis erledigt, wie seine ökonomischen Ausflüge, scheint die Theorie, dass es sich bei dem Werbeeintrag für die Kontra-Seiten um einen dummen Lapsus handelte, absolut hinreichend für eine Erklärung. Dieses Zeug durch einen „Agenten der Konterrevolution“ zu erklären, ist viel zu kompliziert. Was aber bleibt ist: De facto war es Werbung für reaktionäre Webseiten.

Liebe „Digital Natives“: Wenn ihr überlegt, wie ihr Geld für eure verdammte zeitaufwendige Arbeit bekommen könnt („Monetarisierung“), und wenn ihr dann annehmt, dass Cents verdienen über Affiliate-Links eine gute Idee sei (was es nicht so echt ist): Schaut darauf, was in dem Zeug, das Euch „Partner“ liefern, steht. Und, Webhamster: Seid auch so mutig, zu sagen „den Scheiß nicht“.

Wenn ihr, wovon ich ausgehe, Inhalte, Analysen, Erklärungsseiten erstellt, die den Leser:innen gefallen, ihnen helfen oder sie einfach unterhalten: Seid so mutig, um Spenden zu bitten. Das ist seriös, das machen seriöse Seiten. „Affiliate-Links“ („Provisionslinks“) haben zu Recht den Gestank von Unseriösität (Klickfallen).

Und auch wenn ihr euch wie „Digital Natives“ fühlt, wie das Pärchen aus dem Schwarzwald, dem Marcel aufgefressen ist oder mit ihnen gemeinsame Sache macht: Vermeidet, zu „Digital Naives“ zu werden, und zum Allewelt-Erklärer. Beliebigkeiten sind kein „Content“, dafür wird niemand spenden, deswegen die Klickfallen. Und die 15 Minuten Ruhm sind schnell vorbei, sobald jemand sieht, dass der Kaiser nackt ist.

Euer Dr. Herbst
dr.herbst@kneipe.de

P.S.: Klar benutze ich auch VPNs. Aber ich sag keinem, wofür. :)

-hei

[1] weil es zunächst unglaublich scheint, habe ich die Seite auf archive.org archivieren lassen, falls sie auf dem besagten Blog verschwunden ist (zul. abgerufen am 26.9.22) findet ihr sie unter dem kurzlink

<https://t1p.de/kontrawerbung>
Der URL-Verkürzer „t1p.de“ ist datenschutzkonform.

[2] https://de.wikipedia.org/wiki/Ockhams_Rasiermesser

[3] <https://t1p.de/kunzmann-ln>



Von Volker Hermsdorf

CUBA LIBRE will in dieser Rubrik aufzeigen, was die Konzernmedien verschweigen, Falschmeldungen enthüllen und Manipulationen aufdecken.

Falschmeldungen Unterschlagungen Manipulationen



Als „letzte Patrone der Regierung“ bezeichnete der sonst vor allem in der „taz“ publizierende Journalist Knut Henkel eine Mitte August in Kraft getretene Reform des Strafrechts in Kuba. Veröffentlicht wurde der Beitrag, dessen reißerische Überschrift den Eindruck erweckt, auf der Insel herrsche Bürgerkrieg, am 11. August ausgerechnet im Mitgliedermagazin „M“ der in der Gewerkschaft ver.di organisierten Medienschaffenden. Der Autor belegt seine Vorwürfe mit Zitaten von Personen, die von ausländischen Regierungen, Stiftungen oder NGOs, die einen Regime-Change in Kuba anstreben, Gelder annehmen.

Verschweigen der Wahrheit

Über Kubas neues Strafgesetzbuch, das ein Regelwerk aus dem Jahr 1987 ablöst und im Kern international üblichen Standards entspricht, wird in den Beiträgen kein Wort verloren. So etwa, dass darin die Beteiligung an Taten wie „Diskriminierung in allen Erscheinungsformen, familiäre oder geschlechtsspezifische Gewalt, sowie Handlungen gegen Minderjährige und Behinderte“ unter Strafandrohung gestellt wird. Während solche Neuerungen nicht einmal am Rande erwähnt werden, kritisieren Gegner des kubanischen Systems, dass in den knapp 40 neuen Straftatbeständen auch die „aktive Beteiligung an subversiven Aktivitäten und Angriffe auf Informations- und Kommunikationstechnologien“ unter Strafe gestellt werden. Gruppen und Einzelakteure, die Geld aus dem Ausland für subversive Aktionen erhalten, können sich als „ausländische Söldner“ strafbar machen.

Das ziele auf „unabhängige“ Journalisten kritisiert Henkel und führt als Kronzeugin bei „M“ (wie zuvor in der „taz“) Luz Escobar vom Onlineportal „14ymedio“ an. Den Leserinnen und Lesern wird allerdings vorenthalten, dass die von der Systemgegnerin Yoani Sánchez herausgegebene Internet-Zeitung „14ymedio“ unter anderem von der Bacardi-Stiftung finanziert wird. Die gehört zu dem erzreaktionären Schnapsbrennerclan, der maßgeblich an der Ausarbeitung der US-Blockadegesetze war, die den Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung in Kuba zum Ziel haben. Die engen Kontakte von Yoani Sánchez und ihrem Partner Reinaldo Escobar zur US-Regierung und der CIA sind durch Wikileaks-Dokumen-

te, die die Enthüllungsplattform bereits vor der Inhaftierung ihres Gründers Julian Assange veröffentlicht hatte, ausführlich belegt. Laut „M“ ist das neue kubanische Strafgesetzbuch, das die Finanzierung von Medien aus dem Ausland untersagt, „ein weiterer Schlag gegen die unabhängige Berichterstattung von der Insel“. Als „unabhängige Medien“ bezeichnen Henkel und „M“ auch die Onlineportale „El Toque“, „El Estornudo“ und „Periodismo del Barrio“. Deren Hintermänner und Finanziere werden – ein Armutszeugnis für ein Magazin, das sich an Medienschaffende richtet – ebenfalls unterschlagen.

Verräterische Spur des Geldes

Das Onlineportal „El Toque“ entstand 2014 als ein von der Lateinamerika-Abteilung der „RNW-Media“ (früher Radio Netherlands Worldwide) in Holland entwickeltes digitales Medienprojekt für Kuba. „RNW Media“ untersteht dem niederländischen Außenministerium und verfügte 2014 über ein Jahresbudget von 17 Millionen Euro. RNW-Repräsentant in den USA war Bruce Sherman, ein Ex-Direktor des „Office of Cuba Broadcasting“ (OCB) in Miami, der Aufsichtsbehörde des staatlichen US-Propagandasenders „Radio und TV Martí“. „El Toque“ war damit ein vom Ausland gefördertes Portal mit Verbindungen zu einer auf die Destabilisierung Kubas spezialisierten Abteilung der US-Regierung. Als sich „RNW-Media“ 2016 aus einigen Regionen, darunter auch Kuba, zurückzog, wurde nach Abgaben von El Toque-Chef José Jasán Nieves Cárdenas „mit Unterstützung polnischer Katholiken auf Mission in Kuba“ die Stiftung „Colectivo Mas Voces“ gegründet und in Polen registriert. Die Stiftung habe mit Registrierung „ein ausländisches Bankkonto und Debitkarten“ erhalten, wodurch wir eine „aktivere Rolle als kubanische zivilgesellschaftliche Organisation spielen“ konnten, so der Redaktionsleiter. Obwohl er weitere Geldgeber geheimhält, gibt Cárdenas zu, „investierende Partner in internationalen Kooperationsorganisationen“ zu haben“. Der kubanische Journalist Manuel Henrique Lagarde hatte dem Portal bereits 2018 vorgeworfen, „zu verschweigen, woher die Mittel für die Website kommen“.

Um den Weg des Geldes zu verschleiern, werden auch von anderen – laut „M“ – „unabhängigen“ Medien Ko-Finanzierungen mit in den USA oder im Ausland ansässigen NGOs und Stiftungen angestrebt. So wird der mittlerweile von einer NGO in Mexiko herausgegebene Blog „El Estornudo“ nach eigenen Angaben sowohl von der staatlichen US-Stiftung NED als auch von der „Open Society Foundations“ (OSF) des US-Milliardärs George Soros finanziert, die durch die Förderung „Farbiger Revolutionen“ in Osteuropa bekannt wurde. Und die Systemgegnerin Elaine Díaz bedankte sich vor einigen Jahren öffentlich bei der norwegischen Regierung für die Förderung ihres Contra-Portals „Periodismo de Barrio“.

uzshop.de



Frieden



team revolution



Schwarze Faust



Che



Unsere Krisenberater



Taube & Stern



Hammer & Sichel



Antifaschistische Aktion



Stoppt die Blockade gegen Venezuela



Gespens des Kommunismus



Love Music Hate Racism



Brecht – Ändere die Welt, sie braucht es

T-SHIRTS HOODIES HALSTÜCHER BAGS FAHNEN BÜCHER ANTIQUARIAT MUETZEN
TRANSPARENT TASSEN ANSTECKER CDS FYLER UND VIELES MEHR

E-Mail: shop@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 17788925, Fax: - 28

Jetzt Mitglied werden



Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba
Solidarität mit Kuba

Jetzt Mitglied werden!

4 Bücher- und CD-Prämien für neue Mitglieder
(Prämienpaket umseitig)

Monatsbeitrag: 10,- € (Förderbeitrag) 7,- € (Normalbeitrag) 3,- € (Sozialbeitrag)

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

Name, Vorname

Telefon

Straße, Hausnummer

email

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich ermächtige die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., den o.g. Beitrag vierteljährlich von meinem Konto bis auf Widerruf mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Der Einzug soll zu Lasten folgenden Kontos erfolgen:

IBAN

Name, Vorname (Kontoinhaber)

BIC

Datum, Unterschrift

Coupon bitte einsenden an: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Maybachstraße 159, 50670 Köln



»Und tatsächlich kann nur ein großes Volk, nur ein bewusstes Volk, nur ein tapferes Volk die Geschichte voranbringen, das Kapitel der Geschichte schreiben, das unser Volk heute schreibt! Wir werden auf dieses Kapitel nicht verzichten! Wir werden es weiter verfassen! Wir Kubaner werden weiter an diesem Kapitel der Geschichte schreiben!«

Fidel Castro

1962 anlässlich des 9. Jahrestages des Angriffs auf die Moncada-Kaserne

Bücher- und CD-Prämien



**Kuba
im Wandel**
16 Erfahrungsberichte

Verlag Wiljo Heinen



**Cuba
Musica
y Revolucion**

CD



**Helden
der freien Welt**
Dissidenten
in Kuba

Renate Fausten/Ulrich Fausten

PapyRossa Verlag



Hernando Calvo Ospina/
Katlijn Declercq

**Originalton
Miami**
Die USA, Kuba
und die Menschenrechte

PapyRossa Verlag

Bei Umzug:
Neue Adresse u. ggf.
Bankverbindung in
der Geschäftsstelle
mitteilen!

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Ausgehändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtausgehändigung zurückzusenden.